

NEUE ZEIT

50 heroische Jahre

Die Hintergründe der Aggression Israels

Zypern wieder bedroht

Wie General Sikorski ums Leben kam

Im innersten Afrika

27

5. JULI

1967

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK



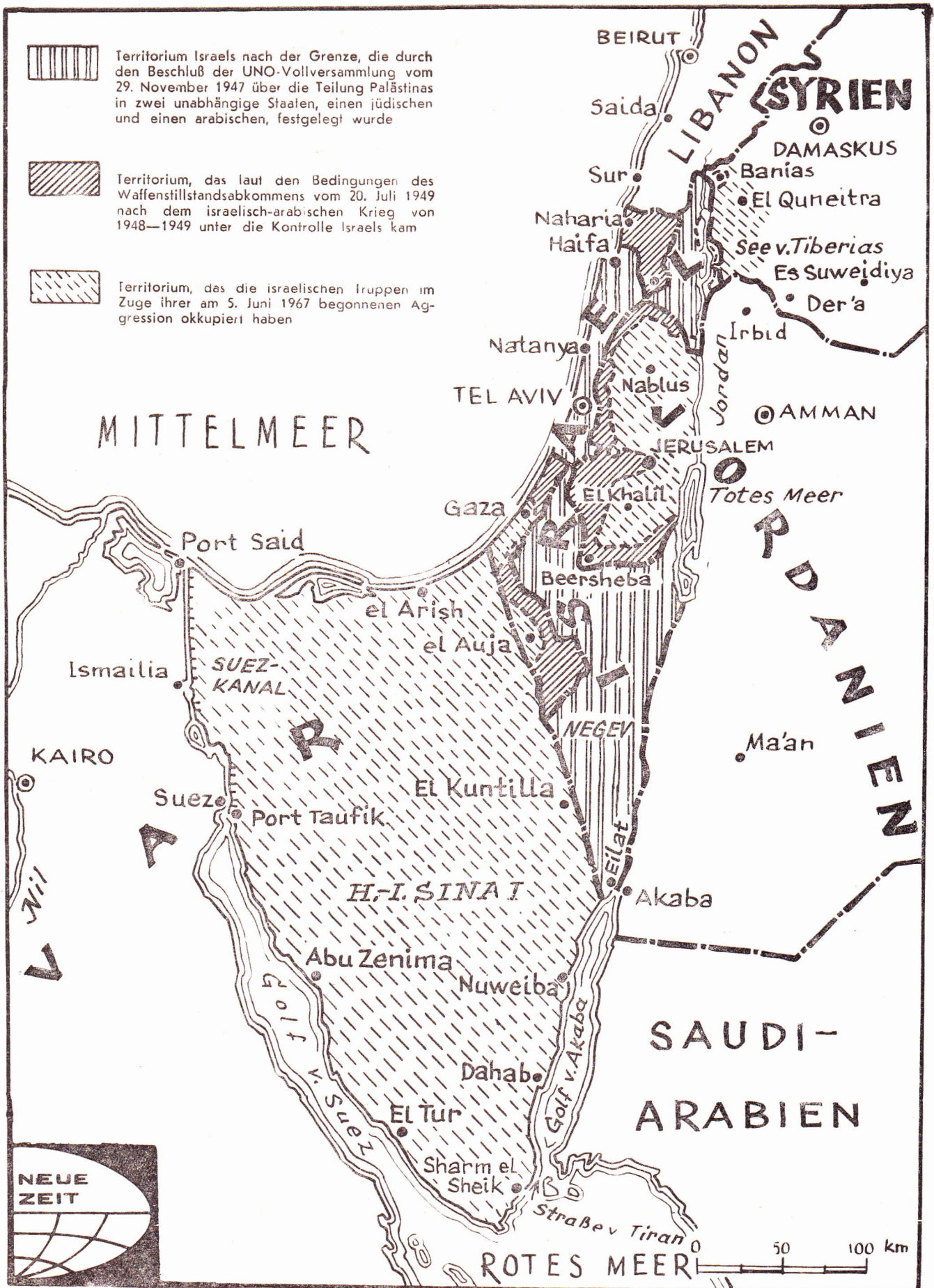
Territorium Israels nach der Grenze, die durch den Beschluß der UNO-Vollversammlung vom 29. November 1947 über die Teilung Palästinas in zwei unabhängige Staaten, einen jüdischen und einen arabischen, festgelegt wurde



Territorium, das laut den Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens vom 20. Juli 1949 nach dem israelisch-arabischen Krieg von 1948—1949 unter die Kontrolle Israels kam



Territorium, das die israelischen Truppen im Zuge ihrer am 5. Juni 1967 begonnenen Aggression okkupiert haben



NEUE ZEIT

Nr. 27

5. Juli 1967

Wochenschrift für Weltpolitik

Verlag der Zeitung „Trud“

Moskau

25. Jahrgang

Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Sprache.

Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 1. Juli erschienen.

In diesem Heft:

50 heroische Jahre	1
Observator – Der Kampf geht weiter	3
W. Lawrow – Die Hintergründe der Aggression Israels	6
V. Rutgaiser – DDR-Wirtschaft auf neuen Bahnen	8
„Economist“ über die Lage in China	11
Zeitgeschehen:	
Südarabien: Der Aufstand in Aden ●	
Bolivien: Einmischung des Penta- gon ● Finnland: Ein neuer Wahlblock	12
Mario Melloni – „Ritter der Arbeit“	14
J. Niemczyński – Wie General Sikorski ums Leben kam	16
J. Gwosdew – Puerto Rico vor dem Plebiszit	19
N. Nishotis – Zypern wieder bedroht	20
M. Nesterow über die 2. sowje- tisch-japanische Wirtschaftskon- ferenz (Interview)	22
Internationale Umschau	23
L. Entin – Im innersten Afrika	25
W. Rosen – In 127 Sprachen	28
V. Gilensen – Eine sensationelle Eröffnung von Karl Demeter (Bücherschau)	29
Wirtschaftsnotizen: So- wjetisch-jugoslawische Zusam- menarbeit	31
Leserbriefe	5, 27
Chronik	32

50 heroische Jahre

Dieser Tage gilt das Hauptaugenmerk der sowjetischen und der internationalen Öffentlichkeit den Thesen des Zentralkomitees der KPdSU „50 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution“, die das Juni-Plenum des ZK bestätigt und die Sowjetpresse am 25. Juni veröffentlicht hat. In diesem Dokument sind die wichtigsten Entwicklungsphasen des Sowjetlandes geschildert, ist ein Fazit aus den heroischen Leistungen gezogen, die das Sowjetvolk in dem halben Jahrhundert vollbracht hat, und sind unsere Aufgaben für die Zukunft umrissen.

Für alle, die für die Befreiung des Volkes kämpfen, waren und bleiben die Erfahrungen aus der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ein unermesslicher Schatz der Theorie und Praxis des revolutionären Kampfes. Am Beispiel der Oktoberrevolution hat sich das Weltproletariat davon überzeugt, daß es unbedingt eine Partei von neuem Typ braucht, eine Partei der revolutionären Aktion, die mit der marxistisch-leninistischen Theorie gewappnet ist und an der Spitze der Massen steht. Von Lenin gegründet, hat die Partei der Bolschewiki hervorragende Muster dessen geliefert, wie die revolutionäre Strategie und Taktik in verschiedenen Formen und mit verschiedenen Methoden angewandt wird, hat sie den Sieg der sozialistischen Revolution gewährleistet.

Die bürgerlichen Propagandisten stellen die Oktoberrevolution in ihren Schriften nicht selten als einen von den Bolschewiki vollzogenen Umsturz von oben her dar. Damit wollen sie beweisen, daß die Revolution etwas Zufälliges gewesen sei. Nichts falscher als das. Die Sowjetmacht hat gerade deshalb siegen und festen Fuß fassen können, weil sie von Millionen Werktätigen aus Stadt und Land errichtet, behauptet und verteidigt wurde, weil sie den ureigenen Interessen und den Erwartungen des Volkes entsprach.

Die Kommunistische Partei wappnete das Sowjetvolk mit einem wissenschaftlich fundierten Plan für den sozialistischen Aufbau, in dem den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des Landes Rechnung getragen war. Die neue ökonomische Politik und die Ausführung der sowjetischen Fünfjahrpläne hatten selbstverständlich eine ganze Reihe von Eigenheiten, für die die besondere geschichtliche Entwicklung Rußlands ausschlaggebend war. Doch die Hauptprinzipien in der Politik unserer Partei beim wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufbau sind von Weltbedeutung. Sie werden auch in anderen Ländern weitgehend beim sozialistischen Aufbau befolgt.

Die Geschichte des Sowjetlandes zeigt, daß die sozialistische Revolution der Entwicklung der Produktivkräfte freie Bahn gab und das wirtschaftliche Vorwärtskommen beispiellos beschleunigt hat. In den Thesen sind folgende Zahlen angegeben: Von 1929 bis 1966 (d. h. seit Anlaufen des ersten Fünfjahrplans) hatte die UdSSR in ihrer industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt einen Zuwachs von 11,1 Prozent, während die USA nur 4 und

England und Frankreich nur 2,5 Prozent Zuwachs hatten. Man darf nicht vergessen, daß etwa 20 Jahre — fast die Hälfte des Bestehens des Sowjetstaates — dafür draufgingen, Aggressionen abzuschlagen und dann die Volkswirtschaft wiederherzustellen.

Die Lebensfähigkeit, ja Unerschütterlichkeit der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung zeigte sich besonders im Großen Vaterländischen Krieg des Sowjetvolkes, den der deutsche Faschismus dem Sowjetland aufzwang und der der größte Waffenkonflikt des Sozialismus mit den Stoßkräften des Imperialismus war.

Nach dem Krieg stellte unsere Partei ein umfassendes Programm für den kommunistischen Aufbau auf, das jetzt erfüllt wird. Darauf ist ihr ganzes praktisches Wirken abgestellt. Das vom XXII. Parteitag angenommene Parteiprogramm hat die Haupttrichtungen des kommunistischen Aufbaus in der UdSSR festgelegt: die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, die Bildung kommunistischer gesellschaftlicher Beziehungen und die Erziehung des neuen Menschenschlages.

In den Thesen wird betont, daß das hohe Ziel des Sowjetvolkes, der Aufbau des Kommunismus, zugleich auch international seine vornehmste Pflicht ist. „Die Schaffung der neuen Gesellschaftsordnung“, heißt es in den Thesen, „und das ständige Wachstum ihrer Wirtschafts- und Verteidigungsmacht sind eine der entscheidenden Bedingungen für die weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zuungunsten des Imperialismus und der Reaktion. Sie festigen die materiellen, politischen und ideologischen Voraussetzungen für den Sieg der sozialistischen Revolution im Weltmaßstab.“

Ein folgerichtiges Ergebnis der Entwicklung der Menschheitsgeschichte, hat die Oktoberrevolution ihrerseits entscheidend auf den weltgeschichtlichen Prozeß gewirkt. Die 50 Jahre, die seit der Oktoberrevolution verstrichen sind, haben die Schlußfolgerung der marxistischen Theorie bestätigt, daß der Kapitalismus dem Untergang geweiht ist und unausbleiblich vom Sozialismus abgelöst wird.

Das bedeutendste geschichtliche Ereignis nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war die Bildung des sozialistischen Weltsystems. „Heute ist schon am Beispiel vieler Völker bewiesen“, heißt es in den Thesen, „daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus durch eine Reihe allgemeiner Gesetzmäßigkeiten gekennzeichnet ist, die erstmals im Zuge der sozialistischen Umgestaltungen in der UdSSR zur Geltung kamen. Bestätigt hat sich auch die Tatsache, daß jedes Volk viel Neues zu den Formen und Methoden dieses Übergangs beiträgt. Der von den sozialistischen Ländern zurückgelegte Weg bereicherte und konkreti-

sierte die Einsicht sowohl in die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten als auch in die verschiedenen Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus.“

Mit dem Entstehen des sozialistischen Weltsystems hängt es auch zusammen, daß sich internationale Beziehungen eines neuen Typs herausgebildet und entwickelt haben, die auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung und nationalen Souveränität, einer allseitigen, für alle Teile nützlichen Zusammenarbeit und des gegenseitigen brüderlichen Beistandes der sozialistischen Staaten beruhen.

In den Thesen wird betont, daß das getreue Festhalten am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus eine Garantie für eine erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Weltgemeinschaft ist. Ein Abweichen vom Marxismus-Leninismus und vom proletarischen Internationalismus ist für die Sache des Sozialismus folgeschwer, wovon die in China entstandene Lage zeugt.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat einen wuchtigen Schlag gegen das ganze System der imperialistischen Kolonialherrschaft geführt, sie war ein mächtiger Ansporn für die Entwicklung der nationalen Freiheitsbewegung. Die Geschichte lehrt, daß das Bündnis zwischen den Kräften des Sozialismus und der nationalen Freiheitsbewegung eine höchstwichtige Voraussetzung für den Erfolg im Kampf gegen den Imperialismus, für Freiheit, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt ist.

Durch den Sieg der Oktoberrevolution entstanden neue Verhältnisse für den Kampf des Weltproletariats; die Veränderung des Verhältnisses der Klassenkräfte in den einzelnen Ländern und im Weltmaßstab bietet mehr Möglichkeiten für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und hat das Rüstzeug für die sozialistische Revolution bereichert.

In dem halben Jahrhundert seit der Oktoberrevolution ist die moderne kommunistische Weltbewegung gewachsen und erstarkt. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion tut alles dafür, daß sich die Einheit der kommunistischen Bewegung enger gestaltet, sie kämpft gegen die Spalterpolitik der heutigen Peking-Führer an und behauptet unentwegt die in den Dokumenten der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 niedergelegte Generallinie. Sehr wichtig für die Festigung dieser Einheit war die Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien Europas in Karlovy Vary.

Die 50jährige Geschichte des Sowjetstaates und der Weltentwicklung zeigt, wie ungemein schöpferisch die Ideen der Oktoberrevolution, die Ideen des Kommunismus wirken. Diesen Ideen gehört die Zukunft.

DER KAMPF GEHT WEITER

OBSERVATOR

Seit fast vier Wochen schweigen die Kanonen im Nahen Osten wieder. Aber die Krise bleibt akut. Noch immer ist die Aggression ungeahndet, sind ihre Folgen nicht beseitigt. Israelische Panzer stehen am Ufer des Suezkanals, in der Nähe von Damaskus und Amman, und die kaum gelöschten Kriegsflammen können wieder auflodern. Der israelische Militärklüngel macht kein Hehl aus seiner Absicht, die eroberten Territorien besetzt zu halten; er verfolgt die Zivilbevölkerung, zwingt sie, die angestammten Stätten zu verlassen. Ein unendlicher Strom von Flüchtlingen, Frauen, Kindern und Greisen, schleppt sich mit kärglicher Habe aus den heimatlichen Gebieten in die Fremde.

In diesen Tagen befließt sich die westliche Propaganda aller möglichen Rechenkünste. Sie vergleicht die Bevölkerungszahl Israels und der arabischen Länder, um Vertrauensselige zu der Ansicht zu bringen, das kleine Israel, dessen Einwohnerzahl nur einen Bruchteil der der arabischen Länder beträgt, habe nur der Gekränkte sein und sich jedenfalls niemals entschließen können, seine Nachbarn anzugreifen.

Die Mathematik ist bekanntlich eine exakte Wissenschaft. Aber die besagten Rechenexempel wie auch die Behauptung, zwischen Arabern und Juden bestehe nun einmal ein ewiger Antagonismus, haben nur den Zweck, den Tatbestand zu verhüllen. Die wahren Ursachen der Aggression sind, wie in den Dokumenten und Erklärungen der Sowjetregierung hervorgehoben wird, in etwas anderem zu suchen: in der Politik der imperialistischen Mächte, in ihren Bestrebungen, die nationale Befreiungsbewegung der arabischen Völker zu unterdrücken.

Was den Nahen Osten zu einem ständigen Anziehungspunkt für die Imperialisten macht, ist leicht zu erkennen. Dazu genügt ein Blick auf die Landkarte, dazu braucht man nur in wirtschaftlichen Handbüchern zu blättern. Die Natur hat diesen Raum reich beschert. Und nach der Ironie des Schicksals, genauer gesagt, nach den Gesetzen des Lebens der kapitalistischen Welt, ist gerade dies die Ursache für die vielen Heimsuchungen, denen die Völker der arabischen Länder ausgesetzt sind.

Ihr Boden birgt einen großen Teil der Erdölschätze der kapitalistischen Welt. Im Jahre 1966 allein wurden im arabischen Osten 468 Millionen Tonnen Öl gewonnen. Die Ölschätze der arabischen Länder sind aber faktisch eine Beute der imperialistischen Monopole geworden. Die amerikanischen Ölgesellschaften haben im vorigen Jahr in den

Ländern des arabischen Ostens einen Profit von 1,1 Milliarden Dollar erzielt.

Der Nahe Osten ist die Nahtstelle von Europa, Afrika und Asien. Seit ältesten Zeiten kreuzen ihn Straßen, die größte Zentren der Welt verbinden. Durch ihn läuft eine der wichtigsten internationalen Wasserstraßen, der Suezkanal.

Angesichts der gewaltigen strategischen Bedeutung des Nahen Ostens waren die imperialistischen Mächte von jeher bemüht, ihn mit einem Netz von Militärstützpunkten zu überziehen, und sie benutzen diese Stützpunkte ausgiebig zu militärischen Provokationen, zu Aggressionsakten und zu kolonialistischem Vorgehen, vor allem gegen die Völker Afrikas und Asiens.

Indessen hat die nationale Befreiungsbewegung in den letzten Jahren im Nahen Osten größte Erfolge errungen. Man braucht nur daran zurückzudenken, wie es dort vor ein paar Jahrzehnten aussah, um zu erkennen, wie groß der Weg ist, den die arabischen Völker zurückgelegt haben. Damals gab es nur sechs unabhängige arabische Staaten, und ihre Unabhängigkeit war nur eine formale. Die übrigen waren Kolonien oder Protektorate. Algerien galt als Überseedepartement Frankreichs, in Ägypten war die Faruk-Monarchie nur ein Deckmantel für die Herrschaft der Engländer; Irak wurde gleichfalls von einem dem britischen Imperialismus hörigen Regime beherrscht, und Jemen schien ein für allemal in die düstersten Zeiten des Mittelalters versenkt zu sein.

Heute stehen nur noch wenige arabische Gebiete von geringer Ausdehnung unter der direkten politischen Kontrolle des Imperialismus. Dreizehn arabische Staaten sind unabhängig. In der VAR, in Syrien und Algerien sind radikale sozialökonomische Umbildungen zugunsten der Werktätigen vorgenommen worden, dort wird ein neues Leben erbaut. Die Auslandsmonopole werden aus diesen Ländern vertrieben, soweit sie es noch nicht sind. In den fortschrittlichen arabischen Ländern ist der Entwicklung der einheimischen Bourgeoisie, vor allem der Großbourgeoisie, ein Riegel vorgeschoben worden; dort werden immer bessere Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die werktätigen Massen eine größere politische Rolle spielen und daß sich ihre Lage verbessert.

Auch in der internationalen Arena führen die fortschrittlichen arabischen Staaten einen aktiven ant imperialistischen Kampf. Sie bemühen sich um den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern, und in vielen wichtigen weltpolitischen Fragen gehen sie mit diesen konform.

Die Entwicklung in der VAR, in Syrien und Algerien übt einen großen revolutionierenden Einfluß auf die Öffentlichkeit aller arabischen Länder und auf den gesamten Freiheitskampf in der dritten Welt aus. Die arabischen Völker werden zu einer der Vorhutkolonnen der nationalen Befreiungsbewegung, und das ist ein wichtiger Zug der

Entwicklung, die diese Bewegung in den letzten Jahren durchgemacht hat.

Die Aggression, die Israel unlängst verübte, bedeutet, daß der Imperialismus nach dem Scheitern seiner Bemühungen, die Freiheitsbewegung in diesem Raum mit politischen, wirtschaftlichen und anderen Mitteln zu drosseln, sein Heil wieder einmal in Waffengewalt sucht. Unter Benutzung Israels als Speerspitze suchen die imperialistischen Mächte die fortschrittlichen Regimes in den arabischen Ländern aus dem Sattel zu heben, im Nahen Osten einen konterrevolutionären Sog aufkommen zu lassen und die arabischen Staaten von den sozialistischen Ländern zu isolieren. Es ging den Aggressoren gar nicht darum, ihre Stellungen abzusichern, ihr Ziel war, die arabischen Völker ihrer Errungenschaften zu berauben.

Die aggressiven imperialistischen Kreise, in erster Linie die in den USA, schürten die Krise im Nahen Osten auch zu dem Zweck, die Welt von ihrem Vorgehen in Vietnam abzulenken. Zugleich suchten sie die internationalen Spannungen mit Hilfe des Nahostkonflikts zu erhöhen, um Voraussetzungen für die weitere Eskalation des Vietnamkriegs zu schaffen und den Prozeß der Gesundung der internationalen Beziehungen rückgängig zu machen.

Auch in der jetzigen Etappe des Nahostkonflikts, in der der Kampf für die Beseitigung der Aggressionsfolgen begonnen hat, sind hinter dem Aggressor die Silhouetten seiner imperialistischen Schutzpatrone zu erkennen. Was die Imperialisten vorhaben, ist klar. Es ist ihnen nicht gelungen, die fortschrittlichen Regimes zu stürzen. Mehr noch: Im Laufe der Nahostkrise sind die Positionen des Imperialismus in diesem Raum noch mehr erschüttert worden, denn fast die Hälfte der arabischen Staaten hat die diplomatischen Beziehungen zu den USA und zu England abgebrochen und alle auf ihrem Gebiet befindlichen Informations-, Kultur- und sonstigen Zentren dieser Staaten geschlossen; viele arabische Länder pumpen kein Erdöl mehr nach dem Westen, und einige von ihnen haben ihre Devisenguthaben bei den amerikanischen und britischen Banken abgehoben.

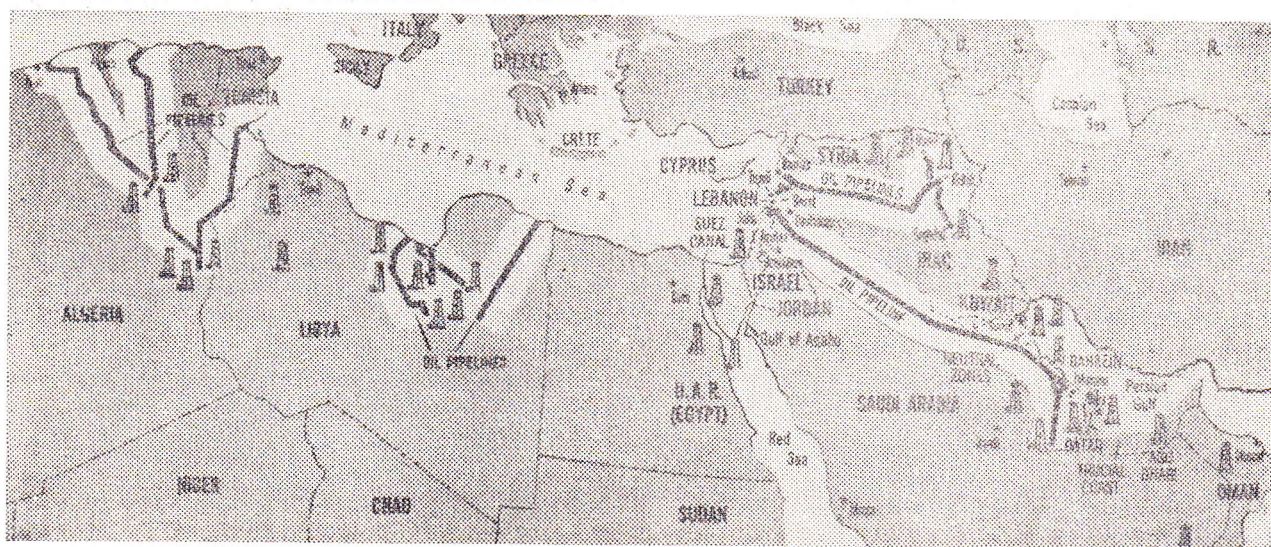
Unter diesen Umständen wollen die Imperialisten die

von Israel besetzten Gebiete als Druckmittel gegen die fortschrittlichen arabischen Länder benutzen, deren Lage sich infolge ihres militärischen Mißgeschicks natürlich kompliziert hat. Dabei wollen die Imperialisten möglichst viel Zeit verstreichen lassen, da sie hoffen, daß die Forderung der Öffentlichkeit nach Zurücknahme der israelischen Truppen allmählich abklingen, daß sich die Frage von selbst entschärfen werde. Auf einen Zeitgewinn haben sie es auch angelegt, weil sie glauben, die Einheit der arabischen Länder spalten und die arabische Reaktion aktivieren zu können.

Die Annexionspläne Israels fügen sich vollkommen in dieses taktische Schema der Imperialisten. Wenn die Führer Israels in ihren bombastischen Erklärungen „über die Stränge hauen“, so widerspricht das gleichfalls nicht den Vorhaben der Imperialisten. Im Gegenteil, für sie sind diese Erklärungen ein weiteres Druckmittel gegenüber den arabischen Staaten, und zugleich ermöglichen sie es den interessierten Westmächten, wie die Rede des britischen Außenministers Brown in der Vollversammlung der UNO gezeigt hat, Israel vor den Leuten zu „korrigieren“ und ihm „ins Gewissen zu reden“, d. h. sich als „unparteiische Friedensstifter“ aufzuspielen.

Daraus erhellt, wie wichtig die jetzige Phase des Kampfes gegen die Folgen der israelischen Aggression ist.

In diesem verantwortungsvollen Augenblick stehen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder unbeirrbar an der Seite der arabischen Staaten. Maßgebend für ihren Standpunkt sind sowohl die internationalistische Natur ihrer Politik als auch ihre Sicherheitsinteressen. Die Sowjetunion geht davon aus, daß die arabischen Völker einen gerechten Kampf gegen den Imperialismus und den Neokolonialismus führen, einen Kampf für ihr unabdingbares Recht, über alle Fragen ihres Lebens und ihrer Außenpolitik selbst zu entscheiden. Nur Verleumder oder politisch rückständige Menschen können die Haltung der Sowjetunion mit Feindseligkeit gegenüber dem Staat Israel erklären. Seit dem Sieg der Oktoberrevolution bringt unser Land allen Völkern, ob groß oder klein, Achtung entgegen.



U. S. News & World-Report zeigte auf dieser Karte die Ölfelder und Rohrleitungen in den arabischen Ländern

Eines der Hauptprinzipien der Politik des Sowjetstaates ist die Anerkennung des Rechts eines jeden Volkes, einen eigenen unabhängigen Nationalstaat zu gründen.

Die Sowjetunion nimmt ständig für die arabischen Völker Partei, die sich zum Kampf für ihre soziale und nationale Befreiung erhoben haben. In den letzten 10—15 Jahren gab es kaum einen ernsthaften Erfolg der nationalen Befreiungsbewegung im Nahen Osten, der außerhalb des Zusammenhangs mit der Unterstützung dieser Bewegung durch die sozialistischen Staaten zu begreifen wäre. Ob es sich um die Gewinnung und Festigung der politischen Selbständigkeit, um die Abschaffung der imperialistischen Militärstützpunkte auf arabischem Boden, um die Schaffung der Grundlagen einer modernen nationalen Ökonomik oder um die Festigung der Verteidigungsfähigkeit angesichts der imperialistischen Bedrohung handelte — immer stützten sich die arabischen Völker auf die Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten.

Besonders gut entwickelt haben sich die Beziehungen der UdSSR zu den vorgeschrittenen arabischen Staaten, zur VAR, zu Syrien und Algerien. Diese Beziehungen nehmen immer mehr den Charakter einer kämpferischen Brüderlichkeit an, die sich gegen den Imperialismus als den gemeinsamen Feind richtet. Sie beschränken sich nicht nur auf den Rahmen rein staatlicher Beziehungen. Es wurden wichtige Schritte unternommen, um auch Kontakte zwischen der KPdSU und den herrschenden revolutionär-demokratischen Parteien dieser Länder herzustellen.

Diese Freundschaft hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Als die arabischen Länder von Israel überfallen wurden, trat die Sowjetunion in Gemeinschaft mit ihren sozialistischen Bruderstaaten nachdrücklich gegen den Aggressor auf und setzte sich für die arabischen Völker ein. Das rasche und entschlossene Vorgehen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten trug maßgeblich dazu bei, daß die Kriegshandlungen im Nahen Osten eingestellt wurden. In diesen Tagen manifestierten die sowjetischen Menschen nochmals ihren prächtigen Internationalismus, ihre treue Ergebenheit für die Interessen des Befreiungskampfes aller Völker der Welt.

Die Arbeiter, Kolchosbauern und Geistesschaffenden der Sowjetunion prangerten auf Tausenden von Meetings und Versammlungen zornig die Aggression Israels und seine imperialistischen Hintermänner an, erklärten sich solidarisch mit den kämpfenden arabischen Völkern. Die sowjetische Öffentlichkeit tut alles, um der betroffenen Bevölkerung der arabischen Länder zu helfen. Zugleich mit der mannigfaltigen Hilfe auf staatlicher Ebene senden das sowjetische Rote Kreuz, das Sowjetische Friedenskomitee, das Sowjetische Solidaritätskomitee der afro-asiatischen Länder und andere öffentliche Organisationen Lebensmittel und Medikamente. In die arabischen Länder begeben sich Ärzte und Heilgehilfen als Freiwillige.

Welche Beachtung die Sowjetunion der Befreiungsbewegung der arabischen Völker schenkt, ist daraus zu ersehen, daß die Ereignisse im Nahen Osten auf einer Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU erörtert wurden, auf der der Generalsekretär des ZK, Leonid Breschnew, über diese Frage referierte. In seinem Beschluß betonte das Plenum die Notwendigkeit, „auch künftig die militanten Kräfte des Imperialismus und ihre Politik der Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu bekämpfen, den Kurs auf die Unterstützung der arabischen Staaten in ihrem Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und sozialen Fortschritt weiterzusteuern“.

Die aktive Unterstützung der gerechten Sache, die die arabischen Völker vertreten, zeigt sich auch darin, daß der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Alexej Kossygin, an die Spitze der Sowjetdelegation zu der UNO-Vollversammlung trat, auf deren Einberufung die Sowjetunion bestand, damit sie die Aggression Israels verurteile und die Zurücknahme seiner Truppen von den besetzten Gebieten fordere. Unter diesem Aspekt ist auch die Zusammenkunft Alexej Kossygins mit Präsident Johnson zu betrachten.

Eine Manifestation dieser Politik war schließlich der Besuch, den in diesen Tagen der Präsidiumsvorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, Nikolai Podgorny, in der VAR abstattete. Dieser Besuch, heißt es im Schlußkommuniqué, „wird der weiteren Festigung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen und der allseitigen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten dienen“.

Die Haltung der Sowjetunion als eines treuen Freundes der arabischen Völker hat bei der Öffentlichkeit der arabischen Länder große Anerkennung gefunden.

Die Sowjetunion besteht auf der Verurteilung des Aggressors. Sie fordert die unverzügliche, bedingungslose Zurücknahme der Interventionstruppen von den Gebieten, die sie jetzt einnehmen, hinter die Waffenstillstandslinie wie auch die Wiedergutmachung des Schadens, den die arabischen Länder durch die Aggression erlitten haben. Das ist notwendig, damit die gegen die Freiheit, die Unabhängigkeit und den sozialen Fortschritt der arabischen Völker gerichteten Pläne der Imperialisten zu Fall gebracht werden. Israel darf nicht unbestraft bleiben, weil das auch andere aggressive Kräfte dazu animieren könnte, den Kriegspfad zu beschreiten.

Das nahöstliche Abenteuer der internationalen Reaktion kann durchaus in ihre schwere Niederlage verwandelt werden, natürlich vorausgesetzt, daß alle friedliebenden, antiimperialistischen Kräfte geschlossen auftreten und ihren Kampf gegen die Organisatoren und Einpeitscher der Aggression verstärken.

Leserbriefe

Zum Artikel R. Palme Dutts

Wir erhalten viele Briefe, deren Verfasser ihrer Genugtuung über die Veröffentlichung des Artikels von R. Palme Dutt „Wohin geht China?“ (Heft 20, 21, 23 und 24) Ausdruck verleihen. Hier einer von ihnen:

Habe gerade das Ende des hervorragenden Artikels von Genossen Palme Dutt gelesen. Wie Millionen anderer sowjetischer Bürger mache ich mir große Sorgen um die Zukunft der chinesischen Revolution. Besonders hat mich gefreut, daß der Verfasser in seinen Prognosen über diese Zukunft höchst optimistisch ist.

In China wachsen tatsächlich die Reihen jener, die der marxistisch-leninistischen Lehre treu sind.

Juri Chomenko

Nowokusnezsk, UdSSR

Die tückische Aggression Israels gegen die arabischen Länder wurde von langer Hand sorgfältig und allseitig vorbereitet. Das geschah nicht nur in den Mauern des Verteidigungsministeriums und des Generalstabs der israelischen Armee, wo detaillierte Pläne für einen auf Eroberungen abgestellten Blitzkrieg gegen die arabischen Staaten aufgestellt wurden. Fast alles in Israel war auf den Krieg eingerichtet: Wirtschaft, Wissenschaft, Propaganda, Jugenderziehung und Außenpolitik. Verantwortlich für die israelische Aggression sind nicht nur diejenigen extremistischen Kräfte Israels, die einen Überfall auf die Nachbarländer im Schilde führten, im Land eine Lage wie in einem Militärlager herbeiführten und Nationalismus und Chauvinismus kultivierten. Nicht weniger verantwortlich sind auch die herrschenden Kreise der imperialistischen Staaten des Westens, die Israel bewaffnet, ihm eine enorme materielle Hilfe geleistet und es im eigenen nahöstlichen Interesse zu Aggressionsakten angestachelt haben. Ohne diese materielle, politische und militärische Hilfe hätte Israel es nicht gewagt, den Krieg anzuzetteln.

Seit Entstehen Israels hat es dessen Regierung darauf angelegt, seinen arabischen Nachbarn gegenüber eine Politik „der Stärke“ zu betreiben. In einem Rundschreiben der Regierungspartei, der MAPAI, über die Außenpolitik Israels, das 1958 herauskam, war ausdrücklich gesagt, daß die Regierung „sich den Arabern gegenüber an eine Abschreckungspolitik halten“ müsse. Der israelische Militärklüngel dachte aber gar nicht daran, sich auf die Schaffung einer „Abschreckungsmacht“ zu beschränken; er ging darauf aus, diese Macht anzuwenden. Fünf Jahre nach der Dreieraggression gegen Ägypten, im Jahre 1961, schrieb der stellvertretende Verteidigungsminister von Israel Shimon Peres (heute ein Führer der rechtsextremistischen RAFI-Partei) in einer israelischen Zeitung, daß man von Zeit zu Zeit „die Abschreckungsmittel, die wir haben, ausprobieren muß“.

Die herrschenden Kreise Israels, die ihren amerikanischen Schutzherren die sattsam bekannte „Politik der Stärke“

Die Hintergründe der Aggression Israels

entlehnt und sie regional angewandt haben, sind innerpolitisch dazu übergegangen, das Land forciert zu militarisieren und aufzurüsten. Darauf war die Militärdoktrin Israels abgestellt, die lautet, daß, da das Land klein sei, da man zu wenig „Lebensraum“ habe, Israel sehr dicht besiedelt sei und keine ausreichenden Ressourcen besitze, im Kriegsfall ein blitzartiger Schlag gegen den Feind geführt und die Kampfhandlungen auf sein Territorium verlegt werden müßten. Diese Doktrin brachte auch die entsprechenden Grundsätze dafür hervor, wie die Streitkräfte Israels aufgestellt, organisiert und ausgebildet wurden.

Aufschlußreich ist ihre Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte. Schon 1908 bildeten jüdische Ansiedler in Palästina paramilitärische Trupps, die Ha-Shomer (Garden). Als nach dem ersten Weltkrieg mit Englands Segen die jüdische Einwanderung in Palästina bedeutend zunahm und die zionistischen Organisationen erstarkten, entstand eine militärische Untergrundorganisation der Zionisten, die Haganah (Verteidigung). Die britischen Kolonialbehörden drückten ihrer Tätigkeit gegenüber ein Auge zu, ja sie haben sogar recht viel zur militärischen Ausbildung der Ansiedler beigetragen.

Die Jüdische Agentur, die wichtigste zionistische Organisation, die die Besiedlung Palästinas mit Juden leitete und an deren Spitze damals Ben-Gurion stand, brachte eine ausgiebige Belieferung der Haganah mit Waffen, Munition und anderem Heeresgut in Gang. Die Haganah konnte sogar eine eigene Rüstungsindustrie aufziehen. Als der Staat Israel konstituiert wurde (14. Mai 1948), bildeten die Haganah und die anderen bewaffneten Gruppen gut ausgebildete und bewaffnete Truppenverbände mit insgesamt über 50 000 Mann (zu jenem Zeitpunkt hatte Israel etwa 600 000 jüdische Einwohner).

Auf der Basis der illegalen Armee, der Haganah, wurden am 26. Mai 1948

reguläre Land-, Luft- und Seestreitkräfte Israels aufgestellt. 1949 wurde ein Gesetz über die Militärpflicht verabschiedet, das mit späteren Zusätzen noch heute gilt. Laut diesem Gesetz werden nicht nur alle Männer, sondern auch alle unverheirateten Frauen einberufen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben. Israel ist das einzige Land der Welt, wo Frauen in Friedenszeiten militärfähig sind. Die Dienstzeit wurde für Männer mit 26—28 und für Frauen mit 20—22 Monaten festgesetzt. 1966 wurde sie für Männer auf 30 Monate verlängert. Alle, die gedient haben, werden zur Reserve gerechnet, der die Männer bis zu 49 und die Frauen bis zu 35 Jahren angehören. Die Reservisten machen jedes Jahr eine einmonatige zusätzliche militärische Ausbildung durch, u. zw. obligatorisch.

Die zahlenmäßige Stärke der Armee Israels schwankt je nach der Lage und nach Maßnahmen der Regierung und des Oberkommandos. Ende 1966 und Anfang 1967 hatte Israel 71 000 Mann Kadernmilitär. Das Vorhandensein ausgebildeter Reservisten sowie eines Bestandes an Waffen und anderem Heeresgut geben den Behörden Israels die Möglichkeit, in drei oder vier Tagen bis zu 300 000 Mann unter Waffen zu stellen. Für ein Land mit 2,6 Millionen Einwohnern (von denen etwa 300 000 Araber sind, die nicht zu den Streitkräften zugelassen werden) ist das eine beachtliche Armee.

Die herrschenden Kreise Israels haben sich alle Mühe gegeben, im Land ständig eine Kriegspsychose und einen militaristischen Taumel aufrechtzuerhalten. Die offizielle Propaganda Israels flüsterte der ganzen Bevölkerung täglich ein, daß das Land ständig in Kriegsgefahr sei und daß jeder Landesbewohner jeden Augenblick auf einen Krieg gefaßt sein müsse.

Außer regulären Truppenteilen gibt es in Israel auch eine Anzahl militarisierter Organisationen, die zu den Streitkräften gehören.

An erster Stelle unter ihnen stehen die in den Grenzgebieten stationierten Militäreinheiten. Abgekürzt heißen sie NAHAL und leisten neben dem Militärdienst Landarbeiten. Sie beteiligen sich auch an der Nutzbarmachung und Besiedelung von Neuland. Die NAHAL haben etwa 30 000 Mann.

Die Jugend wird von der militarisierten Jugendorganisation GADNA militärisch ausgebildet und im Geiste des Militarismus und des Hasses auf die arabischen Nachbarländer erzogen. Die GADNA erfaßt Schüler im Alter von 14 bis zu 18 Jahren. Ihre Bataillone sind gleichzeitig dem Unterrichtsministerium und dem Verteidigungsministerium unterstellt. Über 20 000 Schüler werden jedes Jahr in diesen Bataillonen intensiv in die Anfangsgründe der militärischen Ausbildung eingeweiht.

Außerdem bestehen in Israel Trupps der Zivilverteidigung HAGA, u. zw. in Städten und Siedlungen; ferner eine Grenz-, eine Küsten- und eine Zivilpolizei.

Bezeichnend ist, daß sämtliche bewaffneten Kräfte des Landes, auch die NAHAL, die HAGA und die GADNA, dem Generalstab unterstellt sind. Mit Hilfe dieser Organisationen kann die Armee das ganze Leben im Land und sämtliche Bevölkerungsschichten unmittelbar kontrollieren und beeinflussen.

Im Einklang mit dem aggressiven Kurs, den die herrschenden Kreise Israels den arabischen Ländern gegenüber immer gesteuert sind, hat man es in Israel zur staatswichtigen Aufgabe Nr. 1 erhoben, die Armee und die anderen bewaffneten Kräfte zu verstärken, sie ständig mobilmachungsbereit zu halten und die Rüstungsindustriellen Potenzen zu mehren.

Viele israelische Wissenschaftler arbeiten für die Armee. Große Bedeutung wird den militärtechnischen Forschungen, darunter den Raketen-, Chemie- und Bakterienwaffen, eingeräumt. Beim Verteidigungsministerium besteht ein besonderes Amt für Militärforschungen, das über reiche Mittel verfügt. Die Militärämter Israels kontrollieren die Arbeiten zur Nutzung der Atomenergie, die in den beiden Reaktoren des Landes betrieben werden. Man hat allen Grund anzunehmen, daß die Geheimforschungen im Kernreaktor von Dimona (in der Negev-Wüste), für die die Armee erhöhtes Interesse zeigt, nicht gar so friedlich sind. Bergmann,

der Vorsitzende der israelischen Atomenergiekommission, sagte schon Anfang vorigen Jahres zu dem bekannten amerikanischen Beobachter Drew Pearson, es sei „für ein kleines Land ein kleines Problem, eine Atombombe zu entwickeln. Das Hauptproblem sind die Unkosten.“

Jahrelang hat Israel intensiv aufgerüstet, eine eigene Rüstungsindustrie aufgezogen und bei den USA und Ländern Westeuropas moderne Waffen gekauft oder gratis von ihnen bekommen. Schwere Waffen für die Armee Israels wurden größtenteils in den NATO-Ländern erworben. Schützenwaffen und einige Arten von Geschützen erzeugt Israel nicht nur für sich selbst, sondern führt sogar noch weiche aus. Ungefähr 45 Prozent der Erzeugnisse der israelischen Rüstungsindustrie, die in nicht geringem Grade mit der „Wirtschaftshilfe“ der Westmächte entstanden ist und vervollkommenet wird, werden exportiert.

Israel und die imperialistischen Westmächte verstehen sich schon lange, was die forcierte Aufrüstung und Militarisierung des Landes betrifft. Diese Staaten waren ja darauf aus, den israelischen Dolch zu schärfen, damit er im nötigen Augenblick gegen die fortschrittlichen arabischen Länder geführt werden könne.

Israel bekam amerikanische Sherman- und Patton-Panzer, Dakota-Transportflugzeuge und Sikorsky-Hubschrauber, England lieferte schwere Centurion-Panzer, Meteor- und Hurricane-Jagdflugzeuge, Radaranlagen sowie U-Boote. Israel kaufte französische Mirage- und Super-Mystère-Düsenjäger, leichte Vautour-Bomber, gelenkte Panzerabwehrraketen und rückstoßfreie Geschütze.

Die USA, die lauthals behaupteten, daß sie im Nahen Osten eine Stabilisierung und ein Kräftegleichgewicht herbeiführen wollen, haben sich aufs aktivste an der Bewaffnung Israels beteiligt. Laut Abkommen vom 23. Juli 1952 haben sich die USA verpflichtet, Israel sogenannte Verteidigungswaffen zu liefern. In den 50er Jahren wurden die Vereinbarungen über amerikanische Militärlieferungen an Israel geheimgehalten, die Lieferungen selbst wurden heimlich vorgenommen, und die Öffentlichkeit erfuhr nur selten etwas davon. So konnte Washington lange scheinheilig behaupten, es habe mit der Aufrüstung Israels nichts zu tun. Aber manchmal kam doch etwas ans Licht. Als die Regierung Israels Anfang 1965 Washington offen darum ersuchte, ihr moderne Waffen zu liefern, gab Staats-

sekretär Dean Rusk zu, daß die USA auch früher schon bei der Aufrüstung Israels „gewisse Schritte“ unternommen hatten. In jenen Tagen wies die israelische Zeitung *Maariv* nach, wie die israelisch-amerikanische militärische Zusammenarbeit vor sich ging. Sie schrieb, daß Israel „Waffen unmittelbar aus den USA und nicht über dritte Länder anfordert“. Die Amerikaner ließen sich nicht lange bitten. Schon im April 1965 langte in Israel die erste Partie amerikanischer Hawk-Flaraketen an. Im Hafen von Haifa beobachteten Ministerpräsident Eshkol, Generalstabschef Rabin und der stellvertretende Verteidigungsminister Peres persönlich, wie die amerikanischen Raketen ausgeladen wurden.

Im Mai 1966 vereinbarten Washington und Tel Aviv die Lieferung von Patton-Panzern und Skyhawk-Bombern, wie sie der amerikanische Militärklüngel in Vietnam verwendet, an Israel. Dort bezeichnete man die Vereinbarung heuchlerisch als „Maßnahme zur Stärkung der Stabilität“ im Nahen Osten, obwohl die Skyhawk-Bomber ausgesprochene Angriffsflugzeuge sind. Wie die *New York Times* zugab, hat Israel diese Flugzeuge gekauft, weil „die Luftstreitkräfte Israels Angriffsbomber haben wollten“.

Die USA drängten Israel unmißverständlich zu größeren Waffenankäufen und erklärten, daß die amerikanischen Lieferungen nur dazu da seien, „die Waffenankäufe zu ergänzen, die Israel früher anderwärts vornahm und in Zukunft vornehmen wird“.

Die militaristischen Pläne und Aggressionsabsichten der israelischen Extremisten fanden auch bei Westdeutschland volles Verständnis. Ab 1952 zahlte die Bundesrepublik Israel als Ersatz für den Schaden, den die Juden im zweiten Weltkrieg hatten, 3,45 Milliarden DM. A conto dieser Summe wurde Israel westdeutsches Kriegsgerät und Heeresgut geliefert. Zwischen Dezember 1957 und Juni 1960 besuchte Peres als stellvertretender Verteidigungsminister 12mal Westdeutschland und vereinbarte bei Verhandlungen mit dem damaligen Bundesverteidigungsminister Strauß, daß Israel 20 Prozent der jährlichen westdeutschen Lieferungen laut Schadenersatzabkommen von 1952 für militärische Zwecke verwenden werde. Außerdem schlossen Bonn und Tel Aviv 1962 ein Geheimabkommen, laut dem Westdeutschland Israel kostenlos schwere Waffen für 240 Millionen DM liefern sollte. Es bekam auch wirklich Panzer, Schützenpanzerwagen, schwere

Geschütze und andere Waffen. Die Bundesrepublik hat nicht unwesentlich zur Ausbildung der Armee Israels beigetragen.

Das umfangreiche Programm für die Mehrung der militärischen Potenzen lastet schwer auf dem Haushalt Israels. Dessen militärische Ausgaben sind in den letzten Jahren rapide gestiegen. Belief sich der Militärhaushalt Israels im Rechnungsjahr 1961/62 auf 400 Millionen israelische Pfund, so machte er im Rechnungsjahr 1966/67 1 489 000 000 Pfund, d. h. ein Drittel sämtlicher Budgetausgaben, aus. Während der letzten Jahre hat sich die Entwicklung der

Wirtschaft infolge der forcierten Ausrüstung bedeutend verlangsamt, der Lebensstandard der Werktätigen ist gesunken und die Staatsschulden sind angewachsen.

Selbst bei einem flüchtigen Blick darauf, wie sich Israel bewaffnet hat, gelangt man zu dem Schluß, daß der aggressive, auf Krieg abgestellte Kurs der herrschenden Kreise Israels dessen arabischen Nachbarländern gegenüber von den Westmächten gefördert und rückhaltlos unterstützt worden ist, insbesondere von den USA, die Israel als Werkzeug für ihre neokolonialistischen Pläne im Nahen Osten ansehen. Des-

halb erkennt jeder Unvoreingenommene ohne weiteres, wie falsch und heuchlerisch die heutige Behauptung der führenden Politiker in den USA, in England und Westdeutschland ist, daß sie bei der von Israel unternommenen Aggression gegen die arabischen Länder neutral seien.

Die dringlichste Aufgabe besteht heute darin, nicht zuzulassen, daß der Aggressor ungestraft die Früchte seiner Aggression einheimst und daß seine mächtigen imperialistischen Schutzpatrone fortfahren können, ihr Spiel mit dem Feuer zu treiben und die Spannung im Nahen Osten zu erhöhen.

Valeri RUTGAISER

DDR-Wirtschaft auf neuen Bahnen

Im Frühjahr 1967 besuchte ich als Mitglied einer Studiengruppe sowjetischer Volkswirte die DDR. Wir kamen mit Wissenschaftlern, Betriebsleitern und Ökonomen zusammen. Hauptthema unserer Gespräche war die Wirtschaftsreform.

Ausrichtung auf den Verbraucher

Die DDR ging früher als viele andere sozialistische Länder an die Umgestaltung ihres Wirtschaftsapparates. Grundsätze und Instrumentarium der Reform waren uns gut bekannt. Darum interessierten uns vor allem ihre Ergebnisse.

Da wäre zunächst, daß die Veränderungen in der Wirtschaftsführung zu einer unmittelbaren Konfrontation von Erzeuger und Verbraucher geführt haben. Die Reform orientierte die DDR-Wirtschaft auf die Befriedigung der Finalbedürfnisse der Bevölkerung. Aber jetzt werden die Erzeuger nicht durch Zureden und nicht durch administrative Verfügungen gezwungen, herzustellen, was der Konsument tatsächlich braucht, dafür sorgen heute die ökonomischen Hebel: Preis, Gewinn und Kredit.

Unternehmen, die stark gefragte Er-

zeugnisse produzieren, erhalten Darlehen zu günstigen Bedingungen. Für solche Erzeugnisse sind höhere Preise festgesetzt, die einen großen Gewinn sichern. Es sind alle Voraussetzungen geschaffen, damit ein aktiver Kampf um die Verbrauchermärkte geführt werden kann.

Sehr bald stellten sich die Ergebnisse einer solchen Wirtschaftsführung ein. Der Begriff Mangelware ist in der DDR fast verschwunden. Noch vor fünf bis sechs Jahren konnte man Kühlschränke nur nach zweijähriger Voranmeldung erhalten. Jetzt kann man große Kühlschränke sofort kaufen, kleinere mit drei- bis viermonatiger Voranmeldung. Nur ein Artikel läßt lange auf sich warten, selbst wenn man viel Geld gespart hat: das Auto. Es dauert vier bis fünf Jahre, bis man an der Reihe ist. Professor A. Bordag, ein bekannter Fachmann für Konsumfragen, mit dem wir sprachen, ist der Ansicht, daß die Lösung dieses Problems, das in allen sozialistischen Ländern gleich akut ist, nur durch gemeinsame Anstrengungen möglich ist. Große Bedeutung wird der Bau gigantischer Autowerke in der Sowjetunion sowie die Spezialisierung

und Kooperation der sozialistischen Länder haben.

Die Orientierung auf den Verbraucher erfordert eine elastische Organisation von Erzeugung und Absatz. Kommen wir auf die Kühlschränke zurück. Man sagte uns, in ein bis zwei Jahren werde die Nachfrage nach ihnen gedeckt sein (in den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Kühlschränke pro 100 Haushalte fast auf das 2,5fache gestiegen). Trifft man nicht rechtzeitig Maßnahmen, so kann es zu einem Kühlschrankstau kommen. Darum müssen die Betriebe imstande sein, sich rechtzeitig den Veränderungen der Nachfrage anzupassen, und sie müssen Ausweichvarianten haben, um zur Produktion anderer Erzeugnisse übergehen zu können.

Als das Ausschlaggebende betrachten die führenden Wirtschaftsfunktionäre der DDR nicht die Erweiterung des Produktionsvolumens überhaupt, sondern ein Wachstum, das der Struktur der Nachfrage am besten entspricht. Jedes Mißverhältnis verursacht sonst Überbestände in den Lagern und einen Geldüberhang bei den Konsumenten und in den Sparkassen. Solche Tendenzen könnten schließlich einen ungün-

stigen „Bedarfsstau“ hervorrufen. Gerade darum ist eine intensive Marktforschung mit Berücksichtigung der sich wandelnden Tendenzen so wichtig. Man muß es lernen, die Bedürfnisse prognostisch zu erfassen, sonst ist keine auch nur einigermaßen genaue Planung möglich.

Es heißt, die Mängel seien die Fortsetzung der Vorzüge. Die Erzeugung von Waren, die die Konsumenten tatsächlich brauchen, ist für die Produzenten gewinnbringend. Aber hier sind auch Widersprüche möglich. Am lohnendsten wird doch die Produktion von Erzeugnissen sein, die den größten Gewinn bringen. Zugleich besteht kein Anreiz für die Produktion von Artikeln, deren Preise den erforderlichen Gewinn nicht sichern. Die Folge ist das Verschwinden von Waren, deren Preise der Nachfrage nicht entsprechen.

Wir hörten, daß es noch vor kurzem kaum möglich war, Nähmaschinennadeln zu kaufen. Und keineswegs, weil es unmöglich wäre, sie in der DDR herzustellen, die die modernsten Metallbetriebe hat. Alles hing von den Preisen ab. Man brauchte nur die Preise für solche Pfennigartikel zu „vervollkommen“, und schon wurde ihre Erzeugung für die Betriebe lohnend. Nun sind sie wieder zu haben.

Flexibilität bei der Preisbestimmung ist nicht nur im Produktionsbereich, sondern auch beim Absatz wichtig. In einem Warenhaus erlebten wir eine Promptpreissenkung. Ein Käufer hatte an einem Paar Schuhe, das er nehmen wollte, einen winzigen Defekt entdeckt. Darauf wurde es ihm sofort nicht zu 28 MDN angeboten, wie auf dem Preiszettel stand, sondern um 3 MDN billiger. Und das verfügte der Abteilungsleiter ohne jede Rücksprache.

Leitungsprobleme

In der DDR bestehen über 80 Vereinigungen Volkseigener Betriebe als Zentren der Leitung und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Diese Form hat sich durchaus bewährt. Wie uns der Leiter des VEB Pressen- und Scherenbau in Erfurt sagte, sind die Tendenzen, nach denen sich die moder-

ne industrielle Produktion und die Konjunktur verändert, von der VVB-Warte aus leichter zu erkennen. Ein VEB allein könnte den technischen Fortschritt nicht gewährleisten.

Vor etwa fünf bis sechs Jahren begann man bei uns, in der Sowjetunion, Firmen zu gründen, in welchen einem Betrieb die Leitung von drei bis vier anderen übertragen war. In den VVB der DDR gibt es gleichfalls Leitbetriebe. Doch worin bestehen ihre Funktionen? Können sie als Leitungsorgane fungieren?

Keineswegs! Kein Betrieb hat größere Rechte als der andere. Darum kann kein Werk einen anderen Betrieb leiten. Der springende Punkt ist, daß einzelne Unternehmen besser als andere ausgerüstet sind und die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik rascher auswerten. Ihre Erfahrungen können den branchenahen Betrieben von Nutzen sein. Beratung bei der Organisation der modernen industriellen Produktion ist die Hauptpflicht der Leitbetriebe. Ob ihre Ratschläge befolgt werden oder nicht, das ist Sache der Beratenen. In der Regel finden solche Empfehlungen jedoch Anklang.

Viele VVB sind mit wichtigen Funktionen der Export- und Importplanung betraut, und zwar nicht nur in bezug auf die ihnen unterstellten VEB, sondern auch auf sämtliche Unternehmen des betreffenden Zweiges, unabhängig davon, ob sie den Bezirkswirtschaftsräten untergeordnet sind oder ob es sich um Privatbetriebe handelt. Besonders groß sind die Importbefugnisse der VVB. Sie sind vollverantwortlich für die Deckung des Inlandsbedarfs an den betreffenden Erzeugnissen sowohl aus der Eigenerzeugung als auch aus der Einfuhr. Das ist sehr vernünftig. Niemand weiß besser als der Erzeuger, was im eigenen Lande produziert werden kann und was man besser importiert. Das sind neue Erscheinungen in der Entwicklung des Außenhandelsmonopols. Und sie sind sehr verheißend.

Die VVB befassen sich beharrlich mit der Erneuerung der Sortimente nach den Erfordernissen des wissenschaftlichen und technischen Fort-

schritts. Diese komplizierte Aufgabe ist längst noch nicht vollständig gelöst. Der Mechanismus der Sortimentserneuerung muß so wirken, daß die Betriebe nicht mehr daran interessiert sind, nur längst gemeisterte Erzeugnisse zu produzieren, sondern daß der Übergang zur Herstellung modernerer Erzeugnisse auf sie einen „unwiderstehlichen Reiz“ ausübt. Das geschieht durch ein System von Preiszuschlägen unter Verwendung der Mittel aus dem VVB-Fonds Neue Technik. Man strebt danach, den Anteil der Erzeugnisse mit dem Gütezeichen Q maximal zu steigern, das bezeugt, daß es sich um ein Weltspitzenprodukt handelt.

Der Kampf, der in der DDR für eine höhere Güte der Erzeugnisse geführt wird, hat auch für die Sowjetunion ausnehmend große Bedeutung, da die DDR rund 30 Prozent der sowjetischen Einfuhr an Maschinen und Ausrüstungen bestreitet.

Bei uns in der Sowjetunion besteht die Ansicht, insofern als die Verwaltungsorgane (z. B. die Ministerien) über gewisse Fonds und Mittel verfügen, müßten diese nach Maßgabe der Notwendigkeit den Betrieben unentgeltlich überlassen werden. In der DDR kennt man solche „Fürsorge“ in den Beziehungen zwischen VVB und VEB nicht. Gewiß, ein VEB kann einen nicht vorausgesehenen Bedarf an Mitteln haben, z. B., um mit dem Staat abzurechnen. In solchen Fällen hilft die VVB. Aber nicht umsonst. Mittel aus ihren Fonds gewährt sie als Kredit, für den 8 bis 12 Prozent Jahreszinsen zu zahlen sind. Dieser Satz ist allerdings geringer als der Banksatz für außerplanmäßige Darlehen, der bis zu 18 Prozent beträgt.

Engpaß Arbeitskräfte

In der DDR ist das in vielen sozialistischen Ländern bestehende Arbeitskräfteproblem besonders akut. Die Wirtschaft wächst und braucht zusätzliche Arbeitskräfte. Besonders gilt das für Berlin.

Die Zahl der Arbeitskräfte wird jedem VEB vorgegeben. Diese Planung obliegt dem Bezirkswirtschaftsrat. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die

führenden Industriebetriebe des Bezirks mit Arbeitskräften zu versorgen. Das geschieht hauptsächlich durch höhere Lohnstarife. Das Ergebnis ist, daß der Bedarf solcher Betriebe mehr oder minder vollständig gedeckt wird. In eine schwierige Lage geraten aber die anderen Betriebe, besonders in der Dienstleistungssphäre (wo die Löhne und Gehälter am niedrigsten sind). Eine leitende Mitarbeiterin des Magdeburger Handels sagte uns, da es nicht genug Verkäuferinnen gäbe, seien dort von 320 Lebensmittelgeschäften zehn geschlossen worden.

Der Arbeitskräftemangel in der DDR ist eine Kriegsfolge. In Dresden zeigte man uns Neubauviertel mit vielen Häusern für Alleinstehende. Ihre meisten Mieter sind Frauen. In einem dieser Häuser sind z. B. von 74 Mietern nur 3 Männer.

Es gibt aber auch große Familien. In Berlin traf ich einen Kollegen wieder, mit dem ich an der Wirtschaftsfakultät der Moskauer Universität studiert hatte. Seit fünf Jahren verheiratet, hat er schon drei Kinder. In Erfurt gingen wir eines Abends in eine Gastwirtschaft, und an unserem Tisch saß ein Ehepaar, sie dreißig-, er dreiunddreißigjährig. Wir staunten, als wir erfuhren, daß sie sechs Kinder haben. Beide arbeiten. Der Staat hilft kinderreichen Familien. Vom vierten Kind an sind die Beihilfen höchst beträchtlich. Laut den Beschlüssen des VII. Parteitag sind sie noch erhöht worden. In letzter Zeit wurden die Schwangerschaftsurlaube um drei Wochen verlängert. Auch das in solchen Fällen gezahlte Urlaubsgeld ist erhöht worden.

Die Gewinnung der Frauen für die Berufsarbeit ist gleichbedeutend mit dem Problem der Kindergärten. Die Eltern überlassen ihre Kleinen gerne diesen Einrichtungen, in denen in der Regel eine Erzieherin auf 12 bis 15 Kinder kommt. Im Jahre 1962 gab es je 1000 Kinder 518 Plätze in Kinderwochenheimen, Kinderkrippen und -gärten, im Jahre 1966 bereits 750. Trotz dieser bedeutenden Zunahme reichen die Kindergärten nicht aus.

Wo möglich, werden Arbeitskräfte durch Automaten ersetzt. In den Straßenbahnen und O-Bussen gibt es keine Schaffner mehr, an ihre Stelle sind Zahlboxen wie die in Moskau getreten (allerdings mußten mehr Kontrolleure eingestellt werden). In einem Teil der Verkaufsstellen ist die Selbstbedienung eingeführt worden. Kommen Ladendiebstahle vor? Ja. Aber die Einsparungen an Verkäufergehältern sind Hunderte Male so groß wie der Wert der entwendeten Waren.

Der Hauptweg zur Lösung des schwierigen Arbeitskräfteproblems ist die Rationalisierung. Im Tempo der Automatisierung der Produktion ist die DDR an einen der ersten Plätze in der Welt aufgerückt. Anders ist ja eine beschleunigte Steigerung der Arbeitsproduktivität auch unmöglich. Tatsächlich hat die DDR in den letzten Jahren in der Steigerung der Arbeitsproduktivität höhere Leistungen aufzuweisen als viele andere sozialistische Länder.

Die Wirtschaftsreform bietet Anreize zur Steigerung der Effektivität der Arbeit. Besonders wichtig ist dabei das Prämiensystem. Im Leistungsbuch eines jeden Arbeiters ist sein Recht auf eine Prämie angegeben. Das Fazit wird am Jahresende gezogen. Die deutschen Ökonomen halten die Jahresendprämie für höchst effektiv. Erhält ein Arbeiter die Prämie jeden Monat, so gewöhnt er sich erstens daran, sie als einen Lohnzuschlag zu betrachten (es geht der Anreiz verloren, sich die Prämie zu erwerben), und zweitens wird dieser Zuschlag ausgabenmäßig verzettelt. Die Jahresendprämie dagegen ist ein recht großer Beitrag. Um ihn zu erhalten, muß man sich das ganze Jahr bemühen. Solche Prämien erreichen 680 bis 700 MDN. Der Steuersatz für sie ist nur halb so groß wie für die Löhne.

Diskussionsfragen

Das Wirtschaftssystem der DDR wird unablässig vervollkommen. Viele Probleme der Verbesserung des Wirtschaftsmechanismus werden jetzt eifrig erörtert. Es war für uns interessant zu erfahren, was die Ökonomen der DDR über mehrere aktuelle Fragen denken, die in einer Reihe von sozialistischen Ländern auf verschiedene Weise gelöst werden.

In einigen Ländern, darunter auch in der Sowjetunion und in der DDR, ist die Wirtschaftsreform von der Einführung einer Produktionsfondsabgabe (für Maschinen, Ausrüstungen, Gebäude) begleitet. Dadurch soll ein Anreiz für die gründlichere Auslastung dieser Fonds geschaffen werden. In den meisten Ländern, auch in der DDR, beläuft sich diese Abgabe auf 6 Prozent des Werts der Produktionsfonds.

„Warum auf 6 und nicht auf 5 oder 7 Prozent?“ fragten wir Werner Kalweit, einen bekannten Wissenschaftler der DDR, der einer der Theoretiker der Wirtschaftsreform ist.

„Und warum nicht auf 6 Prozent?“ lautete seine Gegenfrage. Aber das war natürlich keine Antwort. Das Ausmaß der Produktionsfondsabgabe hat in der

DDR keine ökonomische Begründung, was allerdings auch für die anderen Länder gilt. Die Frage, die wir Werner Kalweit stellten, hätte auch kein sowjetischer Ökonom beantworten können.

Unsere Kollegen erzählten uns auch von anderen strittigen Problemen. Da wäre z. B. das Problem der freien Mittel eines Betriebs. Ein VEB kann seine Gelder ein, zwei Jahre auf seinem Bankkonto auflaufen lassen, um sie dann für irgendwelche sehr aufwendige Wirtschaftsmaßnahmen auszugeben. Die ganze Zeit läßt die Bank die freien Mittel des VEB zirkulieren. Aber warum bezahlt sie nichts dafür? Der VEB, der ein Darlehen bei der Bank aufnimmt, zahlt dafür Zinsen. Die Bank, die die von den Betrieben akkumulierten Gelder verwendet, muß ihnen gleichfalls etwas von dem Nutzen überlassen, den ihr die Anlage dieser Mittel bringt.

Nach Ansicht der Ökonomen in der DDR wird die Zahlung von Zinsen für freie Mittel an die Betriebe die Rolle der Bank beträchtlich aktivieren: Diese wird genötigt sein, die gewinnbringendsten Sphären für die Anlage der in Akkumulation begriffenen Mittel ausfindig zu machen. Die Einführung eines solchen Zinsfußes wird auch den Investitionseifer der Betriebe etwas abkühlen. Sie werden einen Neubau nur in Angriff nehmen, wenn er einen Nutzen verspricht, der größer ist als die Zinsen, die die Bank für freie Mittel zahlen wird.

Die DDR baut ihre sozialistische Wirtschaft rasch und zuversichtlich aus. Schon heute ist der Lebensstandard in der Republik nach offiziellen Angaben 1,5mal so hoch wie in Bulgarien, 1,4mal so hoch wie in Polen und 1,36mal so hoch wie in Ungarn. Aber unsere Freunde in der DDR denken nicht daran, sich mit dem Erreichten zu begnügen. Sie sind sich dessen bewußt, daß sie den westlichen Vorposten des Sozialismus in Europa bilden. Genosse Walter Ulbricht sagte auf dem VII. Parteitag der SED, daß die DDR jetzt an die Schaffung der vollausgebildeten sozialistischen Ökonomik geht, in welcher alle sozialistischen Gesetzmäßigkeiten zur Geltung kommen werden.

Heute überzeugt sich jeder Bürger der Republik aus eigener Erfahrung davon, daß das, was der Gesellschaft nützt, sofort auch ihm selbst zugute kommt. Das ist die feste Grundlage und die Hauptursache der Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik.

Die englische Wochenschrift *Economist* brachte in der Ausgabe vom 17.—23. Juni einen Beitrag, in dem es heißt:

Peking wird zu einer Hauptstadt ohne Staat. Es ist immer noch, wie man den rebellierenden roten Garden einschärft, Residenz des Vorsitzenden Mao und folglich ein heiliger Ort. Es strahlt immer noch die meisten chinesischen Rundfunksendungen aus und ist deshalb eine wichtige Nachrichtenzentrale. Es hat jedoch aufgehört, der operative Stab eines zentralisierten autoritären Staates zu sein. Überblickt Mao seine Besitzungen, so ist er Herr über alles, was er überblicken kann. Aber selbst an einem heiteren Tag reicht sein Blick kaum noch über die Stadttore hinaus. Hinter ihnen versinkt das riesige Kontinentalchina in Anarchie.

Die Behauptungen der Maoisten selber über die heutigen Grenzen ihrer Herrschaft sind recht bescheiden: Lediglich in vier Provinzen und zwei Städten befinden sich vollkommen akkreditierte „revolutionäre Komitees“ an der Macht. In den letzten Wochen brachen jedoch in zwei dieser „sicheren“ Provinzen, Heilungkiang und Schantung, sowie in den Städten Schanghai und Peking Brände des Bürgerkriegs aus. Nach den Worten von Hsieh Fu-chih, dem Minister für öffentliche Sicherheit und Stadtoberhaupt von Peking, gab es in den ersten zehn Maitagen in der Hauptstadt 133 Zusammenstöße zwischen Maoisten und deren Gegnern; daran beteiligten sich mehr als 63 000 Personen. Die Gewalttaten greifen um sich.

So ist der Sachverhalt in den besten der revolutionären Provinzen. In den obskureren nichtrevolutionären Gebieten jedoch schwankt die Kontrolle, die Peking über die dortigen Maoisten ausübt, zwischen nominal und inexistente. Häufig kann man unmöglich feststellen, wer an der Macht ist, besonders deshalb, weil Ausländern von den roten Garden nicht erlaubt wird, ihre Wandzeitungen zu lesen, da sie sich darin selbst bloßstellen. Die Hälfte von den 26 Provinzen Chinas befinden sich theoretisch unter militärischer Kontrolle. Einige von ihnen sind offenkundig von Vertretern der Nichtmaoisten beherrscht. In anderen gibt es, nach Berichten über dortige Aderlässe zu schließen, überhaupt keine Behörden.

„ECONOMIST“ über die Lage in China

Im vorigen Monat meldeten zehn Provinzen blutige Zwischenfälle, deren Opfer in die Hunderte, ja in die Tausende gingen.

Das jetzige Gären unterminiert offensichtlich die chinesische Wirtschaft. Hsieh Fu-chih vermittelte eine gewisse Vorstellung von den in Peking erlittenen Verlusten, als er vor einem Monat den Mitgliedern seines revolutionären Komitees erklärte, das Produktionsvolumen in der Hauptstadt sei von März bis April um 7 Prozent zurückgegangen. Er schrieb dies den Straßenkämpfen sowie dem Umstand zu, daß viele Arbeiter den Betrieben fernbleiben. In dieser Woche verlautete in einer Rundfunksendung aus der Provinz Tschekiang, daß die Situation dort zum Chaos vom vorigen Winter zurückkehrt. In dieser Meldung hieß es, daß „der böse Wind des konterrevolutionären Ökonomismus wieder bläst“. Maofeindliche Parteifunktionäre, die noch an der Macht sind, verteilen Geld und Lebensmittel; einige von ihnen organisieren sogar Verkehrsmittel, um eine große Anzahl von Bauern in die Städte zu bringen, damit sie sich am Kampf beteiligen.

Peking hat milde Töne angeschlagen, um eine Einstellung der Gewalttaten zu erreichen. Es verfügt aber nicht mehr über den großen Knüppel, mit dessen Hilfe es seinen Willen durchsetzen konnte. Obwohl Tschou En-lai die roten Garden davor warnt, Hetzreden gegen die Minister zu halten, hören die Ausfälligkeiten gegen seine von der Säuberung mitgenommene Regierung, von Außenminister Tschen Ji abwärts, nicht auf. Es ist durchaus möglich, daß auch hochgestellte Persönlichkeiten und sogar Mao selbst über die Erosion der Ordnung und der zentralisierten Kontrolle besorgt sind. Das Zentralkomitee hat eine Reihe von Direktiven erlassen, die Plünderung und Vernichtung von Staats- und Privateigentum, gesetzwidrige Haussuchungen und Verhaftungen verbieten. Diese Befehle werden von örtlichen Rundfunksendern im ganzen Lande verbreitet. Am anderen Ende gibt es aber niemanden, der sie ausführen

könnte. Die Reihen der Macht, die sich von der Hauptstadt zu den Provinzen hinzogen, lichteteten sich schon im vorigen Herbst und Winter, als Mao die KP Chinas vernichtete, und die „revolutionären Aufrührer“ sind viel zu sehr vom Kampf gegeneinander in Anspruch genommen und viel zu unerfahren, die verantwortungsvolle Aufgabe der Verwaltung ihrer Territorien zu übernehmen.

Vor sechs Monaten wählte Mao Tse-tung wohl, das Ganze jederzeit nach Gutdünken abbrechen zu können, denn damals hatte er noch das äußerste Mittel in Reserve: die Streitkräfte. Das Durcheinander im Spätwinter und Frühjahrsanfang zwang ihn, zu diesem Mittel zu greifen. Zur Zeit ist es aber klar geworden, daß selbst die Volksbefreiungsarmee außerstande ist, den maoistischen Frieden zu gewährleisten. Vor allem wurde der Armee eine unerfüllbare Aufgabe gestellt: Aus den Hunderten rivalisierenden Gruppierungen, die sich selbst als Maoisten bezeichnen, „echt linke“ auszusortieren. Zweitens sind viele örtliche Kommandeure ihren alten Kameraden, den Vertretern der lokalen Parteikomitees, treu geblieben: häufig ging die Armee zu den Antimaoisten über und schlug sich an ihrer Seite. Vor allem aber wurde die Struktur des Armeekommandos ebenso wie die der Parteiführung unterhöhlt. Nachdem vor mehr als einem Jahr Generalstabschef Lo Jui-ching seines Postens enthoben worden war, folgte die Absetzung von 47 Generalen und fünf Admiralen. Vor kurzem versuchte Peking den Streitkräften eine revolutionäre Bluttransfusion zu machen, indem es die Vorsitzenden von sechs revolutionären Komitees in den Rang politischer Kommissare erhob. Aber selbst in den maoistischen Zentren, wo diese Komitees an der Macht geblieben sind, hat sich die Armee als nicht allzu verlässlich erwiesen. Vorbei ist die Zeit, da Lin Piao, wenn er Befehle in Peking ausgab, damit rechnen konnte, daß diese von der ganzen Armee strikt ausgeführt werden.

Südarabien: Der Aufstand in Aden

Michail KRUGLOW

Am 20. Juni entbrannte wieder der bewaffnete Kampf gegen die britischen Kolonisatoren. Die aufständischen Patrioten von Aden, an deren Seite sich Armee-Einheiten der „Föderation Südarabien“ und der Polizei von Aden schlugen, haben sich im arabischen Viertel Crater verschanzt. Dieser Stadtteil mit seinen arabischen Elendshöhlen und Winkelgassen ist von britischen Truppen umzingelt und faktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Crater ist durch Beschuß fast restlos zerstört worden, die Patrioten verteidigen sich aber tapfer weiter. Nach den letzten Meldungen sind in den Kämpfen 120 britische Soldaten getötet und mehr als 300 verwundet worden.

Den unmittelbaren Anlaß zum Aufstand gab der Versuch einer britischen Streife, im Militärlager „Lake Lines“, dem größten Ausbildungszentrum der Truppen der „Föderation Südarabien“, einige arabische Offiziere zu verhaften, weil sie angeblich mit der Befreiungsfront des besetzten Südjemens (FLOSY) zusammengearbeitet hatten. Die Ursachen des Aufstandes lagen aber natürlich viel tiefer. Die Explosion in Aden lag schon lange in der Luft, und ein Funke genügte, damit sie ausgelöst wurde.

Die Situation verschärfte sich ganz besonders, nachdem England seine Absicht bekanntgegeben hatte, faktisch Südarabien nicht verlassen zu wollen: Am 19. Juni versprach Außenminister Brown im Unterhaus der „Föderation Südarabien“ ab 9. Januar 1968 die Unabhängigkeit, doch nur unter der Bedingung, daß britische Truppen die Föderation vor „subversiver Tätigkeit und Angriffen von außen“ schützen würden. Brown erklärte ferner, daß die britische Regierung bereit sei, strategische Bomber im Lande zu halten und zusätzliche finanzielle Hilfe bei der Neuausrüstung der südarabischen Armee zu erweisen, namentlich der Beduinenlegion Hadrami, der wichtigsten dortigen Stoßkraft zur Bekämpfung der nationalen Freiheitsbewegung.

Browns Erklärung fand bei den Konservativen Beifall, wurde aber von vielen Labouristen verurteilt. So sagte der Labourpolitiker Christopher Mayhew, der vor kurzem im Nahen Osten war, daß Browns Vorschläge eine „bedingungslose Kapitulation“ vor der konservativen Opposition und eine Art „Lehrbuch für Neokolonialismus“ seien. Er fügte hinzu, daß die von der britischen Regierung vorgeschlagene Situation täuschend der Lage in Südvietnam gleiche, wo der jetzige Krieg damit begann, daß die USA eine reaktionäre, nicht-

repräsentative Regierung unterstützten, der die dortige Bevölkerung die Anerkennung versagte.

Der bewaffnete Kampf in Aden gewinnt an Ausmaß, obwohl die Kolonisatoren sich aus Leibeskräften bemühen, den Aufstand zu unterdrücken. Außer direkten Repressalien versuchen sie, Zwist und Hader in den Reihen der Freiheitskämpfer zu säen, was schon immer zu den Grundsätzen der Kolonialstrategie Londons gehörte. Vor kurzem verlautete in Aden, daß das Verbot der illegalen Nationalen Befreiungsfront Südarabiens (NLF), einer der beiden Befreiungsorganisationen in Südarabien, aufgehoben sei. Das ist ein unverhohlener Versuch, die NLF für die Kolonisatoren zu gewinnen, indem man die Differenzen zwischen NLF und FLOSY ausschaltet. London hat sich jedoch verrechnet. Die Mitglieder der beiden Organisationen kämpfen energisch gegen die britischen Truppen weiter.

Bolivien: Einmischung des Pentagons

Juan COBO

Im Juni war es unruhig in den bolivianischen Bergbaurevieren Huanuni, Oruro, Catavi und Siglo XX. Dort kam es zu Streiks und Protestdemonstrationen gegen die Repressalien der Militärregierung unter General Rene Barrientos. Die Polizei schoß auf die Demonstranten; einige Personen wurden verwundet. Daraufhin erklärten die Bergarbeiter von Huanuni ihre Mine zu „freiem Territorium“.

Gleichzeitig mit den Aktionen der Grubenarbeiter erfolgten große Demonstrationen von Angestellten, Studenten und Lehrern gegen die Regierung in La Paz und anderen Städten.

Das Anwachsen der demokratischen Bewegung im Lande geht mit dem verstärkten Partisanenkampf in den südöstlichen Departements Santa Cruz und Chuquisaca einher. Als dort im März die ersten Trupps bewaffneter Aufständischer erschienen, behaupteten die Behörden in La Paz, die Partisanenbewegung sei nicht tief verwurzelt und werde bald niedergeschlagen werden.

Ende Mai trat aber nördlich vom ursprünglichen Herd des bewaffneten Kampfes am Höhenpaß Nancahuazu eine andere Partisaneneinheit in Aktion. Die Patrioten führen Schlag auf Schlag gegen einen 4000 Mann starken Straftrupp.

„Die Soldaten beginnen den Gehorsam zu verweigern“, stellte die hauptstädtische Zeitung *El Pueblo* am 2. Juni in einem Kommentar über die Operationen im Gebirge fest. Die Soldaten bekunden nun Sympathie für die Partisanen. Ende Mai mußten im Raum der Kampfhandlungen sogar einige Regierungseinheiten ausgewechselt werden. Die Reservisten aus den abberufenen Einheiten sollen nach Hause geschickt werden.

Obwohl die Vorgänge in Bolivien eine ausgesprochen innere Angelegenheit sind, mischt sich Washington immer stärker ein.

Von nordamerikanischen Militärstützpunkten in der Panama-Kanalzone werden Napalmbomben, Hubschrauber für die Partisanenbekämpfung, Schußwaffen und sonstiges Heeresgut nach Bolivien verfrachtet. Dorthin hat das Pentagon „Antiguerilla-Spezialisten“ kommandiert. Der chilenische Journalist Hernan Uribe berichtet, daß die Aktionen gegen die Aufständischen vom Amerikaner Rafael Shelton koordiniert werden, der früher in Laos, der Dominikanischen Republik und in Panama sein Unwesen getrieben hat.

Agenten der USA mischen sich nicht nur in militärische, sondern auch in politische Angelegenheiten ein. Auf ihren Rat hin werden von den Behörden in La Paz „die Schrauben angezogen“. Am

7. Juni wurde der früher nur für die Partisanengebiete geltende Ausnahmezustand auf ganz Bolivien ausgedehnt. Hunderte Menschen sind in Konzentrationslager gesperrt worden. Die Verhaftungen dauern an.

Dennoch hält Washington das Vorgehen der Regierung Barrientos für „nicht genügend effektiv“. Wie die Agentur Prensa Latina meldet, besagen hartnäckige Gerüchte in La Paz, daß der Yankee-Imperialismus daran interessiert ist, dort ein noch reaktionäreres Regime zu errichten. Als mutmaßlicher Diktator gilt in letzter Zeit vor allem der Oberbefehlshaber der bolivianischen Streitkräfte Alfredo Ovando Candia.

keinen anderen führenden Politiker, der dank seiner außenpolitischen Verdienste ein so hohes Vertrauen wie Kekkonen genießen würde... Nicht unwichtig für unser Land sind auch das Vertrauen und die Achtung, die er im Ausland genießt."

Im Auftrag weiter politischer und öffentlicher Kreise Finnlands ersuchte eine repräsentative Delegation mit Ministerpräsident R. Paasio an der Spitze Präsident Kekkonen, bei den bevorstehenden Wahlen zu kandidieren. Kekkonen stellte fest, daß „eine so breite Zusammenarbeit bei den Präsidentschaftswahlen in der Geschichte Finnlands einzig dasteht“, und erklärte sich bereit, seine Kandidatur aufzustellen. Nach der Bildung des einheitlichen Wahlblocks der Regierungsparteien ist Kekkonen nun zum Kandidaten des breitesten Bündnisses der demokratischen Kräfte des Landes geworden.

Die reaktionären Kreise Finnlands treten gegen die Wiederwahl Kekkonens auf. Formal kritisieren sie den Präsidenten von innenpolitischen Positionen her, haben es aber unverkennbar auf den außenpolitischen Kurs des Landes abgesehen. Bezeichnend ist die Haltung des berüchtigten Reaktionärs T. Junnila, eines Abgeordneten der Koalitionspartei, dem alles mißfällt, von der Rekonstruktion des Saimaa-Kanals mit Hilfe der Sowjetunion bis zu den außenpolitischen Reden und Handlungen des Präsidenten.

Die Koalitionspartei hat von sich aus den Direktor eines der größten finnischen Bankhäuser, M. Virkkunen, als Präsidentschaftskandidaten nominiert. Ein anderer Kandidat ist der Vorsitzende der Kleinbauernpartei F. Venamo. Nach Ansicht der meisten finnischen Zeitungen sind jedoch die Chancen der Gegner Kekkonens minimal. Eine kürzliche Umfrage hat gezeigt, daß 80 Prozent der Finnen für die Wiederwahl Kekkonens sind. Die umfangreiche Unterstützung der Kandidatur des jetzigen Präsidenten, die sich politisch in einem Wahlblock der Regierungsparteien äußert, beweist, daß die überwiegende Mehrheit des finnischen Volkes die außenpolitische „Linie Paasikivi-Kekkonen“ zur Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Finnland und der Sowjetunion gutheißt.

Finnland: Ein neuer Wahlblock

Anatoli ANTONOW

O bwohl die nächsten Präsidentschaftswahlen in Finnland erst Anfang 1968, d. h. in mehr als sechs Monaten, stattfinden sollen, haben sich die politischen Hauptkräfte des Landes im Wahlkampf bereits festgelegt. Am 12. Juni faßte der Rat der Sozialdemokratischen Partei den Beschluß, mit den anderen Regierungsparteien eine Listenverbindung für die Wiederwahl Präsident Urho Kekkonens einzugehen, und das hat das Bündnis der demokratischen Kräfte des Landes verankert. Schon früher hatten die Zentrumspartei, die Demokratische Union des Finnischen Volkes, der Sozialdemokratische Bund der Arbeiter und kleinen Landwirte gemeinsame Aktionen bei den Präsidentschaftswahlen befürwortet. Am 19. Juni fand in Helsinki die erste Runde der Verhandlungen über einen umfassenden Wahlblock statt. Außer den vier Regierungsparteien nahmen daran Vertreter der Schwedischen Volkspartei und der Liberalen Volkspartei teil, die ebenfalls die Kandidatur Kekkonens unterstützen.

Die prinzipielle Zustimmung zu einem Wahlblock der vier Regierungsparteien bedeutet eine neue wichtige Phase bei der Festigung der Zusammenarbeit der

Linkskräfte des Landes, die vor mehr als einem Jahr durch die Bildung der Koalitionsregierung angebahnt wurde. Die Hoffnungen der Rechtskreise auf ein Zerwürfnis der Regierungsparteien sind getäuscht.

Nach der Verfassung ist der Präsident für die auswärtigen Angelegenheiten verantwortlich. Deshalb spielten die außenpolitischen Fragen bei den Präsidentschaftswahlen stets die Hauptrolle. So ist es auch jetzt. Der Mitte Mai abgehaltene Kongreß der Demokratischen Union des Finnischen Volkes (DUFN), der auch die Kommunistische Partei angehört, hob in seiner Resolution hervor, daß „die wichtigste Frage der Präsidentschaftswahlen darin besteht, wie die Wahrung der politischen Hauptlinie unseres Landes gesichert wird“. Der Kongreß unterstützte den Beschluß des Rats und des Exekutivkomitees der DUFN, für die Wiederwahl Urho Kekkonens einzutreten. Bei der Motivierung dieser Haltung sagte Yorma Simpura vom Politbüro des ZK der KP Finnlands:

„Zur Zeit gibt es in unserem Lande

Mario MELLONI
Italien

Im Jahre 1898, unter König Humbert I., wurde der 'Orden für Verdienste um Landwirtschaft, Industrie und Handel' gestiftet. Auf Antrag Ministerpräsident Zanardelli wandelte König Viktor Emanuel III. ihn 1901 in den 'Orden für Arbeitsverdienste' um. Der neue Orden, dessen erste Ritter 1902 berufen wurden, dokumentierte die öffentliche Anerkennung der Tatkraft der Unternehmer, die um jene Zeit an die Schaffung der industriellen Grundlage der italienischen Nation gegangen waren."

Mit diesen Worten, die wir vollinhaltlich wiedergeben, beginnt der Abschnitt über die „Ritter der Arbeit“ in einer italienischen Vorkriegspublikation. Ihnen folgt die Mitteilung, daß bereits im ersten Jahr 104 Ritter des neuen Ordens gekürt wurden, eine Zahl, die seither nie übertroffen wurde. Später wurden jedes Jahr vom König (nach 1946 vom Präsidenten der Republik) 10–50 neue Ritter berufen (mit Ausnahme der Jahre 1915, 1917 und 1923, in denen keine Ernennung erfolgte). Jetzt werden jährlich 25 „Ritter der Arbeit“ berufen. Ihre Namen werden am 2. Juni, am Jahrestag der Ausrufung der Republik, veröffentlicht. Insgesamt wurden von 1902 bis heute 1620 „Ritter der Arbeit“ ernannt. Ende 1966 betrug die Zahl der lebenden Inhaber des Ordens 388.

Wer sind nun die Ritter der Arbeit? Eine winzige Kaste, ausgesucht nach rein klassenmäßigen Gesichtspunkten. Anbetung des Reichtums ist dabei vor allem maßgebend.

Anfangs war der Orden „Für Arbeitsverdienste“ eine rein monarchistische Institution. 1926, 25 Jahre nach seiner Stiftung, erschien eine Jubiläumspublikation, die mit den Worten begann: „Der Landesbund der ‚Ritter der Arbeit‘ widmet dieses Buch Sr. Majestät Viktor Emanuel III., dem Großmeister des Ordens ‚Für Arbeitsverdienste‘, dem hochedlen König, dessen erlauchter Name die Geschichte Italiens ziert. Wir zollen auch einem der ersten Ritter der Arbeit, Sr. Königlichen Hoheit Luigi von Savoyen, dem Herzog der Abruzzes, Tribut, einem glorreichen und tapferen Fürsten, der durch seine Ruhmestaten während der Nordpol- und der Hima-

laja-Expeditionen wie auch bei der Erschließung der somalischen Lande für die Zivilisation die Glorie des Hauses von Savoyen gemehrt hat.“

Aber 1926 bestand in Italien bereits das faschistische Regime, und nichts ist natürlicher, als daß die „Ritter der Arbeit“ es begeistert priesen. In der erwähnten Publikation steht zu lesen, daß „ein Antrieb zur Lösung der majestätischen Aufgaben, die das Nationalbewußtsein erweckten, die Tätigkeit des ruhmgekrönten Regierungshauptes Benito Mussolini war, der mit der ihm eigenen Tatkraft immer neue und neue Kämpfe aufnimmt“. Im Jahre 1926, als das geschrieben wurde, hatte der Faschismus bereits alle Arbeiterorganisationen vernichtet, und auf seinem Konto standen die niedergebrannten Gebäude der Arbeitskammern, Bücherverbrennungen, Massenfolterungen von Arbeitern, ermordete oder ins Exil getriebene Parlamentarier. Im Lande war eine regelrechte faschistische Diktatur, die erste faschistische Diktatur der Geschichte, errichtet. Das hielt die „Ritter der Arbeit“ nicht davon ab, zu erklären, daß alles aufs beste bestellt sei; Mussolinis „Kämpfe“ versetzten sie in helle Begeisterung.

Was den italienischen Konformisten einst die Monarchie und der Faschismus waren, das ist ihnen heute die Religion. In unserem Lande sind alle Kapitalisten fromm geworden. Eine Vorsprache im Vatikan gilt für die Kapitane der Industrie und ihre Generalstäbe heute für ebenso unerlässlich wie seinerzeit ein Besuch im Palazzo Venezia, dem Tempel des Faschismus. Die „Ritter der Arbeit“ haben sich nicht von ungefähr einen eigenen Schutzheiligen erwählt, St. Benedikt von Norcia. Und alles läßt darauf schließen, daß Benedikt wirklich ein begnadeter Heiliger war, denn von ihm stammt das Wort: „Ora et labora“ (Bete und arbeite). Mit dieser Empfehlung sind die heutigen Kapitalisten völlig einverstanden, sagt sie doch kein Wort darüber, wie sie über die Gelder zu verfügen haben, die ihnen zufallen, weil die Arbeiter „beten und arbeiten“. Offenbar machen die Unternehmer eben

deswegen mit den Kapitalien, die sie in Italien zusammenscharren, was ihnen paßt, indem sie sie z. B. in Banken der Schweiz und des sonstigen Auslands anlegen. St. Benedikt von Norcia konnte diesen gottgefälligen Usus kaum voraussehen.

In den ersten vier Jahren nach der Stiftung des Ordens wurden 255 Personen zu seinen Ritttern berufen. Nur fünf von ihnen waren als Arbeiter eingetragen, unter ihnen zwei Buchdrucker, ein Techniker, ein Schlosser und ein Obermeister. In den folgenden Listen kamen Arbeiter nicht mehr vor. Alle „Ritter der Arbeit“ sind Unternehmer, wie es in den Ordensstatuten ja auch eindeutig vorgesehen ist.

Welche Beziehungen bestehen nun zwischen den „Ritttern der Arbeit“ und der eigentlichen Welt der Arbeit? Hauptsächlich die eines herablassenden Paternalismus. Es gibt ja heute nicht wenig Unternehmer, die nicht nur außerstande, sondern auch nicht gewillt sind, sich den sozialen Fortschritt entgegenzustellen, selbstverständlich, soweit er ihnen dazu angetan scheint, ihre Herrschaft zu festigen. Außerdem gibt es unter den Kapitalisten ebenso wie in den Herrscherhäusern keine absoluten Monarchen mehr; sie alle werden zu konstitutionellen Monarchen (was sie allerdings nicht hindert, nach wie vor vom göttlichen Ursprung ihrer der Gesellschaft entrissenen Macht überzeugt zu sein). Darum sind sie durchaus bereit, die Werkstätigen zu belohnen und sogar ihre Verdienste anzuerkennen, jedoch nur unter der Bedingung, daß diese sich stets mit der Rolle von Nebendarstellern begnügen, die den Hauptdarstellern das Stichwort geben.

Es gibt in Italien zwei Landesverbände, die, wie es bei den bürgerlichen Publizisten heißt, „auf verschiedenen Ebenen alle Personen vereinigen, deren Arbeitsverdienste gewürdigt worden sind“. Der eine ist der „Bund der Meister der Arbeit“, dem Träger des Abzeichens „Für Sachkenntnis, Fleiß und Treue“ angehören, der zweite der „Landesverband verdienter Arbeitsveteranen“, in den Personen aufgenommen

men werden, die viele Jahre „mit Fleiß und Treue“ bei ein und derselben Firma ausgeharrt haben (eine beachtenswerte Bestimmung). Schließlich vermochten es die „Ritter der Arbeit“, diese beiden Verbände zu schlucken und einen Bund zu bilden, in dem sie die Rolle der Gönner und edlen Väter spielen. Das Wort edel haben wir hier nicht von ungefähr gebraucht: Im Jahre 1934 verliehen die Faschisten den „Rittern der Arbeit“ nämlich Wappen mit dem Danteschen Spruch: „Me l'ovrare appaga“ (Nichts brauche ich außer der Arbeit). Aber leider stimmt dieser Wappenspruch nur zum Teil, da die Unternehmer, wie jedermann weiß, nicht nur die Arbeit lieben, sondern auch den Profit, den ihnen die Arbeit der anderen einbringt.

Nehmen wir nun die immer wieder vernehmbaren Worte über den „Fleiß und die Treue“ der Arbeiter unter die Lupe. Wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß Fleiß und Treue nach Ansicht der Herren dieser Welt im umgekehrten Verhältnis zur Klassensolidarität der Werktätigen, zu ihrer Teilnahme an den ständigen Kämpfen um Freiheit, Menschenwürde und politische Rechte stehen. Ist von Fleiß und Treue der Werktätigen die Rede, so ist damit nur die Betriebstreue gemeint, eine Treue, die, auch wenn das nicht offen ausgesprochen wird, das Einverständnis der Arbeiter und Angestellten einschließt, sich als Streikbrecher zu betätigen und überhaupt Spießgesellen der Ausbeuter zu sein. Vor ein paar Wochen erhielt ein Arbeiter, der dem Betriebsrat einer Fabrik in dem großen Mailänder Industrieort Sesto San Giovanni angehörte, Hausverbot, weil er bei den zuständigen Stellen darüber Klage geführt hatte, daß im Betrieb die Sicherheitsregeln und die elementaren sanitären Vorschriften verletzt wurden. Als bald erschien am schwarzen Brett der Fabrik ein Anschlag, in dem dieser Betriebsrat beschuldigt wurde, „innerbetriebliche Angelegenheiten“ an die große Glocke gehängt zu haben. Ist das nicht ein typischer Fall mangelnder „Betriebstreue“, besonders wenn man berücksichtigt, daß in Italien bei Betriebsunfällen jedes Jahr 2000 Menschen ums Leben kommen, die meisten wegen verbrecherischer Mißachtung der Bestimmungen über den Arbeitsschutz und weil die

erforderliche Wartung der Maschinen und Ausrüstungen fehlt?

Wie gesagt, werden „Fleiß und Treue“ der Arbeiter auch danach beurteilt, wieviel Jahre sie in einem Betrieb tätig sind. Wovon aber hängt in unserem Lande die jahrelange Betriebszugehörigkeit eines Arbeiters ab, wenn nicht von der absoluten, völlig unkontrollierten Willkür der Unternehmer? Entlassungen, Zwangsurlaub, Verkürzung der Arbeitswoche (und damit auch des Lohnes), all das bricht über den Arbeiter wie eine Lawine herein. Ein Arbeiter, der 30 Jahre berufstätig war, ständig „Fleiß“ und Opferbereitschaft bezeugte, aber mehrmals seine Arbeitsstelle wechseln mußte, da die Unternehmer die Betriebe schlossen oder das Personal abbauten — ein solcher Werktätiger gilt weder als „treuer Arbeiter“ noch als „verdienter Arbeitsveteran“. Noch weniger sind die Unternehmer geneigt, die Verdienste und die Betriebstreue eines kommunistischen Arbeiters anzuerkennen, der sich „mit Politik“ befaßt. Ein Arbeiter, der das tut, braucht nicht darauf zu rechnen, in einer italienischen Fabrik alt zu werden: Er hat nur Verfolgungen und Arbeitslosigkeit zu gewärtigen.

Die Vertreter der herrschenden Klassen Italiens spicken ihre Reden mit fast mystischen Begriffen. „Ethos der Arbeit“, „Kultus des Fleißes“, „Glaube an die Erziehung“, das sind die üblichen Blüten ihrer Beredsamkeit. Trotz Wappen und Ritterkreuz hören die Unternehmer nicht auf, Unternehmer zu sein, aber sie werden noch dazu Mora-

listen, eine Eigenschaft, die für alle reichen Leute typisch ist und aus der Tiefe ihres Herzens kommt. In jedem geschäftstüchtigen Reichen steckt der Prediger: Sobald sein Bankkonto einen bestimmten Stand erreicht hat, läßt er seinem Hang zum Moralisieren freien Lauf. Je mehr Geld er hat, desto herzbewegender appelliert er an die Tugend — der anderen.

Am 2. Juni jedes Jahres, am Tag der Republik, stoßen also 25 neue „Ritter der Arbeit“ zu der Reihe der Unternehmer, deren „Arbeitsverdienste“ bereits früher gewürdigt wurden. Die Zeitungen bringen ihre Porträts und berichten kurz über ihren Lebenslauf. In diesen Berichten findet sich alles: Geburtsort, Beruf, auf welchem Gebiet der Industrie, der Landwirtschaft oder des Handels sich der so Geadelte hervorgetan hat, aber vergeblich würde man aus diesen Berichten festzustellen suchen, ob diese Leute Steuern zahlen und wieviel, welche Profite sie einheimen, welcher Teil dieser Profite den Arbeitern zugute kommt, wieviel Kapital sie ins Ausland verschieben (und zwar zur selben Zeit, zu der sie behaupten, wegen „Mangels an Mitteln“ Arbeiterentlassungen vornehmen zu müssen). In diesen Lebensläufen verlaute auch nichts darüber, ob die frischgebackenen „Ritter der Arbeit“ nicht einmal in die Verlegenheit kamen, ohne Lohnverträge (und folglich zu Bettelöhnen) Landarbeiter aus Kalabrien, Arbeiter aus den sizilianischen Schwefelgruben, Tagelöhner aus der Po-Ebene oder Hirten aus Sardinien anzustellen, die nach Norditalien kommen, um Arbeit zu finden, jede Arbeit, die sie vor Elend und Hunger retten könnte. Würden alle diese Fragen beantwortet, so würden ja auch alle erkennen, wer die wahren Ritter der Arbeit sind: diejenigen, die Italiens Schätze schaffen, oder diejenigen, die sie sich aneignen.

Wappen sind ein Vorrecht der Aristokratie, Aristokraten aber müssen eine Ahnenreihe haben. Am Ende des 18. Jahrhunderts kostete der Unterhalt eines Strafgefangenen den Staat jährlich 22 Scudo, dagegen kostete der Unterhalt eines Bauern in Toscana seinen Herrn jährlich nur 15—20 Scudo. Ich glaube nicht, daß die Verwandtschaft mit diesen Herren vergangener Zeiten dem Stammbaum der heutigen Herren Italiens zur Zierde gereicht.

In der „freien Welt“



„Der hat nur Geld im Kopf.“

Fred Wright, U. E. News Service

J. Niemczyński diente während der Kriegsjahre als sowjetischer Offizier im Wojsko Polskie. Er war gut darüber unterrichtet, wie Anders die polnischen Truppenteile aus der Sowjetunion in den Iran verlegte. Nach seinem Ausscheiden aus dem Heeresdienst wurde Niemczyński Journalist. Am 17. März 1960 berichtete er in der *Literaturnaja gaseta* in dem Artikel „Ein Abenteurer als Ankläger“ über den Verrat, den Anders an den Interessen des polnischen Volkes geübt hatte, wie auch über seine mögliche Mitschuld am Tod General Sikorskis. Anders, der damals in London lebte, strengte gegen Niemczyński und die britische Firma Collets, die sich mit dem Vertrieb sowjetischer Publikationen in England beschäftigt, eine Verleumdungsklage an. Diesen Prozeß verlor Anders im Sommer des gleichen Jahres.

Am 4. Juli 1943, es war nach Ortszeit 11 Uhr abends, stürzte über der Straße von Gibraltar ein viermotoriges Flugzeug des Modells Liberator ab. In ihm befand sich der Ministerpräsident der polnischen Exilregierung, General Władysław Sikorski. Die „Kleine Universalenzyklopädie“, die 1959 vom polnischen Wissenschaftlichen Verlag herausgegeben wurde, gibt folgende Auskunft über Sikorski:

„SIKORSKI Władysław (1881—1943). Politiker und General. Von 1909 bis 1910 Mitglied des Bundes für aktiven Kampf, Mitbegründer des Schützenbundes; 1914—1916 Leiter der Heeresabteilung des NKN*, Gegner J. Piłsudskis; 1921—1922 Chef des Generalstabs der polnischen Armee; 1924—1925 Kriegsminister Polens; bis 1938 mit dem Aufbau einer Front der liberalen Elemente gegen die Regierung der „Sanation“ beschäftigt; 1939—1943 Ministerpräsident der polnischen Exilregierung, zunächst in Frankreich, dann in England; gleichzeitig Oberbefehlshaber der Streitkräfte Polens; regte die Bereinigung der Beziehungen Polens zur UdSSR an (Abkommen vom 30. Juli 1941). Kam bei einer Flugzeugkatastrophe bei Gibraltar ums Leben.“

Blenden wir jetzt auf unsere Tage um. Im April 1967 lehnte der Beirat des Londoner Theaters Old Vic das Stück des deutschen Dramatikers Rolf Hochhuth „Die Soldaten“, das den Tod Sikorskis zum Vorwurf hat, mit der Begründung ab, ein solches Werk sei „zur Aufführung an einer britischen Nationalbühne nicht geeignet“. Das gab der Londoner Presse Anlaß, sich erneut mit den Hintergründen der Katastrophe von Gibraltar zu befassen. Weshalb?

* NKN: Nationaler Hauptausschuß (Koalition kleinbürgerlicher Parteien).

Hochhuths Drama liegt folgender klar ausgesprochener Gedanke zugrunde: Die Katastrophe von Gibraltar, bei der General Sikorski ums Leben kam, war vom britischen Geheimdienst im Auftrag Lord Cherwells, des persönlichen Beraters des damaligen britischen Premierministers Winston Churchill, sorgfältig geplant. Das ist jedoch noch nicht alles. Der junge, aber bereits bekannte britische Historiker David Irving, der Verfasser des Buches „Die Zerstörung Dresdens“, das großes Aufsehen erregte, erklärte, in seinem Privatarchiv enormes Tatsachenmaterial über den Tod General Sikorskis zu haben. Irving arbeitet jetzt an dem Buch „Der Unfall“, das er in diesem Herbst herauszubringen hofft.

Beide eng zusammenhängende Tatsachen haben jetzt die ganze britische (und wahrscheinlich nicht nur die britische) Öffentlichkeit in Erregung gebracht.

In einem der Maihefte der Wochenschrift *Observer* ist eine Äußerung Irvings veröffentlicht. Er behauptet, das von ihm zusammengetragene Material beweise überzeugend, daß es eine Verschwörung gegen Sikorski gegeben habe, und zwar eine Verschwörung „englischer Provenienz“. Die in seinem Besitz befindlichen Dokumente widersprächen vollkommen der offiziellen Regierungsversion von einem „gewöhnlichen Unfall“, und Rolf Hochhuth, der diese Dokumente gelesen habe, habe sein Stück unter dem Eindruck ihrer Unwiderlegbarkeit geschrieben.

Und ferner: Als Hochhuth bereits an seinem Stück arbeitete, sei er zufällig einem Manne begegnet, der unmittelbar in den Mordfall Sikorski verwickelt war. Dieser Mann habe Hochhuth vieles berichtet.

Die Stellungnahme des *Observer* war

nicht die einzige. Auch die *Sunday Times* und der *Sunday Express* brachten neues Material zur Sache. Die *Sunday Times* veröffentlichte z. B. einen Beitrag über den Piloten Edward Prchal, einen gebürtigen Tschechen, der jetzt in den USA lebt. Prchal war bei der Katastrophe des Liberator, an dessen Bord sich Sikorski befand, der einzige Überlebende. Prchal war es, der mit dieser schweren Maschine gestartet war, und er berichtete dem Journalisten Joesten über den verhängnisvollen kurzen Flug (der Liberator war nur 90—100 Meter hoch gekommen). Joesten übergab diesen Bericht Prchals erst jetzt, angesichts des in England neu entbrannten Interesses für diese Skandalgeschichte, der *Sunday Times*.

Der *Sunday Express* brachte gleichfalls eine längere Erklärung Prchals, der behauptet: „Nach einer langen und sorgfältigen Untersuchung durch eine Sonderkommission des britischen Luftwaffenministeriums unter Beteiligung polnischer Experten wurde definitiv festgestellt, daß die Katastrophe durch ein Versagen der Steuerung ausgelöst wurde. Solche Defekte kamen auch bei anderen Liberator-Maschinen vor. Der Sabotageverdacht wurde als völlig haltlos bezeichnet und die gegen mich erhobene Beschuldigung zurückgezogen.“

Außerdem brachte der *Sunday Times* eine Erklärung des ehemaligen Chefs des Fliegerhorsts der Royal Air Force in Gibraltar, Hauptmann G. Bolland. Er war Augenzeuge des Starts des Liberator und weist gleichfalls die Vermutung zurück, es könne sich um einen Sabotage- oder Diversionsakt gehandelt haben. Dennoch neigt er dazu, Prchal die Schuld an der Katastrophe beizumessen. Was die Untersuchung angeht, so schreibt Bolland: „Die damals in Gibraltar vorgenommene Untersuchung hieß bei uns bald nur noch ‚Churchill-Untersuchung‘. Wir waren ja damals der Ansicht, Sir Winston Churchill habe bei der Formulierung des Tatbestandes einen persönlichen Druck auf die Kommission ausgeübt.“

Die *Sunday Times* beschränkte sich jedoch nicht darauf, die Erklärung G. Bollands zu veröffentlichen. Ihre Korrespondenten machten einen Mitarbeiter der Convair Aviation ausfindig, einer Firma, die sich in San Diego (Kalifornien) befand und während des Krieges Liberator-Maschinen in Serienbau

al Sikorski ums Leben kam

herstellte. Dieser erklärte: „Eine erschöpfende Untersuchung, die wir damals unter dem Bodenpersonal wie auch unter Piloten anstellten, die mehrere tausend Flugstunden mit Liberator-Maschinen hinter sich hatten, bewies mit absoluter Zuverlässigkeit, daß es bei keiner einzigen Maschine auch nur den geringsten Steuerungsdefekt gegeben hat“, obwohl Prchal behauptet, solche Defekte seien für den Liberator typisch gewesen.

Auch Hochhuth selbst äußerte sich in der *Sunday Times*: „Was meinen Informanten angeht“, schrieb er, „so kann ich ihn nicht nennen, da er noch am Leben ist.“ An seiner Glaubwürdigkeit ist Hochhuth nach nicht zu zweifeln.

Abschließend verlangte die *Sunday Times*, daß die Dokumente der vor 24 Jahren vorgenommenen Untersuchung unverzüglich veröffentlicht würden. Nach dem britischen Gesetz unterliegen solche Staatspapiere nämlich mindestens 50 Jahre der strengsten Geheimhaltung, und man mußte noch 26 Jahre warten, bis die Historiker nach dem üblichen Modus zu ihnen Zutritt erhielten.

Und nun wollen wir wieder auf die Vergangenheit zurückblenden.

Im Sommer 1943 schlug das Zünglein an der Waage nach der Seite der Alliierten aus, besonders nach der Schlacht um Stalingrad. Der rasche siegreiche Vormarsch der Sowjetarmee hatte die Zerschmetterung der Naziwehrmacht bereits unausbleiblich gemacht und das Ende des Dritten Reiches nähergerückt. Die westlichen Alliierten waren alarmiert: Vor ihnen erhob sich in seiner ganzen Größe das Problem des künftigen Nachkriegseuropas.

In Casablanca wurde eine Konferenz abgehalten, welcher Roosevelt, Churchill wie auch Tschiang Kai-schek beiwohnten. Sie erörterten die Grundsätze der Nachkriegsregelung, faßten jedoch keine endgültigen Beschlüsse, denn es stand die Konferenz von Teheran bevor, auf der einzig und allein konkrete Beschlüsse der Alliierten gefaßt werden konnten, namentlich zur sogenannten polnischen Frage.

Worauf arbeitete England hin? Nach dem britischen Plan sollte ein polnischer Staat mit folgenden Grenzen gebildet werden: im Osten nach der sogenannten Curzon-Linie, d. h. etwa längs des Westlichen Bug, im Westen nach der Grenze von 1939. Damit wäre

das gesamte Territorium Nachkriegspolens nur etwas größer gewesen, als das von den Nazis geschaffene polnische „Generalgouvernement“. Ostpreußen, Pommern und Schlesien wären nach wie vor in den polnischen Staatskörper eingekleimt gewesen.

Churchill hätte es nicht leicht gehabt, dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung, General Sikorski, ein solches Projekt plausibel zu machen (zumal Polen weder in Casablanca noch in Teheran vertreten war), denn erstens hätte Sikorski es strikt abgelehnt, und zweitens hatten Churchill und Roosevelt dem General große Versprechungen gemacht, da sie seiner Autorität Rechnung tragen mußten.

Wie Churchill wußte, haßte General Sikorski den Faschismus und betrachtete es als ein Verbrechen, daß die ehemaligen Führer Polens (insbesondere Beck und Rydz-Smigly) es 1939 abgelehnt hatten, von der Sowjetunion Hilfe anzunehmen. Dem britischen Premierminister war ferner bekannt, daß Sikorski nach gutnachbarlichen Beziehungen zur Sowjetunion strebte. Darum geriet Churchill in helle Aufregung, als ihm General Sikorski mitteilte, er habe für den 4. und 5. Juli 1943 in Kairo ein Rendezvous mit dem stellvertretenden sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Andrej Wysschinski vereinbart, der sich auf der Rückreise aus Washington befand. Sikorski hielt sich damals im Nahen Osten auf, wo er die bei Tobruk eingesetzten polnischen Truppen inspizierte. Am 3. Juli telegraphierte Churchill an Sikorski: „Unverzüglich zurückkehren“.

Sikorski fügte sich Churchills Weisung, sollte aber London nicht mehr erreichen. Sein Tod nahm gleichsam die Fesseln von Englands Händen und verschaffte diesem die Möglichkeit, seine politischen Pläne im Hinblick auf Polen mit Nachdruck zu betreiben.

Sollte man tatsächlich einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Churchills Telegramm und Sikorskis Tod vermuten, so fragt es sich, wer die Werkzeuge der Verschwörer waren.

Im Jahre 1959 erschien im Verlag des polnischen Verteidigungsministeriums das Buch des Rittmeisters Jerzy Klimkowski „Ich war General Anders' Adjutant“. Er berichtet darin, General Sikorski habe 1943 nach einer zwei-



General Sikorski inspiziert polnische Truppenstellungen bei Tobruk (1943)

monatigen Inspektionsreise durch den Nahen Osten, in dem sich polnische Truppen befanden, den Beschluß gefaßt, General Anders seines Postens als Armeebefehlshaber zu entheben. Dabei sei daran erinnert, daß Anders die polnische Armee, die in der Sowjetunion nach dem von Stalin und Sikorski unterzeichneten Abkommen vom 30. Juli 1941 aufgestellt worden war, gegen den Befehl Sikorskis, aber auf die Forderung Churchills hin aus der Sowjetunion

geführt hatte! Die Ernennung von Anders im Jahre 1941 war auch nicht ohne britischen Druck erfolgt. Sikorski hatte Anders nicht verziehen, daß dieser seine Pläne einer Annäherung mit der Sowjetunion in schmähhlicher Weise durchkreuzt hatte.

Klimkowski schreibt, Sikorski sei erstaunt gewesen über Churchills Telegramm, über diese überraschende und unerklärliche Beorderung nach London vor der geplanten Begegnung mit dem

Vertreter der Sowjetunion. Dafür aber erschien gleich nach Sikorskis Abflug ein Beauftragter des britischen Generals Bonne-Niezbit bei Anders und beglückwünschte ihn „zum Sieg“. Zu welchem? Alles wurde nach ein paar Stunden klar, als der Unglücksliberator bei Gibraltar abgestürzt war.

Wie der Verfasser des Buches berichtet, befand sich General Anders bis zum Abflug Sikorskis in einer so hochgradigen Erregung, daß man sogar einen Arzt zu ihm holte. Entgegen der in der Armee festgesetzten Vorschrift erschien er auch nicht auf dem Flugplatz, um seinem Oberbefehlshaber und Ministerpräsidenten das Geleit zu geben.

Nun noch ein paar Worte zum „technischen“ Aspekt des Zwischenfalls in Gibraltar. Wäre das Flugzeug gleich nach dem Start, bevor es etwas höher gestiegen war, ins Wasser gestürzt — und so war es nach dem amtlichen britischen Kommuniqué —, so wäre es schlimmstenfalls versunken und hätte, da es dort nicht tief ist, samt seinen Insassen geborgen werden können. Zudem hätte ein Flugzeug des Liberator-Typs beim Aufprall auf den Meeresspiegel nicht zerschellen können. Aufgeprallt wäre die vorgeschobene Pilotenkanzel, aber gerade der Pilot blieb am Leben!

Es war eine glaubwürdigere Version in Umlauf: Das Flugzeug zersprang bereits in der Luft, da seine Teile im Umkreis mehrerer Hundert Meter von der Absturzstelle gefunden wurden. Außerdem wurde bei 16 Opfern nur die Leiche General Sikorskis geborgen. Aber die Identität wurde von niemandem festgestellt, da diese Leiche niemand gezeigt wurde.

Und schließlich der letzte, aber nicht minder wichtige Umstand: Als nicht eingeweihte amerikanische Experten verlangten, zur Kommission des britischen Luftfahrtministeriums hinzugezogen zu werden, wurde ihnen das strikt verweigert, da das — überflüssig sei!

Es liegt uns natürlich fern, das Tüpfelchen aufs i zu setzen. Das Geheimnis des Todes General Sikorskis ist nicht entschleiert, das wird geraume Zeit in Anspruch nehmen. Wird die *Sunday Times* mit ihrer Forderung nach Veröffentlichung des Berichts über die Gründe der Katastrophe von Gibraltar durchdringen? Ich zweifle daran. In den Archiven des Intelligence Service und des britischen militärischen Aufklärungsdienstes gibt es ja nicht wenig Akten, über die mit Argusaugen gewacht wird, damit sie kein Unbefugter zu Gesicht bekommt.

Schluß mit der USA-Okkupation Südkoreas!

Am 25. Juni 1950 begannen die USA-Imperialisten ihren Aggressionskrieg gegen das koreanische Volk. In diesem Jahr begann am gleichen Tag in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik ein Monat des Kampfes für die Zurücknahme der USA-Truppen aus Südkorea. In Pjöngjang, Nampho, Wonsan, Hamhyng und anderen Städten und Dörfern der KVDR protestieren Volksdemonstrationen und Meetings entschieden gegen die Okkupation Südkoreas durch die amerikanischen Truppen und fordern deren Abzug.

Im Zusammenhang mit dem Kampfmonat gab der Botschafter der KVDR in Moskau, Kim Tschun Won, am 24. Juni eine Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten.

„Die amerikanische Okkupation Südkoreas“, erklärte Kim Tschun Won, „hat über unser Volk große Heimsuchungen und Leiden gebracht. Sie verhindert es, daß die Koreaner den Waffenstillstand zu einem dauerhaften Frieden machen, daß sie ihr zerrissenes Land friedlich und demokratisch wiedervereinigen und Herr in ihrem Hause werden.“

In Südkorea stützt sich das volksfeindliche Regime der militärfaschistischen Diktatur auf amerikanische Bajonette. Der amerikanische Militärklüngel und seine Söuler Handlanger verursachen immer stärkere Spannungen an der militärischen Demarkationslinie und zwingen dadurch die Bevölkerung Südkoreas, faktisch unter dem Kriegszustand zu leben und die unerträglichen Lasten der gewaltigen Ausgaben für die 600 000

Mann starke Armee und die 400 000 Mann starke Polizei zu tragen. Auf Weisung ihrer Herren in Washington haben die südkoreanischen Machthaber 50 000 Soldaten als Kanonenfutter nach Südvietnam geschickt.

Die gepriesene amerikanische „Hilfe“ hat zu einer tiefen Stagnation der südkoreanischen Industrie, zur Zerrüttung der Finanzen und zur Inflation geführt. Sie ist schuld daran, daß es ein riesiges Heer von Arbeitslosen gibt und daß in den ruinierten Dörfern chronische Hungersnot herrscht.

Zweck der amerikanischen Okkupation ist die Verwandlung Südkoreas in einen nuklearen Brückenkopf des Pentagon in Asien. Das ist ein verbrecherisches Ziel, ist eine Herausforderung der Völker Koreas und anderer Länder.“

Der Botschafter betonte ferner: „Die Vereinigten Staaten haben keinerlei rechtmäßigen Grund, Südkorea besetzt zu halten. In Nordkorea stehen keine fremden Truppen. Die Friedensliebe der Koreanischen Volksdemokratischen Republik ist gleichfalls wohlbekannt. Die Zurücknahme der USA-Truppen ist die Hauptvoraussetzung für die Entscheidung der Koreafrage.“

Darum fordern die Koreaner im Norden wie im Süden nachdrücklich den unverzüglichen und restlosen Abzug der amerikanischen Truppen aus Südkorea.“

Die sowjetische Öffentlichkeit solidarisiert sich vollständig mit dieser rechtmäßigen Forderung des koreanischen Brudervolkes.

Puerto Rico vor dem Plebiszit

Am 23. Juli findet auf Beschluß des USA-Kongresses in Puerto Rico ein Plebiszit statt, der über die folgenden Vorschläge über die Zukunft des Landes entscheiden soll:

Ein mit den USA „frei assoziierter“ Staat zu bleiben; ein Bundesstaat der USA oder eine unabhängige Republik zu werden.

Worauf ist diese Initiative Washington zurückzuführen?

Die Herrschaft der USA in Puerto Rico wurde ohne jede Einwilligung seiner Bevölkerung etabliert. Laut Pariser Vertrag von 1898 wurde die Insel zu einem „militärischen Beutestück“ der Yankee-Imperialisten nach dem siegreichen Krieg gegen Spanien, dem Puerto Rico bis dahin gehört hatte.

Die Puertoricaner betrachten diesen Vertrag mit Recht als einen kolonialen Willkürakt. Die Imperialisten haben gegen den Willen des puertoricanischen Volkes gehandelt. Obwohl im Jahre 1900 die Besatzungstruppen der USA zurückgezogen wurden, ist das Land faktisch eine Kolonie Washingtons geblieben.

Als nach dem zweiten Weltkrieg der Zerfall des Kolonialsystems einsetzte, beschloß man in Washington, seiner Herrschaft über Puerto Rico einen „respektablen“ Anstrich zu verleihen. Dazu sahen sich die Yankees zudem durch die Aktivierung der Patrioten des Landes veranlaßt, die sich mehrmals zum bewaffneten Kampf erhoben. Das Gefasel Washingtons, die Insel sei „nicht ganz“ eine Kolonie, kann niemanden überzeugen. Die UNO z. B. zählt Puerto Rico zu den abhängigen Territorien und hat laut Artikel 73 der Charta die USA verpflichtet, systematisch über die Lage in diesem Territorium zu berichten.

Im Jahre 1952 setzte sich Washington durch ein schlaues Manöver über diese Forderung der UNO hinweg. Es wurde ein Referendum veranstaltet und danach Puerto Rico in einen „frei assoziierten“ Staat verwandelt. „Heute wie 1898“, schrieb der Generalsekretär der Bewegung für die Unabhängigkeit Puerto Ricos, Juan Mari Bras, nach dem Referendum, „sind wir eine ausgesprochene Kolonie, die politisch, wirtschaftlich und militärisch ausgebeutet wird.“

Diese Worte werden durch viele Tatsachen bestätigt.

Die Bundesregierung der USA kontrolliert restlos die Auslandsbeziehungen Puerto Ricos, seine Verteidigung, seine Zollbehörden, seine Fernmelde-mittel, seinen Handel, seinen See- und Luftverkehr.

Die Wirtschaft Puerto Ricos befindet sich in Händen von Yankee-Monopolen, deren Investitionen sich dort auf 1,3 Milliarden Dollar belaufen. Sie heimsen große Gewinne ein, profitieren an der billigen Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung, der sie überdies aus den USA importierte Waren zu horrenden Preisen verkaufen.

Eine Geißel für Puerto Rico ist die Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grunde mußten mehr als eine Million Puertoricaner in die USA auswandern, wo sie brutal ausgebeutet, diskriminiert und erniedrigt werden.

Die USA sind daran interessiert, die Kontrolle über Puerto Rico nicht nur aus politischen und wirtschaftlichen, sondern auch aus militärischen Gründen zu behalten. Auf dieser Insel im Karibischen Meer ist ein ganzer Komplex machtvoller nordamerikanischer Militärstützpunkte angelegt worden. Bei Aguadilla befinden sich Kernwaffendepots: Nicht von ungefähr weigert sich Washington hartnäckig, die Insel in eine „kernwaffenfreie Zone“ des Subkontinents einzugliedern, auf der viele lateinamerikanische Staaten bestehen.

Nach der Ausrufung Puerto Ricos zu einem mit den USA „frei assoziierten“ Staat haben die Puertoricaner den Kampf für Freiheit und Souveränität fortgesetzt. Im September 1960 schlug die Sowjetunion in der UNO vor, eine Resolution mit der Forderung anzunehmen, dem Volk von Puerto Rico das Selbstbestimmungsrecht ohne Bedingungen und Einschränkungen zu gewähren. Diese von den Patrioten Puerto Ricos unterstützte Resolution wurde von der UNO gebilligt und unter der Nummer 1514 angenommen. Im April 1967

richtete eine Delegation der puertoricanischen Organisationen, die für die Souveränität der Insel eintreten, dem UNO-Sonderausschuß für Entkolonialisierung (24er-Ausschuß) ein Schreiben mit der Forderung, die Gewährung der Unabhängigkeit an Puerto Rico schleunigst zu erörtern. Diese Forderung wird von der gesamten fortschrittlichen Weltöffentlichkeit und vielen UNO-Mitgliedsländern unterstützt.

Unter diesen Umständen beschloß Washington wiederum, den politischen Status Puerto Ricos zu erneuern. So entstand die Idee des Plebiszits.

Das ist ein neues Manöver der USA, das an das Referendum von 1952 erinnert. Zunächst mag es scheinen, als würde den Puertoricanern die freie Entscheidung überlassen, die Möglichkeit einer unabhängigen Republik inbegriffen. Die patriotischen Kräfte von Puerto Rico, vertreten durch die Bewegung für die Unabhängigkeit, die Kommunistische Partei, die Unabhängigkeitspartei, die Nationalistenpartei u. a., verweisen darauf, daß diese „freie Entscheidung“ eine Fiktion sei.

Sie stellen mit Recht fest, daß unter Verhältnissen, da die Imperialisten und deren einheimische Handlanger das politische Leben Puerto Ricos und seine Wirtschaft restlos kontrollieren, da die unabhängigen demokratischen Organisationen verfolgt werden und alle Propagandamittel sich in den Händen proimperialistischer Elemente befinden, von einer freien Willensäußerung des Volkes keine Rede sein kann. Die Patrioten von Puerto Rico machen darauf aufmerksam, daß die Kolonisatoren und deren Steigbügelhalter trachten, am 23. Juli das Gelingen einer Variante zu sichern, die im Interesse der USA liegt. Washington hat bereits erklärt, die Wahlergebnisse nicht anerkennen zu wollen, falls sie ihm nicht passen sollten.

Aus diesen Gründen machen sich die Puertoricaner über das Plebiszit keine Illusionen. Die in San Juan erscheinende Zeitung *El Mundo* brachte eine

Zuschrift von Andres Dias Marrero aus der Hauptstadt des Insellandes. Er schreibt: „Heute ist das Leben unseres Volkes in Gefahr. Die Regierung beabsichtigt, die Erhaltung des Kolonialsystems auf der Insel zu gewährleisten. Zu diesem Zweck möchte sie ein Plebiszit ohne Garantien benutzen, das lediglich zur Aufrechterhaltung unserer politischen Minderwertigkeit führen kann. Sie ist bestrebt, uns das Plebiszit so schnell wie möglich aufzuhalten,

weil die Regierung der USA es verlangt, da die puertoricanische Frage in der UNO zur Sprache kommen soll. Deshalb sind die kolonialen Marionetten in Bewegung gesetzt worden.“

Die Position der Anhänger eines unabhängigen Puerto Ricos ist unmißverständlich. Sie erklären, daß der USA-Kongreß überhaupt kein Recht hat, Puerto Rico Empfehlungen nahezulegen und Befragungen zu veranstalten. Die Fortschrittskräfte fordern unverzügliche

und vorbehaltlose Souveränität für die Insel, ohne jedes Plebiszit unter Washingtoner Führung. Das Volk von Puerto Rico muß selbst, ohne fremde Einmischung, über sein Schicksal entscheiden.

Das ist eine legitime Forderung. Der neuerliche Versuch, die Kolonialherrschaft der USA in Puerto Rico zu festigen, ist eine freche Verletzung der Rechte des Volkes dieser karibischen Insel.

Das Geschick Zyperns beunruhigt die Weltöffentlichkeit von neuem, u. zw. im Zusammenhang mit jüngsten Ereignissen: dem faschistischen Staatsstreich in Griechenland und der akuten Nahostkrise, die durch Israels Aggression gegen die arabischen Länder ausgelöst worden ist. Jetzt kann man bereits mit voller Gewißheit sagen, daß diese Geschehnisse zu einem großangelegten Plan gehören, den bestimmte Kreise in Washington aufgestellt haben, um die Positionen des Imperialismus im Raum des östlichen Mittelmeers zu verstärken.

Betrachten wir die Landkarte! Die kleine Insel (9250 km², 610 000 Bewohner, davon 80 Prozent Griechen, 18 Prozent Türken und 2 Prozent Armenier und andere Nationalitäten) liegt mitten in dem Raum, dem jetzt die NATO und ihre Führer aus Übersee ganz besondere Aufmerksamkeit schenken. Schon das allein läßt erkennen, wie groß die Gefahr ist, in der Zypern schwebt. Die Führer des Atlantikblocks und ihre Anhänger versuchen, die infolge des Umsturzes in Griechenland und der israelischen Aggression entstandene gespannte Lage zu benutzen, um den Zyprioten den berüchtigten Acheson-Plan aufzudrängen, einen Plan zur „Bereinigung des Zypernproblems“, der im Sommer 1964 von dem damaligen USA-Staatssekretär aufgestellt wurde, den die NATO-Führung beauftragt hatte, sich mit dem Problem zu befassen und entsprechende Empfehlungen zu machen.

Achesons Plan sah ursprünglich vor, daß die Republik Zypern liquidiert und die Insel zwischen Griechenland und der Türkei aufgeteilt werden soll. Jetzt wird über eine etwas geänderte Variante dieses Plans debattiert, laut der die selbständige Republik Zypern eben-

falls liquidiert, Zypern Griechenland übergeben und der Türkei einer der englischen Stützpunkte zur Verfügung gestellt werden soll, die jetzt auf der Insel liegen. Eine Ausführung des Acheson-Plans würde bedeuten, daß sich Zypern in einen Stützpunkt der NATO gegen die sozialistischen Staaten und die arabischen Länder verwandeln würde. Die Zyprioten haben unmißverständlich ihre Empörung über diesen imperialistischen Plan zum Ausdruck gebracht, in dem das Recht der Völker auf Selbstbestimmung völlig ignoriert ist. Dennoch hat die NATO ihre Versuche nicht aufgegeben, Zypern ihren Willen zu diktieren.

Kaum zwei Wochen waren nach dem April-Umsturz in Griechenland vergangen, da kreuzte in Nikosia ein Abgesandter der Militärjunta auf, die in Athen die Macht an sich gerissen hatte, nämlich ein stellvertretender Generalstabschef der griechischen Nationalverteidigung. Generalleutnant Paleologopoulos. Er kam unter dem falschen Namen Nicolas Vasilakis. Noch vor seiner Abreise von der Insel wurde nicht nur sein wahrer Name und Rang, sondern auch der Zweck seiner Reise bekannt. Er hatte u. a. die Regierung von

Zypern überreden sollen, die Armee, die von mit der Athener Junta verbundenen Offizieren befehligt wird, gegen die Mai-Demonstrationen der Werktätigen einzusetzen (auf Zypern haben sie dieses Jahr am 7. Mai stattgefunden). Der General ließ durchblicken, in Athen habe man Meldung bekommen, daß die Arbeiter von Zypern die Demonstrationen zur „Anstiftung von Unruhen“ benutzen wollen.

Außerdem kam er mehrmals mit dem Oberbefehlshaber der griechisch-zypriotischen Streitkräfte, General Grivas, zusammen. Was dieser politisch vorstellt, ist nur zu gut bekannt. Gleich nach den Geschehnissen in Athen schickte er den Anstiftern des Putsches ein Gratulationstelegramm und äußerte darin die Gewißheit, daß den ihm unterstellten Truppen ihre Mission jetzt leichter fallen werde. Was für eine „Mission“ das ist, erkennt man schon daran, daß sich Grivas energisch für den Acheson-Plan einsetzt. Noch mehr, wie es in einem Buch der Amerikaner Whitelam und Butlet, „Am Abgrund“, heißt, das im März d. J. in den USA erschienen ist, stellte Grivas schon 1964 einen eigenen Plan auf, laut dem Erzbischof Makarios vom Posten des Präsidenten abgesetzt werden sollte. An seine Stelle sollte kein anderer als General Grivas selbst treten. Dann sollte sich Zypern mit Griechenland vereinigen, und die englischen Militärstützpunkte auf der Insel sollten der Türkei übergeben werden. Weiter heißt es in dem Buch, daß Grivas eng mit dem damaligen Vizestaatssekretär der USA George Ball in Verbindung stand.

Kein Wunder, daß man in Washington mit dem Grivas-Plan zufrieden war. Die USA-Botschaft in Nikosia hätte ihrerseits nichts dagegen, daß Erzbischof Makarios abgesetzt wird. Schon am 7. Mai 1966 schrieb die Athener Zeitung

Zypern wieder bedroht

N. NISHOTIS

Vima, Grivas habe Sossidis, dem Chef der politischen Kanzlei des damaligen griechischen Ministerpräsidenten Stephanopoulos, ein Geheimschreiben geschickt und ihm darin mitgeteilt, daß „die Regierung Makarios eingekesselt werden muß“.

Der Inhalt der Verhandlungen, die Anfang Mai der Vertreter der Athener Generale mit Grivas führte, ist natürlich nicht publik gemacht worden. Wie hartnäckig die griechischen Reaktionäre bei der Ausführung ihrer Verschwörerpläne waren, geht aber schon daraus hervor, daß Paleologopoulos kaum nach Athen zurückgekehrt war, als in Nikosia ein zweiter Abgesandter erschien: Savvas Konstantopoulos, der Direktor der Zeitung *Eleitheros Kosmos*, die sich rückhaltlos mit dem Putsch vom 21. April einverstanden erklärte. Die weiteren Geschehnisse hängen unverkennbar mit den Gastspielen zusammen, die die Abgesandten der Athener Junta auf Zypern gaben.

Es waren folgende: Am 5. Mai, zwei Tage vor den Mai-Feiertagen, platzte in Limassol, der zweitgrößten Stadt der Insel, im Haus des Sekretärs des Kreiskomitees des Gewerkschaftsbundes Zyperns, Stelios Mandriotis, eine Bombe; am 12. Mai platzte in derselben Stadt eine zweite Bombe, nämlich im Haus von Kiriacos Christou, dem Sekretär des Bezirkskomitees der fortschrittlichen AKEL-Partei. Was die Verbrechen bezweckten, war klar: Sie sollten die Öffentlichkeit in Zorn und Entrüstung versetzen, sollten die Werktätigen um ihre Selbstbeherrschung bringen und Unruhen provozieren.

Die Provokation scheiterte aber. Dank der Wachsamkeit und Selbstbeherrschung der Werktätigen und auch dank der vernünftigen Haltung der Regierung Zyperns hatten die Ränke der Verschwörer ganz andere Ergebnisse, als man in Athen erwartet hatte. Auf einer am 7. Mai vom Gewerkschaftsbund Zyperns veranstalteten Kundgebung sagte Arbeitsminister Tasos Papadopoulos:

„Wenn die Demokratie und die Freiheit des Volkes in Gefahr sein werden, dann werden die Gewerkschaften, mag man ihnen auch noch so drohen, für die Demokratie Partei ergreifen. Das Volk Zyperns wird nicht zulassen, daß jemand unter irgendeinem Vorwand die Grundsätze der Demokratie auf Zypern mit Füßen tritt.“

Mit Terrormethoden und Provokationen möchten die jetzigen Machthaber von Athen, ihre Agenten und deren Hintermänner auf Zypern das Volk Zyperns spalten, die Regierung



Makarios stürzen und die Zyprioten unter das Diktat der NATO-Führer stellen. Ihre Aktionen sind von den Verleumdungen einiger auf die NATO orientierter Zeitungen von Nikosia gegen die Regierung und die Linken begleitet. Übrigens hetzen dieselben Blätter auch gegen die Sowjetunion. Die Feinde der Unabhängigkeit Zyperns suchen dessen Volk von seinen naturgemäßen Verbündeten zu trennen, solchen wie der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern sowie jungen Entwicklungsstaaten.

Derartige Blätter beschimpfen aufs unflätigste die Patrioten Zyperns und drohen ihnen. Das Volk Zyperns weiß, daß die Leute, die diese Drohungen ausstoßen, das nicht wagen würden, wenn sie nicht mächtigen Rückhalt hätten, ebenso wenig wie Israel ohne Unterstützung von außen gewagt hätte, seine Aggression zu unternehmen.

Eine charakteristische Tatsache: Am 14. Juni warnte Radio Athen die Zyprioten in einer unverkennbar inspirierten Sendung, sie sollten „vernünftig sein und an ihre Verantwortung denken“, denn „was sie tun, wird nicht vergessen sein, wenn die große Stunde schlägt“. Mit gutem Grund sagte dazu Demetriades, ein Mitglied des Parlaments von Zypern: „Gewisse Kreise in Griechenland wie auf Zypern drohen, die Regierung und Führung Zyperns mit Gewalt zu stürzen.“

Wie groß diese Gefahr ist, wird angesichts der Mitte Juni angenommenen NATO-Empfehlung noch klarer, daß Griechenland und die Türkei ihre Zweierverhandlungen über Zypern fortsetzen sollen, um eine „für beide Teile an-

nehmbare“ Lösung zu finden. Das sollten die Zusammenkünfte des USA-Staatssekretärs Dean Rusk und des NATO-Generalsekretärs Manlio Brosio mit dem griechischen Außenminister Economou-Gouras und dessen türkischem Kollegen Çağlayangil erleichtern. Diese beiden kamen auch unter vier Augen zusammen. Der Plan, von dem die Rede ist, stellt eigentlich einen Abklatsch des Acheson-Plans dar.

Es ist ganz klar, daß jede Initiative, die aus dem Lager der NATO kommt und unter ihrer Schutzherrschaft in die Tat umgesetzt wird, im Interesse des Atlantikblocks liegt. Das bedeutet aber, daß die Interessen Zyperns in Vergessenheit geraten. Der griechisch-türkische „Dialog“ hat den Zweck, Zypern von der UNO zu isolieren und, gedeckt durch die „Enosis“, eine proatlantische Lösung für das Zypernproblem gegen den Willen der Zyprioten durchzusetzen und ihrer Unabhängigkeit ein Ende zu machen. Die Zypernfrage besteht aber nicht bloß aus den Differenzen zwischen Griechenland und der Türkei. Nur das Volk Zyperns hat ein Recht, sie zu bereinigen.

Zypern macht schwere Tage durch. Angesichts der akuten Gefahr sind die Patrioten Zyperns doppelt wachsam. Sie fordern, daß die Verhandlungen hinter ihrem Rücken aufhören und daß das Zypernproblem vor die UNO gebracht wird, deren vollberechtigtes Mitglied Zypern ist. Wir wissen, daß Zypern in seinem gerechten Kampf nicht allein dasteht.

Michail Nesterow über die

2. sowjetisch-japanische Wirtschaftskonferenz

Vom 12. bis zum 19. Juni tagte in Moskau die 2. sowjetisch-japanische Wirtschaftskonferenz. Der sowjetische Chefdelegierte, Michail Nesterow, Präsident der Handelskammer der Sowjetunion, führte unserem Korrespondenten W. Rosen gegenüber folgendes aus:

„Unsere Geschäftsverbindungen mit Japan sind in raschem Ausbau begriffen. Das fünfjährige Handels- und Zahlungsabkommen von Januar 1966 sah eine ca. 50prozentige Zunahme des Warenaustausches zwischen unseren Ländern vor. Faktisch ist der Handel 1966 allein um 25 Prozent gewachsen; auch die Warenliste ist erweitert worden.“

Dabei hat aber die geschäftliche Zusammenarbeit unserer Länder bei weitem nicht ihr Bewenden. Die Sowjetunion betreibt angelegentlich eine großzügige Industrialisierung der an Bodenschätzen reichen Ostgebiete des Landes: Sibiriens und des Fernen Ostens. Japan, der nächste Nachbar der UdSSR im Fernen Osten, hat eine entwickelte Schwerindustrie und einen modernen Maschinenbau und ist an Absatzmärkten für diese interessiert. Zugleich benötigt Japan Holz, Erdöl, Erze und Erdgas. All das steht auf der sowjetischen Exportliste.

Diese Situation schafft günstige Voraussetzungen für eine beiderseits vorteilhafte Zusammenarbeit: Japan liefert Ausrüstungen gegen sowjetische Roh- und Treibstoffe.

Die 1. sowjetisch-japanische Wirtschaftskonferenz tagte im März 1966 in Tokio und setzte sich vor allem mit den verschiedenen Aspekten dieses Problems auseinander. Sie war von Erfolg gekrönt. Vor dem Abschluß stehen übrigens die Verhandlungen über ein Projekt, das die Lieferung flüssiger Erd- und Nebengase von Nordsachalin nach Japan vorsieht, wofür Japan beim Bau einer Gasleitung durch ganz Sachalin und der Schiffe für den Gastransport beitragen soll.

Die diesjährige Konferenz in Moskau setzte die vorjährige in Tokio gleichsam fort. Aus Japan traf eine zahlreiche

und höchst repräsentative Delegation ein, geführt vom Präsidenten der Montangesellschaft Fuji seitetsu, Shigeo Nagano. Sowjetischerseits nahmen an der Konferenz angesehene Wirtschaftsleiter sowie die Vorsitzenden der Regions-Exekutivkomitees Primorje und Chabarowsk und des Gebiets-Exekutivkomitees Tschita teil.

Interview

Der weitgehende Meinungsaustausch hat gezeigt, daß für die Realisierung der vorhandenen großen Projekte gute Aussichten bestehen. Eines von ihnen sieht vor, daß Japan mehrere Jahre hindurch sowjetisches Schnitt- und Rundholz im Austausch gegen diverse Ausrüstungen für unsere Zellulose-, Holz- und Holzverarbeitungsindustrie im Fernen Osten kaufen wird. Zur weiteren Ausgestaltung des Projekts ist eine Kommission aus sowjetisch-japanischen Experten gegründet worden.

Auch für zwei andere umfangreiche Projekte sind Kommissionen geschaffen worden. Das eine betrifft das Kupfervorkommen von Udokan, eines der reichsten der Welt. Es liegt 500 km von Ortschaften und der nächsten Eisenbahn ab, in der ewigen Frostzone auf einer Höhe von mehr als 2000 m. Deshalb hängt seine Ausbeutung vom Bau einer Bahnlinie sowie einer Aufbereitungsfabrik, eines Kupferschmelzkombinats, einer Wohnsiedlung usw. ab. All das erfordert wesentliche Investitionen. Dafür wird Udokan große Mengen von Kupfer und anderen Mineralien liefern.

Die japanischen Geschäftskreise haben den Wunsch geäußert, bei der Erschließung des Vorkommens von Udokan mitzuwirken, damit ihnen auf Grund eines langfristigen Abkommens gewisse Kupfererzlieferungen zugesichert werden. Es handelt sich um ein Projekt im Werte von hunderten Millio-

nen Rubel, deshalb erfordert das noch eine weitere Prüfung und Präzisierung. Es steht jedoch außer Zweifel, daß dies den Interessen der beiden Partner entspricht.

Das dritte Projekt hängt mit der Teilnahme japanischer Gesellschaften am Bau einer Pipeline von Tjumen zum Hafen Nachodka und mit sowjetischen Erdöllieferungen nach Japan zusammen. Bekanntlich ist Japan als hochentwickeltes Industrieland der zweitgrößte Erdölimporteur der Welt, und diese Importe nehmen ständig zu.

Die Sowjetunion ist ein großer Erdöl-exporteur, der japanische Anteil an den sowjetischen Petroleumlieferungen ist jedoch bisher gering. Nach dem Bau der Pipeline würden die Transportspesen von Tjumen ostwärts niedriger sein, und der Import würde sich für Japan durchaus rentieren. Damit ist das beiderseitige Interesse an diesem Vorhaben zu erklären.

Die Konferenz erörterte ferner die Möglichkeiten japanischer Ausrüstungen für den Ausbau und die Modernisierung sowjetischer Häfen im Fernen Osten.

Erörtert wurden außerdem die Aussichten eines weiteren Ausbaus des Handelsverkehrs, namentlich im sogenannten Küstenhandel, d. h. im unmittelbaren Warenaustausch zwischen den Fernostgebieten der Sowjetunion und den westlichen Präfekturen Japans. Dieser Austausch belief sich im vorigen Jahr bereits auf mehr als 10 Millionen Rubel, seine Möglichkeiten sind aber bei weitem noch nicht erschöpft.

Es wurde über die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit verhandelt. Das Staatliche Komitee des Ministerrats der UdSSR für Wissenschaft und Technik und die Japanische Assoziation für den Handel mit der Sowjetunion tauschten Denkschriften zu diesem Thema aus und unterzeichneten ein Protokoll, das die Ausarbeitung eines ziemlich umfangreichen Programms dieser Zusammenarbeit vorsieht.

Die japanische Delegation wurde vom Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, A. N. Kossygin, und von seinen Stellvertretern N. K. Baibakow und W. N. Nowikow empfangen.

Nach allgemeiner Ansicht der Teilnehmer ist die sowjetisch-japanische Wirtschaftskonferenz erfolgreich gewesen.“

INTERNATIONALE UMSCHAU

SÜDVIETNAM

Nicht nach Plan

Im Weißen Haus ist man mit der Entwicklung in Südvietnam unzufrieden, nicht nur mit der an den Kriegsfrenten, sondern auch mit der an der politischen Front. Wie die *New York Times* schreibt, kommen die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen „nicht nach Plan“ in Gang, und „die großen Hoffnungen, die die Regierung Johnson in sie setzt, sind wahrscheinlich verfrüht“.

Laut Plan war nämlich der „Premier“, General Nguyen Cao Ky, der Hauptkandidat für die Präsidentschaft. Um den Wahlen einen demokratischen Anstrich zu geben, ließ man auch oppositionelle Kandidaten zu, zweitrangige, die von vornherein zum Durchfallen verurteilt sind. Plötzlich aber meldete der „Staatschef“, General Nguyen Van Thieu, seine Kandidatur an.

Hinter jedem der beiden Generale stehen rangjüngere Militärs: Befehlshaber von Armeekorps und Divisionen. Wie die Erfahrungen aus früheren Jahren lehren, können sie die Armee sehr leicht im politischen Kampf zum Einsatz bringen. Außerdem hat Ky die Polizei und die bewaffneten Straßentrupps, die die Landbevölkerung „befrieden“.

Washington ist über die entstandene Lage in Aufregung geraten und trifft Maßnahmen, um es zu dem Duell Thieu—Ky gar nicht kommen zu lassen. Die *Washington Post* schreibt, daß „nach Ansicht eingeweihter Kreise ... der schwächere General, der vermutlich Thieu ist, aus dem Weltstreit hinausgedrängt werden wird“. Und weiter: „Wenn einer der beiden Generale nicht in aller Stille geht, wenn das Land stolpert und ein Zivillist größeren Anhang gewinnt, wird die Armee wahrscheinlich sowohl Thieu als auch Ky aufopfern.“

Allem Anschein nach wird General Thieu „in aller Stille“ gehen müssen. Er merkt das schon. „General Ky und ich werden uns bestimmt nicht schlagen“, erklärte er neulich einem Korrespondenten des Pariser *Figaro*. „Ich werde mich

nicht um Rückhalt bei der Armee bemühen... General Kys Kandidatur ist eine gute Sache.“

Was ist das, nur ein Winkelzug des „Staatschefs“? Er hat ja im selben Interview wiederholt, daß er „fest“ entschlossen sei, bei den Wahlen zu kandidieren.

EWG

Eine gefährliche Spanne

„Im Jahre 1958 konnte die Elfenbeinküste für den Preis einer Tonne Kaffee 24 Tonnen Zement kaufen, 1965 aber nur 17,95 Tonnen. 1960 konnte Kamerun für eine verkaufte Tonne Kakao 2700 Meter Rohgewebe erwerben, 1965 aber nur 800 Meter.“

Diese Beispiele entnehmen wir einer Denkschrift, die Anfang Juni die Allgemeine Afrikanisch-Madagassische Organisation an die EWG-Führung richtete. Sie zeigen, daß die Spanne zwischen den Preisen für Exportgüter der afrikanischen Länder und für Industrieerzeugnisse entwickelter kapitalistischer Staaten immer weiter wird. Die rasche Preissenkung auf „Tropenwaren“ führt im Grunde genommen zu einer Plünderung der Entwicklungsländer durch die reichen Staaten Westeuropas.

Seitdem 18 afrikanische Länder „assoziierte Mitglieder“ der EWG sind, ist ihre Lage nicht besser, sondern schlechter geworden. Die Staaten Westeuropas, die Hauptabnehmer der afrikanischen Länder, diktieren diesen die Preise und zwingen ihnen ungünstige Absatzbedingungen auf. Die in der Presse des Westens vielgepriesene finanzielle „Hilfe“

Yankees in Südvietnam



„Endlich eine proamerikanische Demonstration, Liebling!“

V. Timoc, Dikobraz (ČSSR)

an diese Länder tarnt eigentlich nur ihre immer intensivere Ausbeutung. Wie es in der Denkschrift heißt, hat die Elfenbeinküste von 1960 bis 1965 von den westlichen Staaten 60 Millionen Dollar finanzielle Hilfe erhalten. Ihr Verlust infolge des Preissturzes auf Kaffee, Bananen und Kakao machte im selben Zeitraum aber mehr als 200 Millionen Dollar aus!

Mitte Juni erörterte der Ministerrat der EWG auf seiner turnusmäßigen Tagung die Beschwerden der afrikanischen Länder. Diese mußten wieder einmal eine Portion Versprechungen über sich ergehen lassen. An Versprechungen hat es aber nie gefehlt, während die Folgen des ungleichen Austausches immer katastrophaler werden.

USA

Ein Champion k. o.

Der bekannte Negerschwergewichtler Cassius Clay, der auf der Olympiade in Rom den Goldenen Preis bekam und unter den Profis absoluter Weltmeister ist, trug an einem Tag, am 16. Juni, zwei Wettkämpfe aus, bei denen er mit seinen Gegnern spielend fertig wurde. Vier Tage später aber mußte er die Handschune ausziehen, anscheinend auf lange. Am 20. Juni wurde Clay wegen seiner Weigerung, Soldat der US Army zu werden, zu fünf Jahren Gefängnis und 10 000 Dollar Geldstrafe verurteilt. Diese Höchststrafe für solche Fälle hat ein aus weißen Geschworenen bestehendes Gericht in Houston über den Negersportler gefällt.

Clay hat aus religiösen Gründen abgelehnt, die Uniform anzuziehen. Seine Handlung hatte aber noch einen anderen Sinn. Sie ist ein Protest gegen den unmenschlichen Krieg der USA in Vietnam. Clay hat diesen Krieg mehrmals verurteilt und sogar die Neger Amerikas dazu aufgerufen, ihn zu boykottieren. Das ist es, was das Pentagon dem beliebten Sportler nicht verzeihen kann. Es gibt in den USA ja ohnehin schon ziemlich viel junge Leute, die sich weigern, am schmutzigen Krieg in Vietnam teilzunehmen, und Clays Beispiel kann Schule machen.

Kurz vor dem Prozeß erklärte Clay voll Selbstvertrauen:

„Selbst wenn sie mich wegen meiner Weigerung, Soldat der US Army zu werden, für drei Jahre einstecken, werde ich mir meinen Titel zurückholen, sobald ich wieder herauskomme. Dann bin ich 28 Jahre alt.“

Die gerichtliche Korrektur um zwei

Jahre erhöht seine Chancen, wieder siegreich im Ring einzuziehen, durchaus nicht. Das K. o., das das Pentagon dem unüberwindlichen Weltmeister beigebracht hat, droht, seiner Sportlaufbahn ein Ende zu machen.

KAMBODSCHA

Verschiedene Nachbarn

In Kambodscha ist die offizielle Erklärung der Regierung der DRV vom 8. Juni, daß sie die heutigen Grenzen dieses Landes anerkennt, mit größter Genugtuung aufgenommen worden. Ende Juni wurde die Freundschaft und Solidarität der beiden Länder durch ein Abkommen besiegelt, laut dem sie in diplomatische Beziehungen treten.

Dem ist hinzuzufügen, daß das Zentralkomitee der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams schon am 31. Mai im Namen des südvietnamesischen Volkes feierlich erklärt hat, daß sie die territoriale Integrität Kambodschas in seiner heutigen Grenze respektiert.

Um die Solidarität und das Freundschaftsverhältnis zwischen dem Volk Südvietnams und dem Volk Kambodschas noch enger zu gestalten, wird in Pnom Penh eine ständige Vertretung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams ins Leben gerufen. Auch einige andere Länder haben erklärt, daß sie die Grenze Kambodschas anerkennen.

So verhalten sich die friedliebenden Kräfte, die aufrichtig daran interessiert sind, daß in Südostasiens so schnell wie möglich Ruhe eintritt.

Ganz anders verhalten sich zu Kambodscha Saigon und Bangkok. Keine Woche vergeht ohne bewaffnete Überfälle auf die Grenze Kambodschas von seiten Südvietnams und Thailands. Der Marionettenpremierminister von Saigon, Ky, ist so weit gegangen, diese Provokationen zu „untermauern“. Er hat unverschämt erklärt: „Wir haben das Recht, die Grenze Kambodschas zu überschreiten.“

Auch die herrschenden Kreise in Bangkok scheinen so aggressiv gestimmt zu sein. Wie wäre sonst die Erklärung des thailändischen Vizepremierministers General Prapas Charusathien vom 21. Juni zu verstehen, daß Bangkok die heutige Grenze zwischen Kambodscha und Thailand „nie anerkennen wird“, die übrigens in einem internationalen Abkommen (Washington 1947) und einem Entscheid des Internationalen

Gerichts (Den Haag 1962) gebilligt worden ist.

Diese Anmaßungen sind zweifellos vom amerikanischen Militärklüngel diktiert. Wie wir sehen, begnügt er sich nicht mit der grausamen Aggression in Vietnam, sondern geht darauf aus, den Kriegsbrand auch nach anderen Ländern Indochinas hineinzutragen.

SPANIEN

Es geht ihnen um die Bildung

Anfang Juni gaben die spanischen Behörden eine Reihe von Maßnahmen bekannt, die „die Studenten veranlassen sollen, fleißiger zu studieren und sich weniger mit anderen Dingen abzugeben, die direkt nichts mit dem Studium zu tun haben“. In einer Verfügung, die im offiziellen Nachrichtenblatt der Regierung veröffentlicht war, heißt es u. a., daß Studenten, die mehr als 20mal dem theoretischen und 10mal dem praktischen Unterricht „ohne triftige Gründe“ ferngeblieben sind, keine Examina ablegen dürfen.

Womit erklärt sich diese „Sorge“ der spanischen Regierung um die Fortschritte der spanischen Studenten?

In letzter Zeit sind deren Aktionen gegen das Francoregime immer heftiger und zahlreicher geworden. Trotz des behördlichen Verbots veranstalten sie Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks. Sie fordern, daß ein demokratischer Studentenverband gebildet wird, und ergreifen für das vietnamesische Heldenvolk Partei.

Bei diesen Aktionen kommt es öfter zu erbitterten Zusammenstößen mit der Polizei. In Barcelona überfiel diese Studenten, die sich zu einer Protestkundgebung gegen die Vietnampolitik der USA versammelt hatten. 30 Studenten, darunter 5 junge Mädchen, wurden verhaftet. Bei ihren Aktionen stehen die Studenten Spaniens nicht allein da. Sie werden von vielen Professoren und Dozenten unterstützt.

Um „den Bildungsstand der Studenten zu erhöhen“, räumen die spanischen Behörden nicht nur unter diesen, sondern auch unter den Lehrkräften auf. Am 22. Juni hat ein Gericht Prof. Augustin García-Calvo von der Universität Madrid „wegen Teilnahme an einer ungesetzlichen Studentenversammlung“ zu sechs Monaten Gefängnis und 10 000 Peseten Geldstrafe verurteilt.

Im innersten Afrika

Auf der Karte Afrikas, fast im Herzen des Kontinents, sieht man einen blauen Fleck: den Tschad-See. Dort mündet der wasserreiche Schari, und an ihm, etwa 100 km vom See entfernt, liegt die Hauptstadt der Republik Tschad, Fort-Lamy. Dort begannen wir, Mitglieder der Sowjetischen Assoziation der Freundschaft mit den Völkern Afrikas, die Bekanntschaft mit der jungen Afrikarepublik, die vor kurzem noch eine französische Kolonie war. Unsere Gruppe war die erste sowjetische Delegation, die diese Gegend besuchte.

Fort-Lamy ist ein grünes gemütliches Städtchen. Nur zwei bis drei Straßen im Zentrum sind asphaltiert. Der Mittelpunkt des „Geschäftslebens“ ist der Basar: Pyramiden von Avocado, Bündel Bananen und Betel, Berge von Maniok und allerlei Südfrüchten. Dieser echt afrikanische Basar, ungemein malerisch und lärmend, ist von einem eigenartigen Reiz; er strömt betäubende Gerüche aus und gibt gleichsam das Schaufenster für die Reichtümer des Landes ab.

Übrigens gibt es in Fort-Lamy noch einen Basar: den Holzmarkt. Das Holz wird vor allem auf dem Schari herangefloßt. Die Republik hat keine Eisenbahn, und die Autostraßen sind nur in der trockenen Jahreszeit befahrbar. Wenn aber die Regenzeit beginnt, werden die Straßen häufig überflutet und bedecken sich dann mit einem 3 Meter hohen Gestrüpp von Elefantengras. Wegen der Transportschwierigkeiten ist Holz teuer. Es wird in Scheiten oder in kleinen Bündeln verkauft. Der Holz-mangel wirkt sich auch auf das einheimische Kunstgewerbe aus: Metallgegenstände herrschen vor. Dafür werden vor allem leere französische Patronenhülsen verwendet, die sich unter den kunstfertigen Händen zu flinken Antilopen,

schlanken Giraffen oder bizarren Menschenfiguren gestalten.

Die Republik Tschad gehört zu den größten Viehzuchtgebieten Afrikas. Der Fleischexport ist aber vorläufig unmöglich, weil es keine modernen Schlachthöfe und Kühlanlagen gibt. Die beiden neuen Schlachthöfe — einer ist bereits in der Nähe der Hauptstadt entstanden, der andere befindet sich noch im Bau — sind für ein Land mit fast 10 Millionen Rindern und Schafen viel zu klein.

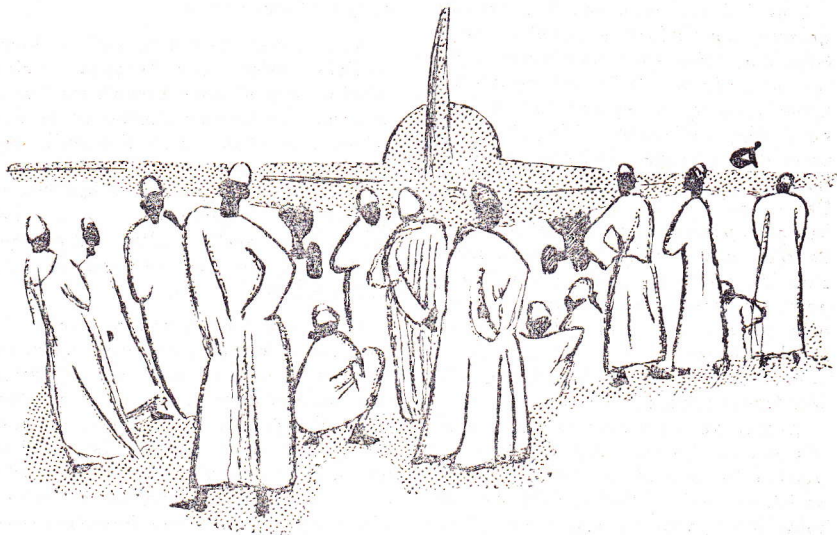
Fleisch, Fisch, Maniok und Früchte sind die wichtigsten Nahrungsmittel des Landes. Im Norden leben Viehzucht treibende Nomadenstämme, im Süden Ackerbauer, während am Schari, am Tschad und am Lagone die Fischer vorherrschen. In Tschad behauptet man, der Schari sei der fischreichste Fluß der Welt. Dort gibt es den berühmten Kapitänfisch. Er ist fast zwei Meter lang, länger als jeder andere Flußfisch, und außerordentlich schmackhaft.

Wir besichtigten einige Fischerdörfer. Besonders interessant fanden wir die Lagone-Ghana. Es ist von einer hohen

starken Mauer umgeben, die es vor Überschwemmungen schützt, denn der Lagone überflutet viele Kilometer Land.

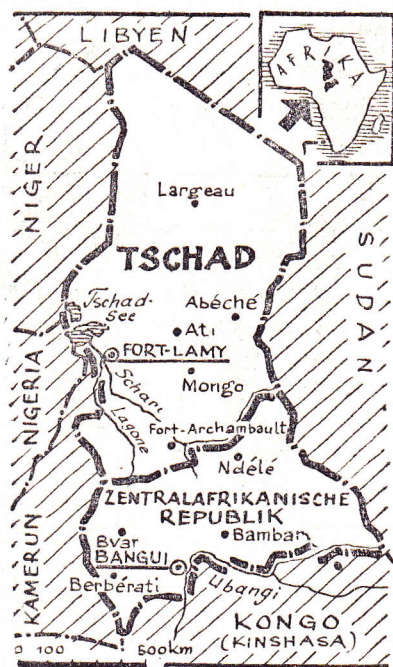
In Lagone-Ghana leben Bauern vom Stamm der Kotoko. Sie sind sehr gastfreundlich und entgegenkommend. Ich war bei einem Fischer zu Gast. Er hat vier Frauen und zwölf Kinder. Die Familie bewohnt fünf Lehmhütten, die sich aneinanderreihen. Der Hausherr und jede seiner Frauen mit ihren Kindern haben eine Hütte für sich. Die Einrichtung ist höchst bescheiden: eine Schlafstätte, einige Matten und Kalebassen, von den kleinsten bis zu riesigen für Korn und Wasser. Viele dieser Gefäße weisen abstrakte Muster auf. Außerdem gibt es Tonschüsseln, lackiert, weiß und schwarz bemalt. Die Dorfbewohner flechten meisterhaft Körbe und sinnvolle Fischfallen.

Im Zentrum des Dorfes thront der Schmied auf dem Boden. Er fertigt lange schmale Messer, den Lieblingsschmuck der Männer, und prachtvolle Waffen an, die, von geschickter Hand geworfen, auf große Entfernung ihr Ziel treffen.



Zeichnungen von Klara Kalinitschewa

Auf dem Flugplatz



Fast alle Bewohner des Dorfes Lagone-Ghanas sind Analphabeten, allerdings besuchen die Kinder seit kurzem eine Grundschule in der Nähe. Von den Dorfbewohnern, mit denen wir sprachen, hat noch keiner jemals etwas über die Sowjetunion gehört. Es stellte sich heraus, daß nur drei der Bauern wußten, daß es außerhalb Afrikas ein Land gibt, das Frankreich heißt.

Dafür nahmen die Tschader, die Bildung erlangt haben, jedes Wort über die Sowjetunion gierig auf. In der Landesschule der Verwaltung in Fort-Lamy hielt ich einen Vortrag über die 50jährige Entwicklung des Sowjetstaates. Der Vortrag dauerte ungefähr eine Stunde; anderthalb Stunden lang mußte ich Fragen beantworten. Man interessierte sich buchstäblich für alles: von der Rolle der KP bei der Leitung der Staatsgeschäfte bis zu den Familien- und Eheverhältnissen in der UdSSR.

Interesse für das Leben in der Sowjetunion und das Bestreben, freundschaftliche Beziehungen zu ihr auszubauen, wurden auch von Amtspersonen gezeigt. Darüber hatten wir aufschlußreiche Aussprachen mit dem Minister für Information und Touristik Ouchar Tourgoudi und mit Unterrichtsminister Issaka Sako.

Während unserer Begegnungen und Gespräche in Fort-Lamy fiel uns das Interesse für nationale und religiöse Probleme auf. Diese stehen nämlich in der Republik Tschad mit an erster

Stelle. Dort leben in Kultur, Gebräuchen und Glaubensbekenntnissen unterschiedliche Völkerschaften. Die Nomadenstämme im Norden sind Moslems. Im Zentralteil des Landes, hauptsächlich in den Städten, leben Christen, während die ethnischen Cruppen des Südens dem Margai-Kult huldigen.

Margai ist eine Gottheit, die keine figurale Darstellung hat, ein „Geist ohne Form“, wie Luft oder Wind. Seine Anhänger bauen ihm Hütten, in denen die Aussaat und das Erntefest begangen werden. Aus diesem Anlaß wird eine Ziege geschlachtet, werden bei einem Schmaus aus gekochtem Fleisch und Maniok-Bier Ritualgesänge gesungen. Die Afrikaner meinen, daß Margai Lüge und Meineid am strengsten bestraft: Er könne das ganze Geflügel des Lügners töten oder einen Betrüger durch einen Panther umbringen lassen.

Anfang d. J. bestätigte der Parteitag der in Tschad regierenden Fortschrittspartei den ersten Fünfjahrplan der ökonomischen und sozialen Entwicklung für 1966—1970. Der Generalsekretär der Fortschrittspartei und Präsident der Republik, François Tombalbaye, zeichnete in seiner Rede auf dem Parteitag die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik vor. Im Mittelpunkt des Fünfjahrplans stehen, wie der Präsident sagte, Entkolonialisierung der ökonomischen und sozialen Struktur der Gesellschaft, Modernisierung der Landwirtschaft und der Bau verarbeitender Betriebe. Außenpolitisch trat der Parteitag für strikte blockfreie Politik ein.

Tschad liegt an der Kreuzung der Straßen, die das Tropenafrika mit der Sahara, Ägypten und dem Nahen Osten verbinden. Die Bedeutung dieses Landes im Herzen des afrikanischen Kontinents wird zweifelsohne immer größer werden.

Im Süden grenzt Tschad an ein Land, das seit 1958 Zentralafrikanische Republik heißt. Im August 1960 gewann diese einstige französische Kolonie politische Unabhängigkeit. Zunächst stand der Regierung der Zentralafrikanischen Republik Barthélemy Boganda, ein dortiger Patriot und Bekämpfer des Kolonialismus, vor. Er kam bei einer Flugzeugkatastrophe ums Leben. Dann war Präsident Dacko sechs Jahre lang Regierungschef. Nach dem Putsch in der Neujahrsnacht 1966 kam die Armee ans Ruder, und Präsident wurde ihr Generalstabschef, der 46jährige Oberst Jean Bedel Bokassa. Offiziere besetzten die Schlüsselpositionen im Staatsapparat.

In Bangui, der Hauptstadt der Repu-

blik, die wir ebenfalls besuchten, sahen wir in den Straßen Militärstreifen und vor den Gebäuden der Staatsämter sowie vor den Stadttoren Wachen. In Bangui geht es aber jetzt ziemlich ruhig und friedlich zu.

Die Stadt ist ganz in Grün gebettet. Wir wurden im 13stöckigen Hotel Safari untergebracht, das malerisch am Ubangi gelegen ist. Ebenso wie in der Hauptstadt der Republik Tschad wirkt auch dort alles exotisch: die Landschaft, die Menschen und ihre Trachten, denn die beiden jungen Republiken befinden sich ja im Innersten des Kontinents.

Unser stärkster Eindruck in der Zentralafrikanischen Republik war wohl die Fahrt zu den Pygmäen. Früh am Morgen, als die Sonne noch nicht so unerträglich brannte, verließen wir Bangui. Die dunkelrote Landstraße durchschneidet das satte Grün der Wälder. Nach 140 km Fahrt erreichten wir das berühmte Ituri, den „Wald der großen Regenfälle“, wo das älteste Volk Afrikas lebt.

Wir folgten dem Führer auf einem Waldpfad, der wie ein Tunnel durch den Urwald gehauen ist. Die dichten Kronen der Riesenbäume lassen fast keinen Sonnenschein durch. Bunt gefiederte Vögel zwitscherten und sangen. Rötliche Affen hüpfen von Baum zu Baum.

Da erblickten wir das Pygmäen-Dorf: kleine Hütten aus Baumrinde, Zweigen und Bananenblättern auf einer winzigen Wiese im Schatten der Bäume. Die Bewohner kamen uns entgegen, freundlich lächelnd und gestikulierend. Ihre ganze Kleidung bestand aus Grasbüscheln, mit Lederschnüren am Gürtel befestigt. Einige junge Frauen trugen — so verlangte es wohl die dortige Mode — ein schickes Schwänzchen aus Blättern.

Diese Zwerge reichten einigen von uns nur bis zum Gürtel. Wir fühlten uns wie unter Kindern. Diese Kinder des tropischen Urwalds sind aber besser als andere dem dortigen Leben angepaßt. Die Pygmäen sind die geschicktesten Jäger und Fährtsensucher in Afrika. Sie huschen wie Schatten durch den Wald, kein knisternder Zweig, kein raschelndes Laub verrät sie. Mit erstaunlicher Fertigkeit winden sie sich durch das dichteste Gestrüpp. Nur mit Speer und Dolch bewaffnet, stellen sie sich den Leoparden entgegen, jagen sie Elefanten und Büffel. Die Pygmäen sind die wahren Beherrscher des „Walds der großen Regenfälle“.

Zum Unterschied von den übrigen Völkern des Tropenafrikas haben die Pygmäen eine hellbraune Hautfarbe. Sie handeln mit den Nachbarstämmen,

tauschen Wild und Elfenbein gegen Maniok, Hirse und sonstige Nahrungsmittel.

Die Pygmäen kennen kein Privateigentum. Alles ist Gemeinschaftsgut. Nach einer geglückten Jagd teilen sie die Beute unter alle Bewohner der Dorfgemeinde, die Daheimgebliebenen inbegriffen. Je zwanzig bis fünfzig bilden einen Clan mit einem Führer an der Spitze.

Diese kleinen Menschen sind sehr gastfreundlich. Sie empfingen uns mit fröhlichen Tamtamklängen. Unter Trommelbegleitung begannen die Ritualtänze und -gesänge. Der Zauber dieser improvisierten Darbietung ist unbeschreiblich: Wiegende, kreisende Bewegungen im Takt, die Melodie braust auf und verhallt wie das Sausen des Windes, das Rauschen eines Flusses oder das Brüllen eines wilden Tieres.

Unterdessen hatten die Frauen Fleisch gebraten, Bananen und Gemüse gebacken. Zum Nachschlemmen gab es Raupen, in

Blätter gewickelt, in siedendem Palmöl gebacken. Die Frau, die diesen Leckerbissen zubereitete, sagte:

„Diese Raupen sind zwar nicht so delikat wie gebratene Termiten, schmecken aber ebenfalls vorzüglich.“

Nach der Rückkehr in Bangui waren wir im Ministerium für Information und Touristik, wo man uns von den Bemühungen der Regierung um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erzählte. Ein Hauptanliegen der neuen Behörden der Zentralafrikanischen Republik ist die Entwicklung einer mehrzweigigen Wirtschaft. Im Institut für Agrarforschungen zeigte man uns experimentelle Pflanzungen von Kaffee, Kakao und Pfeffer.

Ausgebaut werden ferner die Tabak-, die Erdnuß- und die Sisalhant-Pflanzungen. Die Republik exportiert Elfenbein. Es gibt dort reiche Diamantenminen. Das ist ein vielversprechender Zweig. Die Diamantengewinnung entwickelt sich stürmisch.



In einem Kotoko-Dorf

Die Beziehungen der Sowjetunion zur Zentralafrikanischen Republik sind eben erst im Anbruch, sie werden aber hoffentlich wachsen und erstarken.

Leserbriefe

EIN GRUSS AN LENINS HEIMAT

Wir aus der fernen Republik Peru, der Heimat Vallejos und Mariáteguis, senden Ihnen unseren revolutionären Gruß. Wir wünschen Ihnen zum 50. Jubiläum der Oktoberrevolution viel Erfolg zum Wohle aller Proletariat und der ganzen fortschrittlichen Menschheit, für die die große Heimat Lenins der Bannerträger der Revolution ist. Wir wünschen Ihnen bei der Errichtung der wahrhaft gerechten kommunistischen Gesellschaft einen baldigen Erfolg.

Humberto M. Vargas
National-Universität
„Enrique Guzman y Valle“
Lima, Peru

EINE AUSSTELLUNG ÜBER DIE OKTOBERREVOLUTION

Hier, im demokratischen Teil Berlins, bereiten wir uns ebenfalls auf den 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vor. Wir haben beschlossen, eine Ausstellung zu veranstalten, die den 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zum Thema hat. Ich nehme großen Anteil daran. Warum? Das wird ver-

ständlicher, wenn ich Euch etwas mit mir selbst bekannt mache.

Seit 1928 bin ich Mitglied der KPD, wurde 1933 von den Nazis verhaftet, verurteilt und nach meiner Haftverbüßung unter Polizeiaufsicht gestellt. 1940 zur Marine gezogen und in Frankreich stationiert, baute ich eine Widerstandsgruppe auf und arbeitete mit dem Maquis zusammen...

1947 begann ich sofort wieder für meine Partei zu arbeiten. 1949 gründete ich eine der ersten Gruppen für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Hamburg.

Durch meine politische Arbeit als I. Sekretär der illegalen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die seit 1951 in Hamburg verboten ist und die ich 5 Jahre leitete, kam ich mit den Gesetzen in Westdeutschland in Konflikt. Um einer neuen Haft zu entgehen, siedelte ich 1961 in die DDR über.

Ich betätige mich unter der Bevölkerung, und wir haben beschlossen, in unserem Kulturhaus die eingangs erwähnte Ausstellung durchzuführen. Es steht neben dem sowjetischen Ehrenmal Pankow-Schönholz.

Wir würden allen sehr dankbar sein, die unserer Ausstellung Plakate, Bilder, Aufrufe und Dokumente zur Verfügung

stellen. Unsere Anschrift lautet: DDR, 111 Berlin, Platanenstr. 51.

Mit sozialistischem Gruß

A. Köppen
Berlin, DDR

IM GLAUBEN AN DEN KOMMUNISMUS

Die Neue Zeit lese ich regelmäßig. Der Leitartikel „Ewiges Feuer“ in Heft 20 hat bei uns viele beeindruckt. Wir schätzen es sehr, wie die Sowjetunion den gegen Imperialismus und Neokolonialismus kämpfenden unterdrückten Völkern beisteht. Wir sind immer auf Seiten des Sowjetvolkes und der kommunistischen Partei der Sowjetunion, die in Rußland den Kommunismus aufbauen wollen und damit diejenigen im Glauben an den Kommunismus bestärken, die noch schwanken oder mit der kapitalistischen Ordnung sympathisieren.

Die Anschuldigungen der bürgerlichen Presse gegen die Sowjetunion sind leicht erklärlich. Ganz unklar ist aber Chinas Verhalten. Die chinesischen Anwürfe und Verleumdungen übertreffen sogar die Lügen aus den Vereinigten Staaten und aus Großbritannien.

Amitava Raha
Kalkutta, Indien

IN 127 SPRACHEN



Die Staatliche Bibliothek für Auslandsliteratur der Sowjetunion ist eine hervorragende Kulturstätte der sowjetischen Hauptstadt. Vor kurzem hat sie ein neues hochmodernes Gebäude in der Nähe des Jausa-Tors bezogen.

Der Werdegang dieser Bibliothek ist in gewisser Hinsicht bezeichnend für das Tempo und Ausmaß der kulturellen Entwicklung in der Sowjetunion. Im Frühjahr 1922 wurde in einer stillen Gasse des Arbatviertels, in einer Wohnung des vierten Stocks, eine kleine Bibliothek für ausländische Belletristik eröffnet. Zwei Jahre später zog die Bibliothek, deren Leserschaft rasch zunahm und deren Bücherbestand 10 000 erreichte, ins Historische Museum um.

Nach Maßgabe dessen, wie die Zahl der Bücher und der Leser wuchs und der Tätigkeitsbereich sich ausdehnte,

siedelte die Bibliothek noch mehrere Male um. Heute beläuft sich ihr Bestand schon nicht mehr auf Tausende, sondern auf dreieinhalb Millionen Bände in 127 Sprachen. Das ist nicht nur Belletristik, sondern auch Schriften in sämtlichen humanitären und den meisten naturwissenschaftlichen Fächern. Das Bibliothekspersonal zählt heute ungefähr 600 Mitarbeiter. Die jährliche Besucherzahl geht in die Hunderttausende, jedes Jahr werden mehr als eine Million Bücher ausgeliehen.

Im Jahr erwirbt die Bibliothek an die 50 000 Bücher und bezieht Tausende Zeitschriften; sie steht im Austausch mit ungefähr 1300 Bibliotheken, Verlagen, Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Institutionen aus 72 Ländern.

Eine qualifizierte Ergänzung des Bücherbestandes setzt gewaltige Vorarbeiten voraus. Jedes Jahr erscheinen nämlich in der ganzen Welt ca. 400 000 Buchtitel. Es gilt, sich in dieser Riesenmenge zurechtzufinden, das Wertvollste zu sichten, für den sowjetischen Leser eine kurze Inhaltsangabe der Neuerscheinungen zu verfassen. Sukzessive wurde die Bibliothek zu einem großen Zentrum bibliographischer Tätigkeit und weist mehr als 120 wissenschaftliche Mitarbeiter auf. Sie gibt regelmäßig zahlreiche Kataloge, Nachrichtenblätter, Nachschlagewerke und bibliographische Hinweise heraus.

Beliebt sind die von der Bibliothek veranstalteten Vorträge. Sie gestalten sich zu einem internationalen Klub, in dem in Moskau befindliche ausländische Schriftsteller sowie sowjetische Wissenschaftler und Literaturschaffende nach Auslandsreisen mit sowjetischen Lesern zusammenkommen.

Es gibt noch ein Gebiet, das die Bibliothek zeit ihres Bestehens pflegt: Beistand beim Fremdsprachenstudium. Zu diesem Zweck werden Zirkel, Lehrgänge und Seminare veranstaltet.

Aus den in der Bibliothek eingerichte-

ten höheren Fremdsprachenkursen entstand das heute bekannte 1. Staatliche Moskauer Pädagogische Fremdspracheninstitut „Maurice Thorez“.

Das alte viel zu kleine Gebäude in der Rasinstraße und die in ganz Moskau verstreuten Büchereien konnten den wachsenden Bedürfnissen der Bibliothek nicht mehr entsprechen. Vor kurzem ist sie in ein neues prachtvolles Gebäude umgezogen, dessen weite helle Räume sich fürs Lesen und Studieren bestens eignen.

Seine Maße sind höchst beeindruckend: 24 000 m²; eine achtgeschossige Bücherei mit übereinander angebrachten Bücherregalen aus Metall, die eine Gesamtlänge von 90 Kilometern ergeben und für 4,5 Millionen Bände berechnet sind; 12 Lesesäle, zwei Vortragshallen, zwei Säle für Fremdsprachenstudium mit modernsten Geräten.

Bemerkenswert ist, daß die Bibliothek ihren gar nicht leichten 45jährigen Weg von der kleinen Wohnung im vierten Stock bis zu dem imposanten Gebäude unter der Leitung ihrer ständigen Direktorin, Margarita Iwanowna Rudomina, zurückgelegt hat.

„Sehen Sie doch, was für eine Pracht“, sagt sie und zeigt von der Galerie auf den streng proportionierten und sinnvoll ausgestatteten wissenschaftlichen Lesesaal der humanitären Fächer.

„Nur die Sowjetmacht hat einen solchen Bücherpalast errichten können. Wie gut, daß er im Jubiläumsjahr unseres Staates fertiggebaut wurde“, fügt sie hinzu.

Nun hat das Bibliothekspersonal viele neue Sorgen. Es stellt sich große Aufgaben in ihrer bibliographischen, ihrer Informations- und Popularisierungsarbeit. Margarita Iwanowna Rudomina und ihre Mitarbeiter stecken voller Schaffenspläne.

Wir wollen ihnen in dem neuen Bücherpalast viel Erfolg wünschen.

W. Rosen

Eine sensationelle Eröffnung von Karl Demeter

KARL DEMETER. Das Deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650–1945.

Bernard und Graefe Verlag für Wehrwesen, Frankfurt am Main. 1965.

Beginnen wir mit zwei Zitaten! Hier das erste:

„Die Welt des Generals war bevölkert von Wesen, die in Uniformen gekleidet waren... Diese Wesen bewegten sich nach bestimmten unverrückbaren Gesetzen... Sie waren ohne eigenes Leben, ohne eigene Gedanken, ohne Namen, ohne Gesichter, ohne Seele... Sie waren mit einem Wort Soldaten, Werkzeuge in der Hand der Starken dieser Erde...“

Und hier das zweite:

„Und schon kam das geflügelte Wort: „Meine Entscheidung ist gefallen: sprengen Sie, meine Herren. Wenn es um den Sieg geht, dürfen wir selbst unsere geheiligten Kulturgüter nicht schonen; ans Werk denn, meine Herren!““

Wir haben nicht umsonst zu Büchern deutscher Schriftsteller gegriffen, die zwei verschiedenen Generationen angehören: Bernhard Kellermanns und Heinrich Bölls. Kellermanns General von Hecht-Babenberg diente Kaiser Wilhelm II., Bölls General Otto Kösters dem Führer Adolf Hitler. Aber wie sehr gleichen sich die beiden Generale! Sie gehören zu ein und derselben geschichtlichen Kategorie: zum deutschen Militarismus.

Wenn aber ein Uneingeweihter das in der Bundesrepublik erschienene Buch des bekannten Historikers Dr. Karl Demeter „Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650–1945“ liest, kann er eine etwas andere Vorstellung von der deutschen Generalität bekommen. Er wird vielleicht glauben, daß die von Kellermann und Böll gezeichneten Figuren Gebilde einer überhitzten Phantasie, eine unberechtigte Hyperbel seien.

Wer kommt denn nun der Wahrheit näher?

Fausts Famulus Wagner ist dadurch berühmt, daß er in der Retorte den

Homunkulus geschaffen hat. Dr. Demeter hat in der Retorte seiner Phantasie einen ebensolchen „Homunkulus“ geschaffen: den edlen, tapferen Ritter im Waffenrock des deutschen Offiziers. Der Leitgedanke seines Buches lautet, daß das „Ehrgefühl“ von jeher eine Eigenschaft des deutschen Militärs und seiner Vorläufer, der mittelalterlichen Ritter, sei. Dr. Demeter stellt rein abstrakt den „Ehrenkodex“ der deutschen Offiziere dar, der auf dem Dienst an einem abstrakten „Kampfideal“ beruht. Seiner Ansicht nach ist die „absolute Idee der soldatischen Ehre“ neben der Disziplin jener ideale Komplex, der den beim Siegen hinderlichen Selbsterhaltungstrieb ausschaltete.

Dr. Demeter meint, diese „absolute Idee der soldatischen Ehre“ sei anfangs im deutschen Rittertum mit seinen heldischen Traditionen verkörpert gewesen. Allerdings sei sie später in Konflikt mit dem Gebot „Du sollst nicht töten!“ geraten, das einzige Ergebnis aber sei gewesen, daß die heldische Ethik des Germanentums in der Idee des Kampfes für den Triumph des Christentums sublimiert wurde. Aus dem Siegfried sei der Heilige Georg geworden.

Jetzt wollen wir einmal versuchen, die Welt der Demeterschen Abstraktionen zu verlassen und uns ganz realen Erscheinungen zuzuwenden. Da sehen wir denn, daß die lichte Gestalt des Glaubensritters sehr schnell verblaßt, daß sich ihre Rüstung mit Blut und Schmutz bedeckt.

„Als die Kreuzritter Jerusalem einnahmen“, lesen wir in einer vertrauenswürdigen geschichtlichen Quelle, „zerschmetterten sie Kinderköpfe an Mauern, warfen Säuglinge von den Befestigungen, vergewaltigten jede Frau, deren sie habhaft werden konnten, und rösteten Männer auf langsamem Feuer; manchen schlitzen sie die Bäuche auf,

um zu sehen, ob sie nicht Gold verschluckt hätten; die Juden wurden in ihre Synagogen getrieben und darin lebenden Leibes verbrannt.“

Nach etwas mehr als hundert Jahren, im Jahre 1204, erstürmten die Kreuzritter nicht mehr eine „heidnische“ Feste, sondern die Metropole der östlichen Christenheit, Konstantinopel. Darüber berichtet Papst Innozenz, den man doch kaum für unobjektiv halten kann: „Vor aller Augen begingen sie Unzucht, Blutschande und Ehebruch. Sie überließen Matronen und Jungfrauen, die sich Gott geweiht hatten, der Lüsternheit ihrer Diener, hoben die Hand gegen Schätze der Kirchen, ja gegen die geheiligten Gefäße, rissen zehn Silberschalen direkt von den Altären, zerbrachen die heiligsten Gegenstände und schleppten Kreuze und Reliquien fort.“

Man könnte noch viele solche „Heldentaten“ der deutschen Kreuzritter anführen, die im Laufe von Jahrhunderten Slawenstämme Osteuropas und kleine Völker des Baltikums ausroteten. Davon weiß jeder. Deshalb wird kaum jemand Herrn Demeter zustimmen, wenn er behauptet, es habe einmal das reine Ideal des deutschen Soldatengeistes in Gestalt von „Glauben, Zucht und Sitte“ gegeben.

Man muß sagen, daß die Geschichte des deutschen Militärs auch später nicht den Standards des Dr. Demeter entsprach. Man wird seine „Idealsoldaten“ kaum unter den Landsknechten des 30jährigen Krieges finden. Auch König Friedrich Wilhelm I. war kein Muster der Ritterlichkeit, er ging sogar auf seine Tochter mit den Fäusten los. Ja, auch der Abgott der deutschen Militaristen, Friedrich II., hatte recht sonderbare Vorstellungen von Ehre. Nicht von ungefähr hat er sein Sittenbekenntnis in einem Brief wie folgt formuliert: „Wenn düpiert werden muß, so seien wir denn Schelme.“

Dr. Demeter aber versucht, die ganze Geschichte des deutschen Offiziersstandes in sein Schema hineinzuzwängen. So blickt er über die politische und wirtschaftliche Natur des ersten Weltkrieges und seine wirklichen Triebkräfte hinweg und sieht in diesem Weltkonflikt einen Zweikampf zwischen der „soldatischen Ehre“ und dem Selbsterhaltungstrieb. Erst allmählich sei das Element der Ehre dem Druck der Umstände gewichen und habe dem Grundsatz der militärischen Notwendigkeit Platz gemacht.

Also die alte Weise: die „militärische Notwendigkeit“. Welche militärische Notwendigkeit bestand aber z. B. dafür, die Kathedrale von Reims zu zerstören? Welche militärische Notwendigkeit zwang den Kommandanten des U-Boots U-55, Werner, am 4. Januar 1918 im Kanal von Bristol das mit den üblichen Signallichtern fahrende Lazarettsschiff „Rewa“ zu versenken? Und womit erklärt sich die Bestialität der deutschen Offiziere, die schon bei anderen, „innerdeutschen“ Geschehnissen zutage trat? Diejenigen, die die unbewaffneten Kommunisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die bürgerlichen Politiker Matthias Erzberger und Walther Rathenau und noch viele andere ermordeten, waren ja entweder Kaderoffiziere oder Offiziere im Ruhestand!

Noch krasser wird der Unterschied zwischen den Auffassungen Demeters und den geschichtlichen Tatsachen, wo

er sich dem zweiten Weltkrieg und der Zeit des Nazismus zuwendet und besonders, wo er dem Leser beweisen will, daß die Kaderoffiziere und die Hitlerbewegung auf ganz verschiedenen Weltanschauungen beruht hätten. Wie war es in Wirklichkeit?

Gewiß, manches am Nazismus widersprach irgendwie den Ansichten der konservativen Militaristen. So waren die deutschen Adligen im Waffenrock nicht besonders erbaut darüber, daß Hochkömmlinge aus der SA Offiziersrang bekamen. Diese Stimmungen beschränkten sich jedoch auf Mäkeleien in den Adelsalons. Bekannt ist, daß Abkömmlinge der konservativen Adelschichten — die Feldmarschälle von Manstein, von Rundstedt, von Leeb und viele andere — bis zum Schluß getreue Untertanen Hitlers blieben.

Um gerecht zu sein, soll vermerkt werden, daß Demeter zugibt, daß nicht nur junge Offiziere, sondern auch ein großer Teil der älteren Generation sehr zu Hitlers Ideen neigten. Mit Recht stellt er fest, daß die „Erfolge“ der Nazis im Kampf gegen den Kommunismus auf das Militär großen Eindruck machten. Er verstößt aber offenkundig gegen die Wahrheit, wenn er behauptet, entscheidend für die Konsolidierung der Nazimacht sei der Umstand gewesen, daß sie die Wirtschaft stabilisiert habe.

Gewiß, die fieberhafte Militarisierung des Landes, namentlich der Bau strategischer Chausseen, Befestigungen, Flugplätze und Rüstungsbetriebe, sowie die

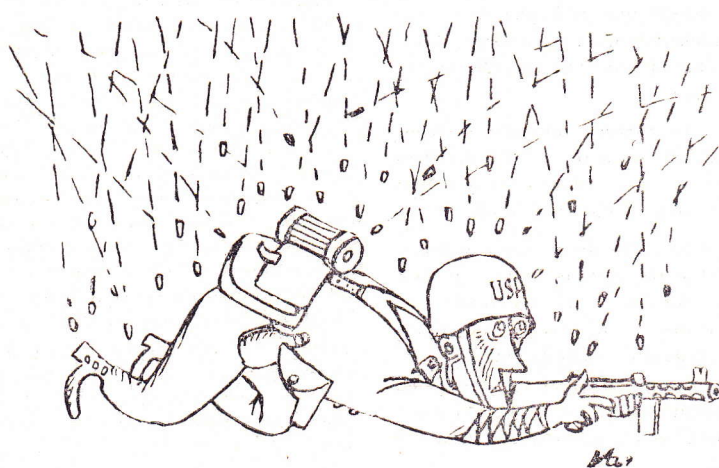
Verstärkung der Wehrmacht trugen dazu bei, daß die Zahl der Arbeitslosen, die gegen Ende 1932 riesig war, sank. Demeter schweigt sich aber darüber aus, welche Rolle bei alledem der ungeheuerliche Terror spielte, der nach der Machtergreifung Hitlers über das Land hinwegging. Die Nazis konnten ihr Regime ja nur dadurch stabilisieren, daß sie das Land in ein einziges KZ verwandelten und ein Schnüffel- und Spitzelsystem aufzogen, das überall eindrang.

Bei der Schilderung dessen, wie sich das Verhältnis zwischen den höchsten Militärs und Hitler weiter gestaltet hat, behauptet Demeter, es sei zunehmend kühler geworden, wobei er sich darauf beruft, daß Hitler den Kriegsminister Blomberg und den Oberbefehlshaber des Heeres Fritsch absetzte. Ohne auf den Kern der Geschehnisse einzugehen (die unzweifelhaft von bestimmten Differenzen an der regierenden Spitze zeugten), möchten wir nur darauf hinweisen, daß diese Differenzen zweitrangige, rein taktische Angelegenheiten betrafen: die Termine und die Reihenfolge der Aggressionsakte. Weder Fritsch noch erst recht Blomberg, ein alter Anhänger Hitlers, dachte auch nur daran, wirklich Opposition gegen den Faschismus zu machen. Selbst nachdem sie ihre leitenden Posten verloren hatten, blieben sie ganz loyal. Fritsch beteiligte sich an der Aggression gegen Polen und kam vor Warschau um, Blomberg hat bis an sein Lebensende für den „Führer“ Ehrfurcht empfunden.

Beschäftigt man sich mit Dr. Demeters Auffassungen, so fällt einem unbedingt auch seine sonderbare Ausdrucksweise auf. Natürlich kennt er Hitlers „Mein Kampf“. Und gewiß kennt er auch die nach der Niederwerfung des Faschismus ans Licht gekommenen Geheimdokumente, in denen die Naziführung ihre Weltherrschaftspläne darlegte. Dennoch nennt er mit Unschuldsmiene die Militarisierung Deutschlands eine „Rückkehr zu den konstitutiven Grundlagen der deutschen militärischen Tradition“. Die Aggressionsakte, die der deutsche Imperialismus noch vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges beging, den Anschluß Österreichs und die Besetzung der Tschechoslowakei inbegriffen, bezeichnet er als außenpolitische Erfolge.

Indessen nehmen die unerhörten Kriegsverbrechen des deutschen Faschismus im zweiten Weltkrieg in dem Buch einen ganz geringen Teil ein. Der Verfasser leugnet sie nicht, er rechtfertigt sie auch nicht, er zählt nur

Yankees in Südvietnam



„Auch eine Trockenzeit!“

W. Andrejew, Rabotnitschesko delo (Bulgarien)

in aller Schnelle ein paar herausgegriffene Tatsachen auf, obwohl er bestimmt weiß, daß der Faschismus ein enormes, sorgfältig durchdachtes Massenmordsystem aufgezogen hatte.

Demeter will nachweisen, daß das ganze Übel von der SS und den Sonderkommandos ausging, daß das Militärkommando abseits gestanden habe. Selbst wenn das wirklich so gewesen wäre, wo blieb da die gepriesene Offizierslehre und Ritterlichkeit? Haben sie etwa darin bestanden, daß ihre Träger der kaltblütigen Vernichtung von Millionen friedlichen Menschen teilnahmslos zusahen?

Es ist kaum anzunehmen, daß Dr. Demeter nicht weiß, wie die Sache in Wirklichkeit ausgesehen hat und daß

größte Kulturschätze von Warschau und Rotterdam, Nowgorod und Leningrad nicht von der SS, sondern von Offizieren und Soldaten der Wehrmacht vernichtet worden sind; daß an den Strafexpeditionen in Jugoslawien und Griechenland, in Belorussland und in Städten Norditaliens außer der SS ganz gewöhnliche Wehrmachteinheiten teilnahmen. So sah die Wehrmacht aus, nicht in Demeters Retorte, sondern in Wirklichkeit.

Man liest die letzten Seiten und überlegt sich noch einmal, wo Demeter eigentlich hinauswollte. Vielleicht beantwortet er das in seinem Schlußwort selbst. Er schreibt, das Buch solle helfen festzustellen, „welche Quader-

steine aus dem alten Bauwerk, das in Trümmern lag, für das neue noch brauchbar sind“. Demeter zitiert Jean Jaurès (!): „Tradition bewahren heißt nicht Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten“, und sagt damit gleichsam: Das Dritte Reich ist zerfallen, die Wehrmacht ist tot, doch das geistige Erbe der deutschen Militaristen könne noch zustatten kommen. Er findet, die „deutsche soldatische Tradition“ könne auch heute verwendet werden.

Darum hat sich Dr. Demeter bemüht, dazu hat er das Idealbild des deutschen Soldaten geschaffen. Er will die Rückkehr des deutschen Militarismus auf den politischen Schauplatz rechtfertigen.

WIRTSCHAFTSNOTIZEN

Am 4. Juli wird im Moskauer Sokolniki-Park eine Jugoslawische Industrieausstellung, die größte Auslandschau dieses Landes, eröffnet. An ihr beteiligen sich rund hundert Außenhandelsorganisationen und exportberechtigte Betriebe. Ausgestellt werden mehr als 5000 Exponate, die das hohe technische Niveau der jugoslawischen Industrie — des Maschinen- und des Schiffbaus, der chemischen, der Textil-, der Schuhindustrie und sonstiger Branchen — veranschaulichen.

In den letzten Jahren entwickeln sich die Wirtschaftsverbindungen Jugoslawiens mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern zusehends. Gefördert wird dies weitgehend seit September 1964 durch die Zusammenarbeit Jugoslawiens mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und sein Mitwirken in ständigen Kommissionen des RGW.

In einem Interview für die Zeitung *Yugoslavia Commerce* erklärte A. Grlićkov, Mitglied des Bundesexekutivvejees der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Vorsitzender der Kommission zur Koordinierung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und dem RGW:

„In den letzten Jahren hat die Zuwachsrate unseres Handels mit den sozialistischen Ländern die generelle Zuwachsrate des jugoslawischen Außenhandels beträchtlich überflügelt. Die Folge dieses Prozesses ist, daß der

Sowjetisch-jugoslawische Zusammenarbeit

Anteil der RGW-Länder am jugoslawischen Austausch von Waren und Dienstleistungen mit dem Ausland auf 35,2 Prozent gestiegen ist.“

Im jetzigen Jahrfünft wird dieser Prozentsatz noch größer sein. Die langfristigen Handelsabkommen Jugoslawiens mit Bulgarien, der DDR, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn sehen eine jährliche Erhöhung des Handelsumfangs mit jedem dieser Länder um durchschnittlich 10 bis 12 Prozent vor.

Was den Handel mit der Sowjetunion betrifft, so wird er 1966 bis 1970 auf mehr als das 2,5fache steigen und 2,6 Milliarden Dollar betragen.

Die Sowjetunion liefert nach Jugoslawien komplette Ausrüstungen, spanabhebende Maschinen und Schmiedepressen, Gruben- und Bauausrüstungen, Forschungsgeräte, Kugellager, Landmaschinen und Kraftwagen. Zugleich ist die Sowjetunion einer der wichtigsten Lieferanten von Industrierohstoffen.

Die Belgrader Firma „Petrolunion“ hat mit der sowjetischen Vereinigung „Sojusnefteexport“ ein Abkommen über

Lieferungen von Erdöl, Masut und Dieselöl nach Jugoslawien getroffen.

„Jetzt können wir mit Sicherheit sagen, daß wir in diesem Jahr keinen Mangel an Erdöl und Erdölprodukten empfinden werden“, sagte der Direktor der „Petrolunion“, M. Crovar, nach seiner Rückkehr aus Moskau.

Jugoslawien exportiert in die Sowjetunion elektrotechnische Erzeugnisse, Ausrüstungen für die Nahrungsmittel- und die Textilindustrie, Bauxite, Blei, Kupfer- und Messingwalzgut, Schuhe, Wirkwaren, Möbel und andere Waren. Der wichtigste Exportartikel Jugoslawiens im Sowjethandel sind Schiffe. Nach dem Abkommen vom November 1964 sollen für die Sowjetunion in Split, Rijeka und Pula 78 Hochseeschiffe und schwimmendes Material gebaut werden. 25 von ihnen sind bereits fertig.

Die Zeitung *Borba* schreibt, daß die Sowjetunion „der größte und wichtigste Außenhandelspartner Jugoslawiens ist“. Auf die UdSSR entfallen rund 15 Prozent des jugoslawischen Außenhandels.

Die Sowjetunion steht Jugoslawien beim Bau und bei der Rekonstruktion mehrerer großer Industriebetriebe der

E- und NE-Metallurgie und der Energiewirtschaft bei: sie liefert auf Kredit komplette Ausrüstungen, führt Projektierungsarbeiten durch usw.

Mit Hilfe der Sowjetunion wurden die Koksöfen in Lukavac, einige Betriebe der Kohlenindustrie und zwei Eisenerzminen gebaut. In Mazedonien wurden im Herbst 1966 die Blei- und Zinkmine Zletovo-Sasa, die größte der Republik, und eine mit sowjetischen Ausrüstungen versehene Aufbereitungsfabrik ihrer Bestimmung übergeben.

In Jugoslawien gibt es mehr als 40 Industriebetriebe, an deren Bau und Rekonstruktion die Sowjetunion beteiligt ist. Das neue Abkommen vom 29. August 1966 sieht vor, daß in Jugoslawien

noch mehr Betriebe mit Hilfe der Sowjetunion gebaut werden sollen.

Gegenwärtig ist die Sowjetunion Jugoslawien bei der Errichtung der großen Schiffahrt- und Wasserkraftanlage Djerdap behilflich, die in Zusammenarbeit von Jugoslawien und Rumänien entsteht, ferner bei der Rekonstruktion und Erweiterung mehrerer Hüttenbetriebe (in den Städten Zenica, Smederevo u. a.), beim Bau bzw. Ausbau einiger Wärmekraftwerke und Minen für NE-Metalle.

Zwischen den beiden Ländern ist in mehreren Branchen eine Kooperation und Spezialisierung der Produktion im Gange. Im vorigen Jahr kam man überein, die Kapazitäten der jugoslawischen

Leichtindustrie für die Erzeugung von Volksbedarfsgütern für die Sowjetunion zu verwenden.

Das Sowjetisch-Jugoslawische Komitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit besteht nun schon fast zwei Jahre. Zu seinen Aufgaben gehört, die Aussichten dieser Zusammenarbeit zu planen, Vorschläge und Empfehlungen im Bereich des Außenhandels, der Spezialisierung und Kooperierung der Produktion, der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, der weiteren Beziehungen zwischen Banken und Planstellen der beiden Länder zu machen. Das Komitee ist dazu berufen, die Erfüllung der Wirtschaftsabkommen zu kontrollieren.

J. Stepanow

Juni 1967

18.—22. In Mexiko findet der XV. Parteitag der Mexikanischen Kommunistischen Partei statt.

19. New York. In der UNO-Vertretung der UdSSR treffen sich die Vertreter der sozialistischen Staaten auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung.

● In der VAR bildet Präsident Nasser eine neue Regierung mit Zakariah Mohieeddine als Vizepräsident, Mahmoud Riad als Außenminister, Mohamed Abdel Wahab Al Bechri als Minister für Verteidigung und Rüstungsindustrie.

20. Auf der Insel Brioni (Jugoslawien) findet eine Unterredung zwischen dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. V. Podgorny, der sich in die VAR begibt, und dem Präsidenten der SFRJ, Josip Broz-Tito, statt.

● In Aden kommt es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen britischen Besatzungstruppen und Soldaten der Föderation Südarabien. In der Stadt wird ein Generalstreik ausgerufen. Es wird ein Ausgehverbot verhängt.

20.—21. In Moskau tagt ein Plenum des ZK der KPdSU. Das Plenum beschließt eine Bestimmung „Über die Politik der Sowjetunion im Zusammenhang mit der Aggression Israels im Nahen Osten“, erörtert und billigt die Thesen des ZK der KPdSU zum 50. Jah-



restag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (s. Beilage zu Heft 28).

21.—24. In der VAR weilt auf Einladung Präsident Gamal Abdel Nassers der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. V. Podgorny, zu einem Freundschaftsbesuch.

22. In Daressalam nimmt die Kommission für Menschenrechte des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO ihre Arbeit auf.

● Das Militärtribunal in Palembang (Südsumatra) verurteilt das ZK-Mitglied der KP Indonesiens Suwardiningsih wegen Teilnahme an der „Bewegung des 30. September“ 1965 zu lebenslänglicher Haft.

● In Tunis unterzeichnen die Sowjetunion und die Tunesische Republik einen Plan der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit für 1967/68, der weitere Zusammenarbeit in Bildungswesen, Wissenschaft, Kultur und Sport vorsieht.

● Der Irak zieht sämtliche Einlagen

aus englischen und amerikanischen Banken zurück.

23. In Glassboro bei New York (Staat New Jersey) treffen der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, A. N. Kossygin, und der Präsident der USA, L. B. Johnson, zusammen.

● In Washington verlautet, daß die USA das Programm für technische Hilfe an die VAR gekündigt haben.

24. In Düsseldorf wird dem bekannten Vertreter der westdeutschen Öffentlichkeit und Friedenskämpfer, Pastor Martin Niemöller, ein Internationaler Lenin-Preis „Für Festigung des Völkerfriedens“ überreicht.

25. In Glassboro bei New York findet ein zweites Treffen zwischen A. N. Kossygin und L. B. Johnson statt.

● In New York hält A. N. Kossygin eine Pressekonferenz ab.

● Beginn eines Monats der sowjetisch-koreanischen Freundschaft und der Solidarität mit dem Kampf des koreanischen Volkes für den Abzug der USA-Truppen aus Südkorea.

26. In Havanna trifft A. N. Kossygin auf Einladung der Revolutionären Regierung Kubas zu einem Freundschaftsbesuch ein.

● In Pjöngjang unterzeichnen die Sowjetunion und die Koreanische Volksdemokratische Republik ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Redaktion: Moskau K-6,

Maly Putinkowski

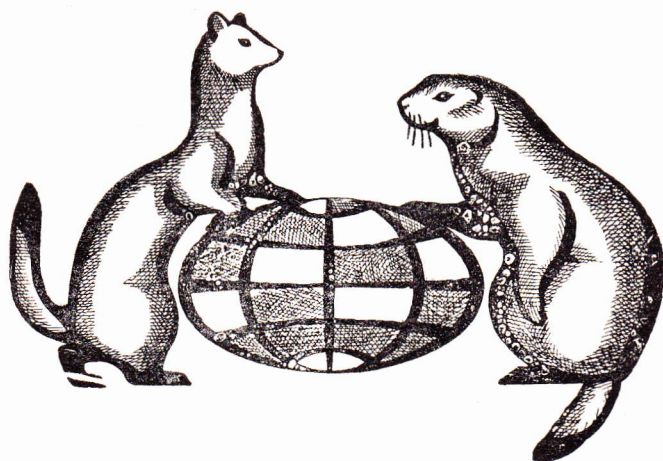
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA
Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, L. Sedin, N. Sluzker
Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow, M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski

NEUE
ZEIT



46. Internationale Pelzauktion in Leningrad



Die Versteigerung auf der 46. Internationalen Pelzauktion beginnt am 25. Juli 1967 im Pelzpalast von Leningrad.

Die Warenbesichtigung beginnt am 15. Juli. Zur Versteigerung kommen folgende Warenmengen:

SEKTION I

Rohware

Irbis	50
Feh	500 000
Hermelin	70 000
Polarhase	75 000
Kidus	200
Kolinsky	70 000
Baumrarder	13 000
Steinrarder	2000
Rotfuchs	25 000
Silberfuchs	5000
Standard-Nerz	150 000
Nerz, farbig (Mutation)	50 000
Bisam	400 000
Polarfuchs	10 000
Blaufuchs	10 000
Vielfraß	1000
Luchs	3000
Zobel	25 000

Murmel	150 000
Tarbagan-Murmel	20 000
Waschbär	5000
Nerz, wild	20 000
Otter	3000

Zuggerichtete und gefärbte Felle

Junger Seehund	25 000
Seal	2000
Nerz	25 000
Blaufuchs	3000
Kolinsky	5000

Pelze und Tafeln

Fehpelze aus Tafeln, dreiteilig	2500
Feh tafeln, vintom	400
Feh tafeln, gewöhnliche	3000
Feh tafeln, diverse	500
Bisam, shells und Tafeln	2000

MONGOLISCHE FELLE

Rohware

Murmel	60 000
Dachs	1500
Weißer Iltis	2000
Feh	15 000
Katze-Manul	2000
Polarhase	3000

SEKTION II

Rohware

Karakul, schwarz	450 000
Karakul, grau	130 000
Karakul-Sur	30 000
Karakul, farbig	10 000
Breitschwanz, schwarz	30 000

Gefärbte Felle

Karakul, schwarz	290 000
Breitschwanz, schwarz	30 000
Karakul-Metis, schwarz	30 000

Die Auktionsbedingungen bleiben dieselben und sind im Auktionskatalog angegeben.

Im Auftrag der Käufer übernimmt V/O „Sojuzpushnina“ die Zustellung der Ware auf dem Seewege, mit Flugzeug, Eisenbahn und LKW sowie die Versicherung gegen Transport- und Kriegsrisiko sowie Diebstahl unterwegs.

V/O „Sojuzpushnina“ empfiehlt den Vertretern von Auslandsfirmen, sich rechtzeitig bei den Reisegesellschaften für Intourist-Touren anzumelden und die Aeroflot in Anspruch zu nehmen. Dies gewährleistet eine gute Unterbringung und erstklassige Bedienung in den besten Leningrader Hotels.



V/O „SOJUZPUSHNINA“
UdSSR, Moskau